

# Frauen – Männer – Gender

# 2007 / 2008

Frauenpolitik & Genderpolitik  
in der Friedrich-Ebert-Stiftung





# **Frauen – Männer – Gender**

Frauenpolitik & Genderpolitik  
in der Friedrich-Ebert-Stiftung  
2007 / 2008

ISBN 978-3-89892-874-8

Impressum

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation & Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

Verantwortlich: Albrecht Koschützke

Redaktion: Renate Faerber-Husemann

Redaktionelle Mitarbeit: Christine Arbogast, Kristina Birke, Julia Blaesius,  
Stephanie Boehm, Dr. Eva Brehm, Ursula Clauditz,  
Katrín Dapp, Alina Fuchs, Dr. Erik Gurgsdies,  
Nora Hallberg, Stefanie Hepper, Kathrein Hölscher,  
Brigitte Juchems, Ina Koopmann, Dr. Anja Kruke,  
Gabriele Lutterbeck, Homaira Mansury, Astrid Ritter-Weil,  
Magda Schirm, Catrina Schlaeger, Regine Schoch,  
Judith Schwethelm, Anne Seyfferth, Dr. Barbara Stiegler,  
Renate Tenbusch, Gisela Zierau

Fotos: AdsD, dpa Picture Alliance, FES, Rendel Freude,  
Hannibal Hanschke, Ulrike Helwerth, Christina Karliczek,  
Ursula Kelm, Joachim Liebe, PhotoAlto, Sepp Spiegl

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung: Katja Ulanowski

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Printed in Germany 2008



## Vorwort von Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dieser Bericht über die Maßnahmen und Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Gebiet der Frauenpolitik und Genderpolitik hat Tradition. Denn schon seit einigen Jahren informieren wir über diese Aktivitäten in einer eigenen Publikation und nicht nur im Rahmen des allgemeinen „Jahresberichts“ der Stiftung, der alle wichtigen Arbeitsfelder der FES zusammenfasst. Damit unterstreichen wir die gesellschaftspolitische Bedeutung, die für uns die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit haben.

Geschlechtergerechtigkeit ist mehr als „Frauenförderung“, die gleichwohl unverzichtbar bleibt. In unseren Bildungs-, Dialog- und Beratungsangeboten bringen wir die Perspektive der Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen und Themenfeldern zur Geltung, um Frauen und Männern, Mädchen und Jungen gleichermaßen Teilhabechancen und Gestaltungsmöglichkeiten zu garantieren. Im Jahr 2007 informierten wir darüber besonders umfassend und anschaulich: Über mehrere Monate stellten alle Abteilungen der Stiftung im Internet frauen- und genderpolitische Projekte, Arbeitslinien, Publikationen und Veranstaltungen vor. Mehrere zehntausend Personen klickten auf dieses Online-Portal („Focus“) und informierten sich über die im Drei-Wochen-Rhythmus wechselnden Themenblöcke mit jeweils Dutzenden von Einzelmaßnahmen.

Der Focus „Frauen – Männer – Gender“ gab auch diesem Jahresbericht seinen neuen Namen. Der Titel beschreibt konkret Akteure, Partner und Konzepte dieses Poli-

tikfeldes. Und damit transportiert er auch ein wenig von dem Temperament, der Begeisterung und dem Schwung der Konferenzen und Debatten, die hierzu weltweit von der FES organisiert und gefördert werden und über die die folgenden Seiten informieren. Dabei kann freilich nur ein kleiner Teil der Veranstaltungen, Forschungsprojekte und Publikationen aus dem In- und Ausland vorgestellt werden. So unterschiedlich die Themen, Orte, TeilnehmerInnen und Methoden aber auch sein mögen, gemeinsam sind allen die Motive und Ziele: demokratische Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Zur Umsetzung einer nachhaltigen Politik werden das Wissen, der Einblick und die Erfahrungen von Frauen und Männern gleichermaßen benötigt, ebenso müssen die Interessen und Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigt werden. Deshalb unterstützen wir Frauen auf ihrem Weg in die Politik oder in die Führungsebenen von Institutionen.

Die Stiftung hat seit langem in ihrer eigenen Organisation, aber auch in ihren Projekten auf der ganzen Welt, Frauenförderung und Gender Mainstreaming zu einem sehr konkreten und praktischen Bezugspunkt ihrer Arbeit gemacht. Gender Mainstreaming ist dabei eine Methode, Aspekte des gesellschaftlichen Geschlechts (Gender) in jede Phase der Arbeit zu integrieren und Ergebnisse unter diesem Gesichtspunkt zu bewerten. Es handelt sich dabei um eine ergänzende, spezifische Form von Frauenförderung, die die tatsächliche Gleichstellung und Gleich-

berechtigung der Geschlechter in allen Gesellschafts- und Lebensbereichen noch gezielter fördern will. Für die FES heißt Gender Mainstreaming, nach unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen von Frauen und Männern zu fragen, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Politik zu analysieren, Ausgleichsmechanismen in Gang zu setzen und die Partizipation von Frauen auf allen Ebenen anzustreben.

Einen Schwerpunkt der Genderarbeit im internationalen Bereich bilden Aktivitäten zu Frauenrechten und Partizipation. Denn Frauen weltweit in die Lage zu versetzen, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen und politische Ämter erfolgreich auszufüllen, ist ein besonderes Anliegen der FES. In Deutschland bieten alle Büros Seminare und Dialogveranstaltungen zu einem breiten Themenspektrum an. Es geht um Information, Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten für die geschlechterübergreifende Diskussion über Chancengleichheit, über das soziale Verhältnis der Geschlechter, und Handlungskonzepte.

Die Berichte über die FES-Arbeit in aller Welt, die Vielfalt der Themen und Sichtweisen und die grundsätzlichen Anmerkungen, mit denen wichtige Partnerinnen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaft die einzelnen Kapitel dieses Berichts einleiten, belegen das breite Spektrum unserer Arbeit zu „Frauen – Männer – Gender“. Wir wünschen uns, mit dieser Publikation das Interesse und Engagement an diesem Thema weiter zu fördern und anzuregen.

## Inhalt



<b>Frauen – Männer – Gender</b>	<b>6</b>
<b>Strategien zur Chancengleichheit – wo stehen wir heute</b>	
Dr. Barbara Stiegler	<b>10</b>
<b>Arbeit und Soziales</b>	<b>14</b>
Gespräch mit Prof. Dr. Heide Pfarr	<b>15</b>
Ist der Fachkräftemangel nun schon da oder noch nicht?	
Anmerkungen von Claudia Menne	<b>16</b>
Aus der Arbeit der FES	<b>17</b>
<b>Politik und Beteiligung</b>	<b>28</b>
Gespräch mit Ingrid Matthäus-Maier	<b>29</b>
Aus der Arbeit der FES	<b>31</b>
<b>Gewalt und Konflikt</b>	<b>42</b>
Kommentar von Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB	<b>43</b>
Aus der Arbeit der FES	<b>44</b>
<b>Integration und Zusammenhalt</b>	<b>50</b>
Zum Kern der Dinge vorstoßen!	
Dr. Lale Akgün, MdB	<b>51</b>
Aus der Arbeit der FES	<b>52</b>
<b>Bildung und Qualifizierung</b>	<b>58</b>
Stipendien der FES	
Prof. Dr. Christine Färber	<b>59</b>
Frauen und Frauenbewegung in Indien	
Gespräch mit Urvashi Butalia	<b>60</b>
Aus der Arbeit der FES	<b>64</b>
Zeitschutzzonen für eine aussterbende Spezies: die Familie	
Gespräch mit Iris Radisch	<b>67</b>
Neues aus der Bibliothek	<b>68</b>

**Generationen-Gespräch**

mit Elke Ferner, MdB und Franziska Drohsel 70

**Frauenpolitik und Genderpolitik in den Arbeitsbereichen der Friedrich-Ebert-Stiftung** 76

**Büros weltweit** 76

**Politische Bildung** 78

- Politische Akademie
- Gesellschaftspolitische Information
- Dialog Ostdeutschland

**Internationale Arbeit** 80

- Internationale Entwicklungszusammenarbeit
- Internationaler Dialog

**Wissenschaftliche Arbeit** 82

- Historisches Forschungszentrum
- Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Studienförderung

**Aktuelle Publikationen** 84

**Promotionsvorhaben** 86

**AnsprechpartnerInnen** 88



## Frauen – Männer – Gender



Schritt für Schritt scheinen sich Männer- und Frauenwelten einander anzunähern. Die Zahl der einflussreichen Frauen in Politik und Gesellschaft wächst, und sie werden nicht mehr bestaunt wie weiße Raben, sondern als selbstverständlich angesehen. Umgekehrt entscheiden sich erstaunlich viele junge Väter für den gesetzlichen Elternurlaub. Migrantinnen wehren sich dagegen, auf Kopftuch und Zwangsehen reduziert zu werden. Besonders in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern gibt es funktionierende Frauennetzwerke, in denen auf Gendergerechtigkeit geachtet wird. Das ist auch ein Verdienst der Friedrich-Ebert-Stiftung, die diese Art der Graswurzelarbeit seit vielen Jahren aktiv fördert. Weltweit stützen Verfassungen, Gesetze und Verträge die Forderungen nach Gleichstellung, nach Geschlechtergerechtigkeit. Und was über viele Jahre von Männern, die ihre Machtpositionen bedroht sahen, aktiv bekämpft wurde, ist heute immer häufiger Selbstverständlichkeit.



Marie Juchacz, (1879–1956)  
Begründerin der Arbeiterwohlfahrt

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist in Deutschland und anderswo weniger glänzend: Nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer – auch wenn die Unterschiede nicht mehr ganz so groß sind wie früher. Nach wie vor sind in den oberen Etagen der Wirtschaft die Männer fast unter sich. Nach wie vor bedeutet der selbstverständliche Wunsch junger Frauen nach beruflicher Erfüllung und Familienleben einen erschöpfenden Spagat für sie. Nach wie vor resignieren vor allem die Mütter und nicht die Väter angesichts der Unvereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Sie reduzieren ihre Arbeitszeit im Beruf oder steigen auf Zeit ganz aus. In der Zwischenzeit ziehen die Männer an ihnen vorbei. Die Spirale dreht sich nach unten mit den bekannten Folgen: Weniger Verdienst, prekäre Jobs trotz guter Ausbildung, weniger Karrierechancen, geringere Altersversorgung, höheres Armutsrisiko vor allem dann, wenn die Beziehung scheitert. Alleinerziehende Frauen und ihre Kinder landen immer noch in der Armutsfalle, weil es an ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten fehlt, weil Unternehmen die Einstellung einer Mutter immer noch als Risiko ansehen. So wird das Thema Diskriminierung im Arbeitsleben und berufliche Patchworkbiographien mit all ihren materiellen Folgen vermutlich noch lange auf der Agenda der Friedrich-Ebert-Stiftung stehen. Professorin Heide Pfarr, wissenschaftliche Direktorin der Hans-Böckler-Stiftung, hat dazu im Kapitel „Arbeit und Soziales“ Notwendiges gesagt (Seite 14).

Wenn es um politisches Engagement und Einfluss auf das gesellschaftliche Leben geht, gleichen sich die Klagen und Forderungen von Frauen rund um den Globus. Journalistinnen in Shanghai sind so kritisch wie Frauen in Berlin oder Brüssel, Gewerkschafterinnen in Südasiens so unge-

duldig wie Politikerinnen in Afrika. In vielen Ländern werden Frauen immer noch unterdrückt, weil sie Frauen sind. Sie haben als Mädchen weniger Zugang zu Bildung als ihre Brüder. In Ländern, in denen der Koran Gesetz ist, wird Mädchenbildung aktiv bekämpft – und nicht nur in Afghanistan oder dem Irak. Mangelnder Zugang zu Bildung aber macht es den Frauen schwer, sich zu verbünden gegen miserable Arbeitsbedingungen oder die alltägliche Unterdrückung. Eine Frauenbewegung, die in Zeiten der Globalisierung wieder auf internationale Solidarität setzt, wäre so notwendig wie vor hundert Jahren. Damals lehnte sich eine schlagkräftige Frauenbewegung in Europa gegen das Sklavendasein vieler Frauen auf, die als Landarbeiterinnen, als Dienstboten und in Fabriken ausgebeutet wurden. Mit Hilfe der Gewerkschaften wurden gegen heftige politische Widerstände Rechte am Arbeitsplatz, Zugang zu Bildung und schließlich politische Gleichstellung erkämpft. In einer klein gewordenen Welt ist das Schicksal von Frauen in Bangladesch, in China oder Lateinamerika uns nahe gerückt. Die Ausbeutung von Näherinnen in Fernost verschafft uns billige Blusen, gefährdet aber gleichzeitig unsere Arbeitsplätze. Der Zusammenhang zwischen Ausbeutung, Diskriminierung und verweigerter politischer Teilhabe wird in den Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung rund um den Globus diskutiert und damit sichtbar gemacht. In zahllosen Seminaren werden Frauen geschult, wird ihnen Mut gemacht, sich auf allen Ebenen politisch zu beteiligen. Doch dies kann nur gelingen, wenn das nackte Überleben für sie und ihre Kinder gesichert ist. Entwicklungszusammenarbeit kann hier ganz praktisch neue Weichen stellen, etwa durch Vergabe von Mikrokrediten, die den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen. Die Chefin der KfW-Bankengruppe, Ingrid Matthäus-Maier, hält es für ein besonders erfolgreiches Modell, Frauen das Geld in die Hand zu geben, denn die investieren – anders als die Männer – vor allem in die Gesundheit und Bildung ihrer Kinder.

Doch auch vor der eigenen Haustüre gibt es genug zu tun. Gender Budgeting ist deshalb in mehreren Landesbüros der FES immer wieder Thema von Veranstaltungen. Denn nur wer etwas von Haushaltsplanung versteht, kann auch für Verteilungsgerechtigkeit sorgen. Man muss einen öffentlichen Haushalt lesen können, um einer Männermehrheit erfolgreich widersprechen zu können, wenn diese behauptet, für die Kindertagesstätte, für die Renovierung der Schule oder den Betrieb des Schwimmbades sei kein Geld mehr da.

Als „Mutmach- und Mitmach-Projekte“ lassen sich öffentliche Veranstaltungen mit Politikerinnen verstehen, die ein Zeichen gegen Entpolitisierung und Ungleichgültigkeit setzen. Und so manche jüngere Frau, die an



Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a.D.



LEKTÜRETIPP



Taschengeld für Mutter oder Krippenplatz fürs Kind? Eine Gendernalyse zum Betreuungsgeld / Barbara Stiegler; Katharina Oerder. Bonn FES, 2007, ISBN 978-3-89892-848-9



Iris Radisch im Gespräch mit der FES (S. 67)

starrten politische Strukturen verzweifelt, mag sich entlastet fühlen, wenn sie von den Kämpfen der Älteren hört, aber auch davon, dass es sich letztendlich lohnt, dass Fortschritte möglich sind. Auch in diesem Bereich steht Gender-Gerechtigkeit inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit im Mittelpunkt der Diskussionen. Nicht nur Frauen haben ja das Gefühl, nur einen Teil ihrer Möglichkeiten ausleben zu können. Männern geht es nicht anders, wie Veranstaltungen zeigen, in denen Väterbilder hinterfragt werden. Auch Männer wünschen sich mehr Beteiligung. Während es die Frauen nach draußen drängt, wollen viele Männer die klassische Rolle als in der Familie abwesender Ernährer abschütteln. In diesen privaten Bereichen zeigt sich eine erstaunliche Bereitschaft zu Veränderungen. Mehr dazu im Kapitel „Politik und Beteiligung“ ab Seite 28.

Gewalt ist ein facettenreiches Thema. Gewalt passiert immer noch in erster Linie in Familien, auch hinter den Fassaden properer Bürgerhäuser. Gewalterfahrungen überschatten die Kindheit vieler Jungen und Mädchen. Man schätzt, dass 25 Prozent aller Frauen körperliche und sexuelle Gewalt durch ihre Partner erfahren. Gewalt ist Thema in vielen Migrantenfamilien, in denen Ehefrauen, Töchter, Schwestern gering geachtet werden und traditionelle Ehrbegriffe der Männer ihnen das Leben schwer machen. Gewalt gegen Frauen und Kinder ist aber auch ein gezielt eingesetztes Mittel bei kriegerischen Konflikten und in Bürgerkriegen, um die Gegner zu demoralisieren. Gewalt gegen Frauen findet statt bei Genitalverstümmelungen in Afrika oder wenn Frauen mit Aids infiziert werden, weil die Männer Kondome verweigern. Gewalt gegen Frauen ist die gezielte Abtreibung von weiblichen Föten. Gewalt gegen Frauen ist aber auch der vor allem durch die Industrieländer verursachte Klimawandel. Denn Frauen sind es, die in den ärmsten Ländern versuchen, ihre Kinder durchzubringen, und sie sterben sehen in Dürreperioden, durch verschmutztes Wasser, durch zunehmende und immer dramatischer werdende Naturkatastrophen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt in vielen Krisenregionen der Welt vor allem Frauen, damit sie stärker in die zivile Konfliktbearbeitung eingebunden werden. Es gibt inzwischen erfolgreiche Ansätze in der „Peacebuilding Commission“ der Vereinten Nationen und in den Gender Mainstreaming Konzepten der EU. Frauen sollen in Zukunft aktiver werden bei Friedensoperationen, etwa beim Aufbau von Zivilorganisationen. Mindestens so wichtig aber ist ihre Beteiligung im Vorfeld, ihr Engagement bei Konfliktvermeidungen. Da Frauen in den Krisenregionen in aller Regel für die Aufrechterhaltung des Alltagslebens zu-

ständig sind, verfügen sie über besonders feine Sensoren, wenn neue Konflikte sich zusammenbrauen. Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Herta Däubler-Gmelin sagte dazu: **„Frauen könnten, wenn man ihnen nur zuhören würde, wirkungsvolle Frühwarnsysteme sein.“** Mehr zu den Themen „Gewalt und Konflikt“ hinter geschlossenen Wohnungstüren wie in den Krisenregionen [ab Seite 42](#).

Wenn über Migration und Integration diskutiert wird, dann meist unter Stichworten wie Gewalt, Schulverweigerung, Gettobildung, Islamismus und archaisches kulturelles Verhalten. Dass der überwiegende Teil der rund 15 Prozent Migrant\*innen unauffällig lebt, dass Karriere-Biographien immer häufiger werden, dass fremd oft nur noch die Namen klingen, wird dabei übersehen. Ohne die Probleme zu beschönigen, greift die Friedrich-Ebert-Stiftung immer wieder diese Seite der Migration auf, etwa unter Fragestellungen wie „Typisch Türkin – gibt es das noch?“. Migration aber ist kein allein deutsches Thema, sondern spielt bei der Arbeit der FES rund um den Globus eine Rolle. Seit Jahren schon wird die weltweite Feminisierung der Migration diskutiert, wird – auch unter Gender-Gesichtspunkten – die Rolle der Religionen hinterfragt. Im Mittelpunkt steht stets die Sicht der Migrant\*innen selbst. Mehr dazu [ab Seite 50](#) im Kapitel „Integration und Zusammenhalt“.

Bildung und Qualifizierung, an diesem Thema wird sich das Schicksal der Bundesrepublik entscheiden. Ihr einziger wertvoller „Rohstoff“ ist der Nachwuchs. Ein Land, das wirtschaftlich auf das Wissen seiner Bürger angewiesen ist, kann es sich nicht leisten, Talente zu verschleudern, es weiterhin zulassen, dass viele Kinder ohne Abschluss und ohne Aussicht auf Ausbildung die Schule verlassen. Das gilt für Kinder aus Migrant\*innenfamilien ebenso wie für Kinder aus deutschen problematischen Milieus. Sie alle brauchen staatliche Unterstützung durch frühe Betreuung in Kindergärten, durch Schulen, die ihre besondere Situation beachten. Relativ neu als Thema – und von der Friedrich-Ebert-Stiftung offensiv aufgegriffen – ist die Benachteiligung der Jungen im Schulsystem.

In Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Situation völlig anders als in den klassischen Industrieländern. Eine Schule besuchen zu können, gilt als Privileg, ganz besonders für Mädchen. Deshalb sind in solchen Ländern Trainings für Multiplikatorinnen im Bereich der Frauen- und Mädchenbildung so wichtig. Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet diese Arbeit in vielen Ländern. Mit beachtlichen Erfolgen. Mehr dazu [ab Seite 58](#).



Herta Däubler-Gmelin, MdB,  
Bundesjustizministerin a.D.



## Dr. Barbara Stiegler



Dr. Barbara Stiegler, Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterfragen in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES

Das Jahr 2007 war das Europäische Jahr der Chancengleichheit. Das Gleichbehandlungsgesetz war gerade einmal ein Jahr alt und prägte die Debatten. Oft schien es so, als sei der Kampf gegen Antidiskriminierung nun das Non-Plus-Ultra aller Bemühungen zur Gleichstellung. Und „Managing Diversity“ galt als wichtigste Strategie überhaupt. Denn sie umfasst alle Merkmale der Diskriminierung: Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung. Wenige sprachen noch von Gender Mainstreaming oder Frauenförderung. Am Beispiel der Geschlechterpolitik werden hier die Potentiale der verschiedenen Strategien überprüft, denn Geschlechterpolitik verfügt über die längsten und umfassendsten Erfahrungen. Also ist es möglich, daraus auch für die Gleichstellungspolitik für andere diskriminierte Gruppen zu lernen.

### Antidiskriminierung

*Erste Grenze: Sexismus als Ursache wird nicht berücksichtigt.*

Direkte und indirekte Diskriminierung basiert unter anderem auf Vorurteilen, geschlechtsbezogenen Rollenerwartungen und Alltagstheorien. Bei Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts liegen bei den diskriminierenden Personen sexistische Konzepte vor. Diese werden jedoch nicht berücksichtigt, vielmehr werden nur die Auswirkungen des Sexismus beachtet. So verhält es sich auch mit Rassismus, Jugendkulten, Behinderterfeindlichkeit, der Homophobie und dem Alleinvertretungsanspruch von Religionen. Diese Haltungen sind nicht direkter Gegenstand der Antidiskriminierungsstrategien.

*Zweite Grenze: Der Schwerpunkt liegt auf individueller Benachteiligung.*

Jede Antidiskriminierungsstrategie zielt zunächst auf die individuelle Gleichbehandlung eines bestimmten Mannes und einer bestimmten Frau. Denn die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht darf für bestimmte Entscheidungen keine Rolle spielen. Es geht um Verhalten, das zu Ausgrenzung und Ungleichheit führt. Mit der Rechtsform der indirekten Diskriminierung setzt die Antidiskriminierungspolitik neue Akzente: Effizienzkontrolle von Regelungen, die zu Differenzierungen der geschlechtlichen Lebenslagen führen, rücken in den Mittelpunkt. Eine Antidiskriminierungsstrategie bezieht sich also sowohl auf die individuellen Personen als auch auf Gruppen. Schwerpunkt ist aber immer der Einzelfall, der Anlass und Grundlage zur Klage ist.

## Strategien zur Chancengleichheit – wo stehen wir heute?

Eine Antidiskriminierungspolitik zielt also nicht auf die Aufhebung von Macht und Herrschaft im Geschlechterverhältnis. Sie verlangt nicht, dass Frauen und Männer dieselben Arbeiten verrichten. Ähnliches gilt für andere Gruppen: Antidiskriminierungspolitik bedeutet nicht, dass Behinderte so viele Ressourcen bekommen, dass die gesellschaftlichen Behinderungen völlig abgebaut werden. Sie bedeutet nicht, dass alte Menschen unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status einen Anspruch auf ein gutes Leben haben. Sie bedeutet nicht, dass Migrantinnen und Migranten willkommen wären und jede mögliche Förderung bekommen. Vielmehr geht es nur darum, Menschen und Gruppen von Menschen, denen ein bestimmtes Merkmal zugeordnet wird, in bestimmten Rechtssystemen wie Arbeitsrecht oder Zivilrecht nicht zu benachteiligen. Antidiskriminierung ist damit nur eine Strategie zur Verhinderung von Ungleichbehandlungen, sie ist reaktiv und überwiegend auf den Einzelfall bezogen.

### Frauenförderung/Quotierungen

Frauenförderung setzt an einer anderen Stelle an. Sie will durch die kollektive Förderung von Frauen gegen strukturelle Defizite angehen, entwickelt korrigierende Programme und ist eine direkte Intervention kompensatorischer Art im Interesse einer Gruppe von Frauen.

Frauenförderung konnte wenigstens für den öffentlichen Dienst in Deutschland gesetzlich verankert werden. Frauenförderung basiert zunächst auf einer Analyse der Geschlechterdifferenzen und ihrer Bewertung. Es folgen eine direkte Aktion oder eine direkte Regelung, um Benachteiligungen dieser Gruppe zu überwinden. Frauenfördermaßnahmen sind Strategien, die bisherigen Diskriminierungen und Ausschlüsse von Frauen wegen ihres Geschlechts und ihrer Geschlechterrolle rückgängig zu machen. Eine konsequente Frauenförderung bedeutet, dass das Geschlecht für die Besetzung von Positionen, für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und für die Entlohnung keine Rolle mehr spielt. Zur Gleichstellung der Frauen ist in der Regel eine direkte „Bevorzugung“ notwendig, die aber genau betrachtet nur ein „Nachholen“ vorenthaltener Chancen gegenüber Männern ist. Quoten legen fest, wie viele Positionen für Männer und wie viele Positionen für Frauen reserviert werden. Spezielle Maßnahmen für Frauen in bestimmten Lebenssituationen sind so lange nötig wie die differenten und hierarchischen Ge-



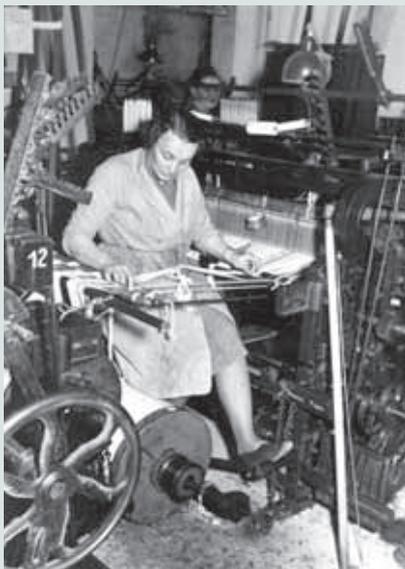
**Eine konsequente Frauenförderung bedeutet, dass das Geschlecht für die Besetzung von Positionen, für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und für die Entlohnung keine Rolle mehr spielt.**



schlechterverhältnisse noch so signifikant wirken. Frauenförderung ist also zielgruppenbezogen und gestaltend, sie bezieht sich auf Planungen und die Durchführung von Maßnahmen. Eine solche Förderstrategie ist für andere diskriminierte Gruppen erst in Ansätzen vorhanden.

#### *Gender Mainstreaming*

Gender Mainstreaming ist das umfassendere Instrument, um geschlechterpolitische Ziele zu erreichen. Der Anspruch ist sehr hoch und wird im Moment höchst selten eingelöst. Gender Mainstreaming beschränkt sich nicht auf Pilotprojekte oder die Einführung von Checklisten. Die Umsetzung soll in Organisationen erfolgen, die im weitesten Sinne Politik machen, also Ministerien, Behörden, kommunale Verwaltungseinheiten, Verbände, Vereine, Gewerkschaften, aber auch Schulen, Hochschulen oder Volkshochschulen. Alle diese Organisationen sind im weitesten Sinne demokratisch legitimiert gesteuert und kontrollierbar. Sie beeinflussen die Lebensbedingungen und regeln direkt oder indirekt auch die Geschlechterverhältnisse. Handeln können und sollen die leitenden Personen an der Spitze, aber auch die Mitarbeiterinnen selbst.



Gender Mainstreaming ist ein Prinzip zur Veränderung von Entscheidungsprozessen. Es wird von oben nach unten implementiert, aber von unten nach oben vollzogen. Das Ziel ist die Herstellung von Chancengleichheit oder Gleichstellung der Geschlechter durch die Analyse aller Arbeitsbereiche. Das Kernstück ist die Genderanalyse. Geschlechterverhältnisse, die kulturell und sozial bestimmt sind und immer wieder hergestellt werden, stehen hier im Mittelpunkt. Es stellt sich die Frage nach den spezifischen Verstärkungen von geschlechtlich konnotierten Lebens- und Arbeitsweisen, die wiederum nicht von jedem Mann und jeder Frau übernommen werden müssen. Die gefundenen Differenzen zwischen den Geschlechtern werden allzu leicht auf biologische Ursachen zurückgeführt, verführen also dazu, für die bestehenden Geschlechterverhältnisse natürliche Ursachen anzunehmen. Genderanalysen richten dagegen den Blick auf Mechanismen, die kulturell bestimmte Regeln für Männer und Frauen beinhalten. Diese Wende in der Blickrichtung bildet den Kern von Genderanalysen.

Es wird nicht nur nach den Differenzen zwischen einer Gruppe von Männern und Frauen gefragt, sondern auch nach der Art und Weise, wie diese Differenz hergestellt wird und welchen Beitrag die Strukturen und Mechanismen, deren Wirkungen man gerade vor Augen hat, dazu leisten. Eine Genderanalyse fragt also nach dem *doing gender* einer Organisation und ihres Outputs.

Gender Mainstreaming ist die am weitesten reichende Strategie, weil sie gesellschaftspolitische Analysen in allen Bereichen vornimmt. Im Querschnitt werden alle Strukturen auf ihre Auswirkungen untersucht, auch ohne dass eine konkrete Ungleichbehandlung oder ein Defiziterlebnis einer bestimmten Person vorliegt. Es werden Rahmenbedingungen analysiert und verändert, wenn diese Gruppen oder Individuen benachteiligen. Mainstreaming Strategien sind bisher am häufigsten für geschlechterpolitische Zielsetzungen angewandt worden, sie lassen sich aber auch auf jede andere diskriminierte Gruppe übertragen.

Seit Mitte der 80er Jahre ist Frauenförderung im nationalen wie internationalen Bereich einer der Schwerpunkte der FES. Im Laufe der 90er Jahre hat sich dabei das Konzept des Gender Mainstreaming etabliert. Um zu überprüfen, wie es damit im Arbeitsalltag der Stiftung aussieht, findet im September 2008 ein Seminar für interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Behandelt werden Themen wie Gender Budgeting und Diversity Management. Anhand von Projekten werden die Umsetzung dargestellt und Erfahrungen ausgetauscht.



Michèle Bachelet,  
Staatspräsidentin von Chile:

**„Wenn eine Frau allein in die Politik geht, ändert sich die Frau, wenn viele Frauen in die Politik gehen, ändert sich die Politik, und eine der Herausforderungen und Bedürfnisse der Demokratie ist eindeutig die Verbesserung der Qualität der Politik.“**

## Arbeit und Soziales

### LEKTÜRETIPP



Die Arbeitslosenzahlen sinken. Mehr Menschen als seit vielen Jahren sind erwerbstätig. Die Frauenerwerbstätigkeit steigt, auch wer lange abhängig war von staatlicher Alimentation, verdient Geld, zahlt ein in die Sozialkassen. Auf den ersten Blick also ein positives Bild, auf den zweiten Blick nicht mehr. Denn zwei Drittel der unbezahlten Arbeit, also Haushalt, Betreuung der Kinder, Pflege alter und kranker Menschen, wird nach wie vor von Frauen geleistet. Die Bilanz, wenn sie ins Rentenalter kommen: Trotz unermüdlicher Arbeit in vielen Bereichen haben sie dann im Durchschnitt nur 42 Prozent des Verdienstes der Männer erzielt – und entsprechend geringe Renten. Weltweit – eine Zahl die sich in all den Jahren nicht verändert hat – liegt der weibliche Anteil am Einkommen bei zehn Prozent, ihr Anteil am Reichtum bei einem Prozent. Die Ungleichheit der Geschlechter ist ständiges Thema bei Konferenzen, Workshops und Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung.



## Gespräch mit Prof. Dr. Heide Pfarr

Wissenschaftliche Direktorin der Hans-Böckler-Stiftung



*FES: Frauenarbeit nimmt zu. Gilt das auch für qualifizierte Vollzeitarbeit?*

*Pfarr:* Nein, die Zahlen täuschen. Zwar sind mehr Frauen erwerbstätig, auch mehr Mütter. Aber das Volumen bezahlter Arbeit, das die Frauen erbringen, ist nicht oder nur unwesentlich gewachsen. Es verteilt sich einfach auf mehr weibliche Köpfe. Allerdings ist die gesteigerte Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit zunächst einmal zu begrüßen, denn noch schlimmer als geringe Erwerbsarbeit ist gar keine.

*FES: Finden wir Frauen zu viel in Minijobs oder zu Löhnen, von denen sich kaum leben lässt?*

*Pfarr:* Genau. Der Anteil der Frauen in der Gruppe der Geringverdiener ist weit überdurchschnittlich und eben nicht deshalb, weil sie geringer qualifiziert sind.

*FES: Werden Frauen, die der Kinder wegen qualifizierte Arbeit zu familienfreundlichen Zeiten suchen, nach wie vor diskriminiert?*

*Pfarr:* Ja. Eigentlich haben sie nur eine Chance, wenn ein Mann für diesen Posten nicht gefunden wird. Oder in den wenigen Unternehmen, die wirklich Gleichstellungspolitik betreiben und nicht nur behaupten.

*FES: Fehlt es immer noch an den Vorzeigefrauen in der Wirtschaft, auch in den Gewerkschaften, die es ganz nach oben geschafft haben?*

*Pfarr:* Der Anteil hat erheblich zugenommen. Aber für eine Vorbildfunktion brauchen wir viele und auch unterschiedlich lebende und wirkende Frauen.

*FES: Wie sieht es bei der Altersvorsorge der Frauen aus? Fachleute fürchten neue, weibliche Altersarmut für die Zukunft?*

*Pfarr:* Angesichts der Tatsache von durchbrochenen Lebensläufen, geringeren Löhnen, eindeutiger Entgeltdiskriminierung wird es weibliche Altersarmut geben.

*FES: Nach wie vor liegt die Verantwortung für Kinder, Haushalt, Pflege vor allem bei den Frauen, auch wenn sie Vollzeit arbeiten. Ändert, bessert sich hier etwas? Gibt es einen Bewusstseinswandel bei den jüngeren Männern?*

*Pfarr:* Ja, aber viel zu wenig und auch sehr schichtspezifisch. „Neue Väter“ finden wir vor allem bei den besser Qualifizierten, das macht Hoffnung, aber es sind immer noch viel zu wenige.

*FES: Welchen Rat würden Sie heute einer jungen Frau geben, die Familie möchte? Kann sie sich einen Ausstieg auf Zeit leisten?*

*Pfarr:* So kurz wie möglich! Den Anschluss zur Erwerbsarbeit niemals verlieren! Von den rechtlichen Möglichkeiten, Umfang und Lage der Arbeitszeit anzupassen, Gebrauch machen! Und Partner danach auswählen und ihnen gegenüber darauf bestehen, dass sie sich partnerschaftlich und väterlich verhalten.

## Claudia Menne

Leiterin des Bereichs Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand



### Ist der Fachkräftemangel nun schon da oder noch nicht?

Verschiedene Institute streiten bereits über diese Frage. Engpässe treten aber sicherlich vor allen Dingen bei Elektrotechnik, Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurinnen und -ingenieuren auf. Doch selbst dort suchen rund 13.000 Arbeitslose einen Job, zumeist Ältere und Frauen. Die Arbeitslosigkeit der Ingenieurinnen ist mehr als doppelt so hoch wie die ihrer männlichen Kollegen und an der allgemeinen Arbeitslosigkeit ändert der Fachkräftemangel derzeit noch wenig. Hauptursache ist, dass geforderte und vorhandene Qualifikationen am Arbeitsmarkt nicht zusammenpassen. Wir brauchen daher eine erneute Bildungsexpansion.



Dazu gehören unter anderem:

- eine frühe technische Allgemeinbildung,
- eine solide Wissensbasis aller BürgerInnen, z.B. durch ein systematisches Heranführen aller jungen Menschen an technische Fragestellungen in der Schule und im Rahmen der Ausbildung,
- technische Weiterbildung in Verbindung mit Weiterbildungsberatung.

Die überproportionale Frauenarbeitslosigkeit in den Ingenieurberufen findet ihren Grund aber auch in fehlenden Betreuungsangeboten, eher familienfeindlichen Arbeitsbedingungen und einer männerdominierten Betriebskultur. Hier könnte über den *Girls' Day* hinaus die verstärkte Veröffentlichung von erfolgreichen Frauen im Bereich Technikgestaltung und technischer Entwicklung unterstützend wirken, um so für Mädchen und junge Frauen „role models“ erkennbar zu machen.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sollen nach dem Willen der Regierung ausländische Fachkräfte angeworben werden. Seit November 2007 können Ingenieurinnen und Ingenieure aus den

zwölf neuen EU-Staaten leichter eine Arbeiterlaubnis für Deutschland erhalten. Das Grundproblem des deutschen Bildungssystems, die starke soziale Auslese, wird hingegen nicht angetastet.

Und die Frage, ob Frauen Kapital aus dem Fachkräftemangel schlagen können, weil dieser Mangel ihre Verhandlungsposition stärkt, ist kein Automatismus, sondern eine politische Frage. Denn neben den Chancen für die Frauen bedeutet der demografische Wandel auch, dass die Gesellschaft altert und dies einen höheren Aufwand an Betreuung und Pflege nach sich zieht. Dies kann sich zum Nachteil der Frauen auswirken, wenn sie z.B. beruflich in diese Bereiche gedrängt werden oder wenn diese Aufgabe privat an ihnen hängen bleibt. Gerade auch der Druck auf Akademikerinnen erhöht sich, mehr Kinder zu bekommen.

Bei der Frage, ob die Elektrotechnik woanders auch solch eine Männerdomäne ist, kann man von anderen europäischen Ländern lernen. Z.B. in Portugal, Spanien und Italien bis nach Griechenland liegt der Frauenanteil in diesem Bereich viel höher als in Deutschland.

## AUS DER ARBEIT DER FES

## BERLIN

## Frauen – Technik – Management



Prof. Dr. Ursula van Rienen, Vorsitzende des Fakultätentages Elektrotechnik-Informationstechnik

Die Elektro- und IT-Branche braucht die Kompetenz weiblicher Führungskräfte, dennoch sind die Männer in vielen Betrieben und in der Wissenschaft weitgehend unter sich. Jede zwölfte Ingenieurin – und damit ist ihre Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie bei den männlichen Kollegen – ist ohne Job. Innerhalb der EU steht Deutschland am unteren Ende der Länderrangfolge. Gleichzeitig beklagt die Industrie den Mangel an Ingenieuren. Die Gründe dafür und die Möglichkeiten, das Bild zu verändern, hat das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin in einem Symposium untersucht. In Kooperation mit dem Team der Elektroingenieurinnen im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) wurden die Chancen und die noch beste-

henden Hindernisse für Frauen an der Spitze dieser Industrie beleuchtet. Ex-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, im Bundestag Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, benannte den fatalen Zusammenhang: Weil so wenige Frauen in diesem Bereich Karriere machen, „bleibt die Definition beruflicher Anforderungs-, Bewertungs- und Entscheidungsprofile in männlicher Hand“ Notwendig sei also eine gezielte Personalentwicklungspolitik für Frauen. Von der Praxis an den Universitäten zeichnete Professorin Ursula Rienen ein deprimierendes Bild: Nur 5,7 Prozent der Absolventen des Studiengangs Elektrotechnik sind weiblich. Nur wenige von ihnen machen anschließend eine wissenschaftliche Karriere. Die Gründe? Frauen kon-

zentrierten sich auf die Arbeitsinhalte und nicht auf die strategischen Aspekte, ohne die eine Karriere kaum möglich ist. Sie unterschätzen die eigenen Fähigkeiten und haben in der Regel niemanden, der ihnen zu Hause den Rücken freihält. Notwendig ist also ein Wandel in der Unternehmenskultur, zum Beispiel eine Abkehr vom Ideal der Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit. Wichtig sind außerdem Frauennetzwerke und Mentorinnenprogramme in den Unternehmen – und Vorbilder in der Öffentlichkeit. Warum, so wurde gefragt, finden beispielsweise Frauen in technischen Berufen in den allgegenwärtigen Fernseh-Soaps nicht als selbstverständlich statt?



v.l. Claudia Menne, DGB, Dipl.-Ing. Petra Friedrich, TÜ München, Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin a.D.

## LEIPZIG

### Karriereplanung – Engagement – Lebensbilder

Genderfragen sind Querschnittsaufgaben. Dies ins Bewusstsein zu rücken, ist ein wichtiges Ziel der FES-Arbeit. Zwei lokale Bündnisse für Familien wurden intensiv in die Arbeit einbezogen, die Themen der einzelnen Foren in enger Abstimmung mit den TeilnehmerInnen entwickelt. Es ging um Karriereplanung und politisches Engagement und um die Haltung regionaler Unternehmen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Erfolg am Arbeitsplatz.



## BONN

### „Es geht ums Ganze, Constanze!“

Fast 300 Frauen kamen zu der im Oktober veranstalteten Konferenz in Bonn „Es geht ums Ganze, Constanze!“. In Zusammenarbeit mit dem Frauenmädchennetzwerk NRW wurde einen Tag lang über Perspektiven für NRW diskutiert.

Das Frauenmädchennetzwerk ist ein landesweites Bündnis von Organisationen und Einrichtungen, die mit und für Frauen und Mädchen arbeiten. Insgesamt sind rund 800 Organisationen und Einrichtungen in diesem Netzwerk vertreten. In der Arbeit geht es sowohl um die Begleitung von Frauen und Mädchen in den verschiedenen Lebensphasen und Lebenslagen als auch um die qualitative Weiterentwicklung mädchen- und frauenspezifischer Arbeit.

In vier Arbeitsgruppen wurden die Themen diskutiert, die Frauen zur Zeit am meisten berühren:

- Frauen in die Waagschalen – Recht und Gerechtigkeit
- Nicht Mangel, sondern Fülle – Zukunft der Bildung und Arbeit für Frauen
- Wer nicht träumt... – Macht ist die Möglichkeit zu handeln – Politik für Frauen
- Immer in Bewegung – schneller, schöner, total gesund?

Zu den Ergebnissen der vier Foren gehören folgende Überlegungen:

- Im Recht ist Vieles erreicht, Ungerechtigkeit ist dennoch die alltägliche Erfahrung von Frauen.

Um dieses zu ändern, bietet das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz von 2006 viele Potenziale zur gerechteren Ausgestaltung von Frauenalltag.

- Die Bildungsgeschichte der heutigen Frauengenerationen ist eine Erfolgsgeschichte, die sich nicht in der beruflichen Lebensplanung von Frauen niederschlägt. Die Bildungssysteme müssen sich für die unterschiedlichen Altersgruppen von der Elementarerziehung bis zum lebenslangen Lernen öffnen.
- Frauen sind gerne bereit, z.B. durch Mentoring-Programme die immer breiter werdende Schere zwischen Bildungseliten und Bildungsfernen schließen zu helfen. Der Genderaspekt darf sich nicht auf akademische Diskurse be-





Elke Ferner, MdB, ASF-Vorsitzende

## MAINZ

### Der vorsorgende Sozialstaat aus der Genderperspektive

Die Geschlechterzugehörigkeit bestimmt in Deutschland immer noch stark die Lebenssituation. Darüber herrschte Einigkeit während einer Tagung des FES-Büros Mainz mit der FES-Gender-Expertin Barbara Stiegler und der ASF-Vorsitzenden Elke Ferner. Immer noch leisten Frauen wesentlich mehr unbezahlte Arbeit, verdienen weniger und haben sehr viel geringere Renten. Eine der zentralen Fragen der Diskussion war: Warum werden sogenannte frauentypische Berufe im personenbezogenen Dienstleistungsbereich immer noch zu niedrig bewertet – obwohl Einigkeit darüber besteht, dass diese Aufgaben lebenswichtig für die Gesellschaft sind? Das gilt von der frühen Förderung der Kinder bis zu einer professionellen Pflege alter Menschen. Gefordert wurden deshalb neue Modelle für die Organisation und Bewertung der Sorgearbeit.

*Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive. Barbara Stiegler. Bonn FES 2007 <http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/04321.pdf>*

schränken, sondern muss in Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik umgesetzt werden.

- Im Gesundheitsbereich sind die Defizite ausführlich im Landesbericht der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ und von der Koordinationsstelle Frauen und Gesundheit NRW beschrieben worden. Seit März 2006 ist die Koordinationsstelle geschlossen. Frauen stecken viel Zeit in die Gesundheitsvorsorge, die heute zunehmend privat finanziert werden muss. Vor dem Hintergrund wachsender Frauen- und Kinderarmut ist dies ein Arbeitsfeld, auf dem große Anstrengungen unternommen werden müssen.
- Macht ist die Möglichkeit zu handeln, das fällt aber schwer, wenn die Spielregeln und Politikstile sich zu Lasten der Frauenthemen verändert haben.
- Unterschiedlichkeit und Vielheit sind Voraussetzungen – nicht nur in der Frauenpolitik-, um die nötige Spannung für gemeinsames Handeln zu ermöglichen.

- Einen neuen Feminismus brauchen wir nicht, denn seit 40 Jahren werden die richtigen Fragen gestellt und die notwendigen Antworten im jeweiligen Kontext gegeben. Allerdings fehlt es an deren Umsetzung. Hier liegt die eigentliche Arbeit in der näheren Zukunft.



**ERFURT**

**Alte Zöpfe, neue Zöpfe –  
Frauenpolitischem auf den Grund gegangen**



Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D. und Mitglied des Vorstands der FES

Nicht zuletzt wegen der „neuesten Erkenntnis“ der Studie „Not am Mann“ über die Gründe der Abwanderung von jungen Frauen aus Ostdeutschland ist die Frauenpolitik in den Mittelpunkt der aktuellen politischen Agenda gerückt. Die Debatte über den demografischen Wandel und ausbleibende Geburten hat mit dem Vorschlag, junge Frauen mit Fahrbibliotheken oder Rufbussen im Land zu halten, einen neuen Höhepunkt erreicht. Das Erfurter FES-Büro nahm dies zum Anlass für eine gründliche Analyse der Situation in Thüringen: Auch im Jahr der

Chancengleichheit werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt systematisch benachteiligt. Der Arbeitsplatzabbau der vergangenen Jahre erfolgte besonders zu Lasten der erwerbstätigen Frauen. Bei Neueinstellungen werden Frauen kaum berücksichtigt. 42% aller erwerbstätigen Frauen in Thüringen arbeiten mittlerweile in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Iris Glicke und Silke Bemmann machten in der ersten Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Warum die Familienoffensive der Thüringer Landesregierung gebremst werden sollte, statt auf Bundesebene kopiert zu werden, erläuterten Chris-

tine Bergmann und Bettina Löbl in der zweiten Arbeitsgruppe.

Die Teilnehmerinnen diskutierten intensiv diese aktuellen Probleme der Chancengleichheit. Sie versuchten aber auch, Kampfformen und Theorien der „klassischen“ Frauenbewegung und des Feminismus zu reflektieren und mit ihren aktuellen Erfahrungen zu konfrontieren. Es entstand dadurch auch ein interessanten Blick auf die Geschichte der Frauenbewegung und ihre Erfolge und Misserfolge. Die aktuellen Forderungen der TeilnehmerInnen nahm der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Thüringen, Christoph Matschie, entgegen.



## BERLIN

**Familienpolitik nicht ohne Gleichstellungspolitik!**

Mit den Arbeitsbereichen Familienpolitik und Genderpolitik ist das Forum Politik und Gesellschaft in zwei Feldern tätig, die in der aktuellen öffentlichen Debatte unterschiedlich präsent sind. Während um die Familienpolitik eine heiße Diskussion entbrannt ist, bleibt es um gleichstellungspolitische Fragestellungen vergleichsweise ruhig. Zu Unrecht, denn die beiden Politikfelder bedingen sich zum Teil gegenseitig. Eine nachhaltige Familienpolitik darf daher gleichstellungspolitische Zielsetzungen nicht aus dem Auge verlieren.

„Mehr Männer in die Familie“ und „Mehr Frauen in den Beruf“ lauten die Empfehlungen für die Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Familienpolitik in Deutschland, die aus den Ergebnissen der FES Studie Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich hervorgehen. Annelie Rüling und Karsten Kassner untersuchten für die FES, inwiefern Gleichstellungsaspekte in die Familienpolitik Großbritanniens, Schwedens, Frankreichs und Deutschlands integriert sind.

Vorgestellt wurde die Studie im Rahmen einer internationalen Konferenz, auf der in Berlin europäische VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft über Strategien und Herausforderungen nachhal-



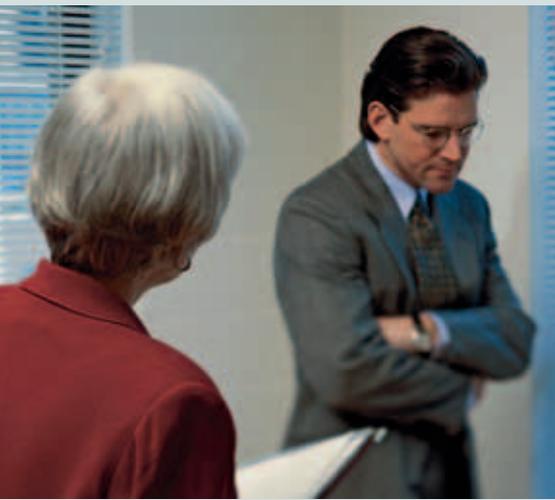
tiger Familienpolitik diskutierten. Mit der Verbindung von Familien- und Gleichstellungspolitik rückte die FES dabei eine bislang stark vernachlässigte Dimension in den Mittelpunkt. Familienpolitik erfreut sich in Deutschland derzeit einer hohen politischen Konjunktur. Nach Ansicht der ehemaligen Bundesministerin Christine Bergmann beschränken sich die politischen Debatten jedoch auf die „Abminderung des demographischen Schocks“ und sind keinesfalls mit Geschlechtergerechtigkeit verbunden.

Politiker und Wissenschaftler aus den untersuchten Ländern unterstrichen die Ergebnisse der Analyse: In Großbritannien liegen die größten Herausforderungen für eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik in der Überwindung der enormen Lohnungleichheit

zwischen den Geschlechtern, im Ausbau des Kinderbetreuungsangebots und in der Flexibilisierung der Arbeitszeiten. In Frankreich wird Familienpolitik als Instrument der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Trotz der höchsten Geburtenrate in Europa und einer sehr hohen Müttererwerbstätigkeit bleibt die Familienarbeit in Frankreich jedoch weiterhin eine Domäne der Mütter.

Schweden weist die höchste Müttererwerbstätigkeit, ein ausgeglichenes Verhältnis der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen sowie die höchste Beteiligung von Männern an Familienarbeit vor. Die niedrigste Geburtenrate und Müttererwerbsquote sind nur zwei Indikatoren, die belegen, dass Deutschland in Sachen Familienpolitik das Schlusslicht unter den vier Vergleichsländern bildet. Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, mahnte, die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit nicht auf die Familienpolitik zu verkürzen. Gleichstellungsaspekte müssten beispielsweise auch in der Arbeitsmarktpolitik stärkere Berücksichtigung finden, um dort vorherrschende Benachteiligung zu beseitigen.

Die Studie kann abgerufen werden unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf>

**POTSDAM / ERFURT / BERLIN**  
**„Macht Chancen gleich!“**


Das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle bildete 2007 das übergreifende Dach für zahlreiche genderpolitische Veranstaltungen. Dazu gehörte auch die Auftakttagung der 17. Brandenburger Frauenwoche, die das Potsdamer FES-Büro mit dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg durchführte.

Unter dem landesweiten Motto „Macht Chancen gleich!“ setzte sich die Fachtagung mit den Themen Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Diskriminierung in Brandenburg auseinander. Dagmar Ziegler, Landesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und Landesgleichstellungsbeauftragte, betonte, in fast allen gesellschaftlichen Bereichen seien Frauen in Führungspositionen weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Sie prangerte außerdem das hohe Lohngefälle zwischen Männern

und Frauen an, das in Deutschland mit 23% um 8% über dem europäischen Durchschnitt liege.

Die Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter unterstrich die Notwendigkeit, das Europäische Jahr der Chancengleichheit für die Frauen und Mädchen in Brandenburg nutzbar zu machen. Auch Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats diskutierte in ihrem Beitrag das Veränderungspotenzial von Mädchen- und Frauenpolitik.

In einem Worldcafé wurden danach spezifische Fragen in kleinen Gesprächsrunden vertieft, Erfahrungen ausgetauscht und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für mehr Chancengleichheit in der Gesellschaft zu entwickeln. Die vielfältigen Ergebnisse waren ein motivierendes Startschuss für die 17. Brandenburger Frauenwoche, während der die Entwicklung von Strategien zum Abbau von Benachteiligung in über 300 Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Land fortgesetzt wurde.

In zwei Veranstaltungen befasste sich das FES-Büro in Erfurt mit dem von der Wirtschaft heftig bekämpften Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). In einem Seminar, das sich besonders an Gewerkschafterinnen und Betriebsräte richtete, wurden Diskriminierungen im Beruf, aber auch in der politischen und ehrenamtlichen Arbeit deutlich benannt.

Der Klassiker sei – neben zahlreichen anderen Tatbeständen – immer noch die Frauendiskriminierung, beklagten die Teilnehmerinnen. Sie alle setzten zunächst auf den Abbau von Vorurteilen, auf Aufklärung und Erziehung zur Toleranz. Nur wenn dies nichts bewirke, habe das Gesetz eine wichtige Hilfsfunktion, denn es schaffe Aufmerksamkeit und zwingt die Arbeitgeber, auf mögliche Diskriminierungen zu achten.

In einer zweiten Veranstaltung ein Jahr nach Einführung des Gesetzes wurde eine erste vorsichtige Bilanz gezogen. Das Ergebnis: Die von den Betrieben gefürchtete Klageflut ist ausgeblieben, die Sensibilität ist größer geworden, die Signalwirkung sei insgesamt positiv.

*Gender Pay Gap*, ein Arbeitspapier der FES, ergänzt dieses Thema. Es gibt einen Überblick über Maßnahmen der EU-Kommission, der Bundesregierung und privater Institutionen zu den Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen. Im Juli 2007 veröffentlichte die EU-Kommission eine Untersuchung dazu. Gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit, wie das der EG-Vertrag seit über dreißig Jahren vorschreibt, ist immer noch nicht die Realität. Das Arbeitspapier informiert über die Ursachen und nennt Vorschläge zur Schließung dieser Lohnlücke zwischen Frauen und Männern.

## LEKTÜRETIPP



## SAARBRÜCKEN

## Die Altersarmut ist weiblich

Im Lebenslauf angelegte Geschlechterverhältnisse setzen sich bis ins Alter fort, so die These der Altersforscherin Gertrud Backes bei einer FES-Tagung in Saarbrücken. Während viele männliche Rentner finanziell recht gut gestellt sind, sieht das bei Frauen anders aus: weniger Geld und weniger soziale Kontakte. Oft übernehmen sie bis ins eigene hohe Alter Betreuungs- und Pflegeaufgaben. Wieder einmal wurde gefragt, ob – und wenn ja, wie – diese Strukturen künftig durchbrochen werden können. Die Antworten liegen auf der Hand, doch sie setzen eine andere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen voraus.

## BERLIN

## Die Pflegereform – Chance oder Falle?



73 Prozent des hauptamtlichen Pflegepersonals sind Frauen, mehr als 60 Prozent der Pflegebedürftigen sind Frauen und über 90 Prozent der häuslichen Pflege wird von Privatpersonen geleistet, das sind ebenfalls überwiegend Frauen. Da im Durchschnitt ein pflegebedürftiger Mensch acht Jahre lang oft intensive Hilfe benötigt, bedeutet das, dass Frauen häufig ihren Beruf aufgeben, um Angehörige zu pflegen. Deshalb lud das FES-Forum Politik und Gesellschaft zusammen mit dem Deutschen Frauenrat zu einer Konferenz zum neuen Gesetzentwurf zur Pflegereform ein. Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ASF-Vorsitzende, sah zunächst eine erhebliche Verbesserung des Status quo. Denn die ambulante Pflege soll gegenüber der stationären gestärkt werden, und das bedeutet, dass Sachleistungen und Pflegegeld stufenweise erhöht werden. Arbeitgeber

müssen künftig Beschäftigte bis zu zehn Tagen freistellen, wenn die Pflege eines Angehörigen zu organisieren ist und eine bis zu sechs Monate dauernde Pflegezeit gewähren. Da für diese Zeit keine Bezahlung vorgesehen ist, werden sich viele Menschen eine solche Auszeit aber nicht leisten können. Beispielhaft ist ein Modell bei den Ford-Werken in Köln. Für jeden Pflegefall, der Angestellte trifft, wird gemeinsam ein individueller Plan ausgearbeitet, bei Schwierigkeiten mit Vorgesetzten schaltet sich eine Ombudsfrau ein. Trotz solcher positiven Einzelfälle fehlt es, so die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, immer noch an einer gesellschaftspolitischen breiten Debatte: „Wir müssen verhindern, dass es – wie bei der Kinderbetreuung – Jahrzehnte braucht, bis sich Männer und Frauen auch nur ansatzweise gleichermaßen für die Pflege der Alten verantwortlich fühlen.“

**BELGRAD**

**Serbische Gewerkschaften wenig interessiert an Frauen**

Fragen wie Lohngleichheit, Diskriminierung von Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden in Serbien immer noch nicht als wichtiger Teil der Gewerkschaftsarbeit gesehen. Die FES unterstützt deshalb seit Jahren gewerkschaftliche Frauensektionen, zum Beispiel durch die Seminarreihe „Soziale Kooperativen“ in vier serbischen Regionen. Arbeitslose Frauen erhalten dort ganz praktische Ratschläge, wenn sie sich selbständig machen wollen und sie werden unterstützt bei ihren Bemühungen um einen Arbeitsplatz. In Strategie-Workshops für verschiedene Branchen geht es vor allem um die Bedeutung der Frauenarbeit in Gewerkschaften und Arbeitswelt. Das Ziel ist, den Einfluss weiblicher Mitglieder auf die Gewerkschaftsarbeit zu erhöhen.



**MAZEDONIEN**

**Immer noch Kampf um Gleichberechtigung – eine Broschüre**

Seit 1991 ist Mazedonien unabhängig; trotz formaler Gleichstellung kämpfen Frauen immer noch für gleiche Rechte am Arbeitsplatz. Sie werden schlechter bezahlt und sind Opfer von Diskriminierung. Der Gewerkschaftsdachverband SSM hat mit Unterstützung der FES eine umfangreiche Broschüre erarbeitet, die über die Rechte von Frauen aufklärt. Die häufigsten Fälle von Diskriminierung werden beispielhaft beschrieben und Anlaufstellen für Hilfen benannt. Weitere wichtige Themen der Broschüre sind Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, das Recht auf Mutterschutz oder Strategien gegen Mobbing.

**LEKTÜRERTIPP**



**KAIRO**

**Medien: Engagement für Frauen auf dem Land**

Seit fünf Jahren läuft ein Fortbildungsprogramm für ägyptische Journalistinnen, das die FES Kairo zusammen mit dem Frauenstudienzentrum und der Medienfakultät der Universität Kairo verantwortet. Etwa 150 Journalistinnen aller politischen Richtungen haben seit 2007 die Trainingsworkshops besucht. Nach anfänglichen Problemen (Konkurrenzneid und die fehlende Bereitschaft, Informationen auszutauschen) hat sich das Programm bewährt. Auf den langen und mühsamen Reisen in die entlegensten Dörfer entstand eine Atmosphäre von Kollegialität und ein Bewusstsein für die oft prekäre Situation der Frauen in diesen Dörfern. Durch diese Erfahrungen wuchs der Wille, gemeinsam etwas gegen die Missstände zu unternehmen. Ende 2007 wurde die NRO ENSAF (Gerechtigkeit) gegründet. Mitglieder sind Medienleute, Experten für Menschenrechte, FES-Mitarbeiter und Lehrkräfte der Universität. 2008 will man Programme in den lokalen Medien starten.

**BENIN****Freihandelsabkommen unter Genderaspekten**

Das künftige Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Gemeinschaft der westafrikanischen Staaten macht besonders den Frauen Sorgen. Deren Einkommen wird vor allem in der kleinteiligen Landwirtschaft und durch informellen Handel erzielt. Durch subventionierte Handelswaren aus der EU sehen sie ihre Existenzgrundlage bedroht. Heuteschon, so das Beispiel während einer von der FES mit Partnerorganisationen in Benin organisierten Konferenz, werden tiefgefrorene Hühnerschenkel aus Europa zu günstigeren Preisen angeboten als die lokal gezüchteten Produkte. Ratlos fragten die Frauen, wie sie denn mit ihren kleinen Äckern und traditionellen Anbaumethoden wettbewerbsfähig bleiben können. Pragmatisch wurde dennoch beschlossen, sich gegen das Unvermeidliche nicht weiter zu stemmen, sondern die Modernisierung von Produktionsmitteln und die Fortbildung für die Akteure des Produktionssektors zu fordern.

**SHANGHAI****Gender Mainstreaming in der Gewerkschaftspolitik**

Noch ist Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in China fast ein Fremdwort. Doch das Interesse der chinesischen Gewerkschaften ist groß, dieses Prinzip künftig in die Arbeit zu integrieren und von deutschen Erfahrungen zu profitieren. China verändert sich sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich in atemberaubendem Tempo. Das gilt sowohl für die Städte als auch für die ländlichen Gebiete. Traditionelle Familien- und Geschlechterverhältnisse verlieren durch die Landflucht und eine wachsende städtische Mittelschicht ihre Gültigkeit. Im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern ist die Gleichstellung von Mann und Frau gut entwickelt, doch auf dem Arbeitsmarkt sind die Probleme ähnlich wie in Deutschland. Gender-Mainstreaming-Strategien, also die Prüfung aller Entscheidungen auf ihre unterschiedliche Auswirkung auf

Männer und Frauen, sind weitgehend unbekannt, und das Interesse der Gewerkschaften an diesem Instrument ist groß. Zu diesem Thema hielt Claudia Menne, Leiterin des Bereichs Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, auf Einladung der FES Shanghai eine Reihe viel beachteter Vorträge. Sie erklärte die Unterschiede zwischen traditioneller Frauen- und Genderpolitik und erinnerte daran, dass diese Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik 1995 auf der Weltfrauenkonferenz in Peking entwickelt wurde. Intensiv diskutiert wurden vor allem Mindestlohn, Einkommensdiskriminierung, Mutterschutz und eine deutlichere Repräsentanz von Frauen auf allen Führungsebenen.

Gender Mainstreaming in den Gewerkschaften  
工会工作中的性别意识主流化

**BANGKOK**

**Die Gewerkschaftsbewegung ist schwach**

Einer der Schwerpunkte der FES-Arbeit in Thailand ist die Unterstützung der Gewerkschaften. ArbeiterInnen haben in Thailand einen sehr niedrigen gesellschaftlichen Rang, die Gewerkschaftsbewegung ist zersplittert, das Arbeitsrecht dürftig. Da Gewerkschaften als staatsfeindliche Institutionen wahrgenommen werden, sind nur etwa drei Prozent der ArbeitnehmerInnen organisiert. Es gibt kaum Dialoge zwischen Regierung und Gewerkschaften zu sozial- und wirtschaftspolitischen Programmen. Rechtliche Regelungen, vor allem die Gewährleistung elementarer Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sind deshalb das Ziel zahlreicher Kampagnen der FES. Frauen sind in den männlich dominierten Gewerkschaften kaum vertreten. Die Entscheidungsträger sind für Genderfragen kaum oder gar nicht sensibilisiert. Die FES versucht, Veränderungen zu erreichen, beispielsweise durch eine Informationsbroschüre zur Heimarbeit. Zusammen mit Gewerkschafterinnen werden zahlreiche frauenspezifische Probleme diskutiert: Themen sind vor allem zunehmende Gewalt, niedrige Einkünfte, schlechtere Arbeitsbedingungen und schlechter Zugang zu Sozialleistungen für Frauen. Und nicht anders als in Deutschland wird innerhalb der Frauennetzwerke die fehlende Kinderbetreuung beklagt.

**NEPAL / PAKISTAN / INDIEN**

**Keine soziale Absicherung, Kinderarbeit, Leibeigenschaft**

Die FES hat in Katmandu einen Workshop veranstaltet, der sich mit der Lage der Heimarbeiterinnen befasst. Es wurden Strategien entwickelt, um die Ratifizierung der ILO-Heimarbeiterkonvention in allen Ländern Südasiens durchzusetzen. Es geht in dieser Konvention vor allem um sichere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Die Chancen stehen gut, dass Nepal als eines der ersten asiatischen Länder die Konvention ratifiziert und damit eine Vorreiterrolle übernimmt. In Pakistan wird über ein nationales Gesetz zur sozialen Absicherung von Heimarbeitern diskutiert. Die FES plant im Vorfeld der Abstimmung eine Konferenz in Islamabad.

Indien und Südasien: 95 Prozent der arbeitenden Frauen Indiens sind im informellen Sektor tätig und haben kein staatlich garantiertes Recht auf soziale Absicherung. Zwar gibt es einzelne Programme von staatlichen und privaten Akteuren,

sowohl regionale als auch nationale, doch die Frauen wissen darüber nichts, haben keinen Zugang zu den Informationen, die ihnen wenigstens eine minimale Absicherung verschaffen könnten. Die FES versucht in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Regierungsorganisationen und NROs, diese Programme für die Landarbeiterinnen, Straßenverkäuferinnen, Bauarbeiterinnen und Handarbeiterinnen zugänglich zu machen.

In ganz Südasien nimmt die Zahl der Heimarbeiterinnen zu. Von den insgesamt 100 Millionen HeimarbeiterInnen weltweit finden sich rund 50 Millionen in Südasien. In Bangladesh, Sri Lanka, Nepal, Pakistan und Indien sind es zu 80 Prozent Frauen, die zu Hause für die Textilindustrie Teppiche knüpfen und Stoffe weben oder wie in Pakistan für die Sportartikelindustrie Fußbälle nähen. Es sind exportorientierte, volkswirtschaftlich wichtige Industriesektoren, und die Frauen, die die





WORLD OF HOMEBASED WORKERS

unverzichtbare Arbeit in der Produktion leisten, sind das schwächste Glied in der Kette: Sie sind abhängig von Subunternehmern und Agenten. Es gibt für sie weder Arbeitsschutz noch Verträge, die Auftrags- und Einkommenssicherheit garantieren. Krankheit, eine Überschwemmung oder ein Schaden am Webstuhl oder der Nähmaschine sind existenzbedrohend. Im Katastrophenfall bleibt nur der Weg zum örtlichen Geldverleiher, der hohe Zinsen und als Sicherheit häufig die Arbeitskraft eines Familienmitglieds verlangt. Die Leibeigenschaft ist noch weit verbreitet. Unter solchen Umständen nimmt auch die Kinderarbeit zu. So wie ihre Mütter werden viele dieser Kinder Analphabeten bleiben. Die von Müttern und Kindern hergestellten Produkte werden oft von den Ehemännern oder ältesten Söhnen verkauft. Das heißt: Männer verfügen über das von den Frauen erwirtschaftete Einkommen. In all den betroffenen Ländern entstehen zur Zeit Netzwerke, die neben politischer Lobbyarbeit für bessere Arbeitsbedingungen auch Dienstleistungen wie medizinische Grundversorgung oder Kleinkredite im Programm haben.

## ZENTRALAMERIKA

### Gendergerechte soziale Sicherung

Bei der Suche nach einschlägiger Literatur über die sozialen Sicherungssysteme in Zentralamerika wird man schnell auf die FES verwiesen. Es gibt keine ebenbürtige Einrichtung, die den Einzelstaaten konkrete Vorschläge für ein sozial ausgewogeneres System der Kranken- und Rentenversicherung macht. Die Debatte wurde dank der FES-Anstrengungen um Gender Mainstreaming erweitert. Die Bereitschaft wächst, dieses Instrument als einen weiteren Baustein bei der Entwicklung eines modernen Konzepts der medizinischen Grundversorgung und der Altersvorsorge zu nutzen.

Die Situation der sozialen Sicherungssysteme ist in allen sechs Ländern Zentralamerikas bedrückend. Durch den dort praktizierten wirtschaftsliberalen Kurs vertieft sich die soziale und wirtschaftliche Spaltung der Gesellschaft. Die Geschlechterungleichheit wird verschärft. Der Trend zur völligen Umstellung der Rentenversicherung vom solidarischen System auf das Kapitaldeckungsverfahren trifft jetzt schon besonders krass berufstätige Frauen, die hauptsächlich in informellen und nicht sozial abgesicherten Bereichen arbeiten. Doch genauso erschreckend ist, dass zum Beispiel in Honduras für nur vier Prozent der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Bereich Sozialbeiträge abgeführt werden. In Studien wird deshalb untersucht, wie alleinerziehenden



Frauen aus unteren Einkommenschichten der Zugang zu einer Mindestrente erleichtert werden kann.

Das öffentliche Gesundheitssystem befindet sich in keiner besseren Verfassung. Es ist permanent unterfinanziert, bietet eine qualitativ schlechte Versorgung und ist nicht flächendeckend. Viele ländliche Regionen in Honduras oder El Salvador werden kaum noch medizinisch versorgt. Über 50 Prozent der Patienten müssen ärztliche Leistungen und Medikamente aus eigener Tasche bezahlen – und dies häufig zu überhöhten Preisen. Erschwerend kommt dazu, dass die Zahl der alleinerziehenden Mütter wächst: Die Männer setzen sich ab ins Ausland oder gehen neue Beziehungen ein. In Streitfällen entscheidet das korrupte und machistische Justizsystem häufig zugunsten der Männer.

Die sozialen Sicherungssysteme stecken in einer schweren strukturellen Krise, verursacht durch demografische Veränderungen, rückläufige Einnahmen und Fehlinvestitionen der Mitgliedsbeiträge. Die bereits bestehende soziale Disparität verschärft sich dadurch weiter. Umso wichtiger ist die von der FES vorangetriebene Diskussion unter Genderspekten.

## Politik und Beteiligung



Wer in absoluter Armut und Abhängigkeit lebt, kann sich nicht am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen. Wer keinen Zugang zu Bildung und Arbeit hat, bleibt ausgeliefert. Deshalb schult die Friedrich-Ebert-Stiftung in zahlreichen Ländern besonders die Frauen, denn Demokratie braucht die Mitwirkung beider Geschlechter. Die Bedürfnisse der Frauen sind häufig andere als die der Männer: Sie wollen Gesundheit und Bildung für ihre Kinder, sie wollen verhindern, dass ihre Kinder in Bandenkriminalität und Kriege gezogen werden. Sie sind weit mehr als Männer an friedlichen Konfliktlösungen interessiert. Deshalb sind sie unverzichtbar beim Aufbau demokratischer Strukturen, sei es in ihrem Dorf oder in den Parlamenten ihrer Länder.

Genderpolitik hat die Bedürfnisse von Männern und Frauen im Auge. Nur erfolgreiche Gleichstellungspolitik macht ein Land zukunftsfähig. Heute noch sind Frauen und damit die Hälfte der Bevölkerung in vielen Staaten ausgeschlossen von den politischen Prozessen. Doch vieles ändert sich, die Friedrich-Ebert-Stiftung trägt ihren Teil dazu bei durch Schulungen, Kampagnen, Kompetenztrainings und Netzwerkangebote. Übrigens, nicht nur in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch in Deutschland bleibt noch einiges zu tun, damit die gesetzlich verankerte Geschlechtergerechtigkeit sich im Alltag auf allen Ebenen durchsetzen kann.



## Gespräch mit Ingrid Matthäus-Maier

Sprecherin des Vorstandes der KfW-Bankengruppe und Vorsitzende des Kuratoriums der FES



*FES: „Gebt das Geld den Frauen“, haben Sie einmal gesagt und damit bestimmte Formen von Entwicklungszusammenarbeit zur Existenzgründung gemeint. Haben Sie Beispiele?*

**Matthäus-Maier:** Ein Mikrofinanz-Vorhaben der KfW mit unmittelbarer Ausrichtung auf Frauen ist zum Beispiel die Förderung der SEWA, der Self-Employed Women's Association in Indien, einer Nichtregierungsorganisation mit ausschließlich weiblichen Mitgliedern. Wir haben dieser Organisation Eigenkapital sowie Refinanzierungsmittel für Mikrokredite und Beratung für den Ausbau des Geschäfts zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Beispiel ist die Förderung des BRAC, des Bangladesh Rural Advancement Committee. BRAC ist ebenfalls eine Nichtregierungsorganisation mit rund 95 Prozent weiblichen Mitgliedern. Wir unterstützen BRAC darin, moderne Wege des Kapitalmarktes zu beschreiten. Über eine Garantie ermöglichen wir eine Verbriefung des Kreditportfolios von BRAC, das heißt, die einzelnen Mikrokredite werden strukturiert zusammengefasst und als eine Form der Anleihe auf dem internationalen Kapitalmarkt verkauft. Damit erhält die Organisation frische Liquidität für weitere Kredite.

*FES: Unterscheiden sich Frauen als Schuldnerinnen von Männern?*

**Matthäus-Maier:** Ja, Frauen gelten als verantwortungsvolle Kundinnen, die peinlich darauf achten, ihre Raten pünktlich zurückzuzahlen. Denn sie wissen: Ihr Zugang zu Krediten ist ein kostbares Gut, das man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen darf. Wer seine Rate nicht rechtzeitig bedient, bekommt keinen neuen Kredit. Wer sich aber als pünktliche Rückzahlerin erweist, kommt im nächsten „Kreditzyklus“ in den Genuss eines höheren Betrages. Bei männlichen Kunden ist eine ähnlich große Disziplin nicht immer anzutreffen. Während Männer oftmals mit großen Projektvisionen gepaart mit geringer eigener Tatkraft bei den Mikrofinanzinstitutionen vorsprechen, sind es vielfach Frauen, die mit Bodenhaftung und Engagement Schritt für Schritt erfolgreiche Unternehmen aufbauen. Daher sind Frauen für viele Mikrofinanzinstitutionen schon aus Risikogründen eine wichtige Kundengruppe.

*FES: Welche Folgen hat das für die Familien, wenn Frauen eigenes Geld verdienen? Wird zum Beispiel mehr in Bildung für die Kinder investiert oder in Gesundheitsvorsorge?*

**Matthäus-Maier:** Eindeutig ja. Wenn Frauen Geld verdienen, wird ein Teil zurückgelegt für anfallende Krankheitskosten. Das Schulgeld wird ebenfalls davon bezahlt.

Auch werden Mädchen tendenziell nicht mehr so häufig aus der Schule genommen, um das Familienbudget aufzubessern. Ein Beispiel: Kundinnen der ugandischen Mikrofinanzinstitution UMU können die Schulgebühren aufbringen, so dass deren Kinder öfter zur Schule gehen als Töchter von Nicht-Kundinnen. Der Erfahrungsaustausch mit anderen UMU-Kundinnen erhöhte außerdem Selbstachtung und Vertrauen der Frauen in die eigenen Fähigkeiten. In Bangladesh wiederum verbesserten sich durch ihre Mitgliedschaft bei BRAC die Ernährung und der Gesundheitszustand der Kundinnen. Je länger eine Frau Kundin bei BRAC ist, desto unwahrscheinlicher wird es, dass sie an Hunger oder Mangelernährung leidet.

*FES: Wächst mit dem eigenen Geld das Selbstbewusstsein, das sich dann auch in mehr Beteiligung am öffentlichen Leben niederschlägt, etwa in mehr Einmischung in die lokale Politik?*

**Matthäus-Maier:** Frauen steigern durch den Umgang mit selbstverdienem Geld ihr Selbstbewusstsein, und einige fühlen sich in der Tat in ihrem Willen bestärkt, die Geschicke des eigenen Dorfes mitzugestalten, wie wir das etwa in Indien beobachten. Durch die größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit, die ihnen die Spar-

und Kreditmöglichkeiten bieten, wächst also nicht nur der Unternehmergeist der Frauen. So berichtet BRAC, dass viele Kundinnen für lokale politische Ämter kandidieren – und auch gewählt werden. SEWA ist eine erfolgreiche Gewerkschaftsbewegung, die die Rechte von Arbeitnehmerinnen stärkt und sie darin unterstützt hat, höhere Löhne durchzusetzen. Allerdings ist das kein Selbstläufer und der Zugang zu Mikrokrediten ist nicht immer allein ausschlaggebend.

*FES: Und wie reagieren die Männer, die sich ja gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern noch sehr patriarchalisch geben?*

*Matthäus-Maier:* Männer lernen am wachsenden und zunehmend auch artikulierten Selbstbewusstsein der Frauen, dass dies keine Bedrohung sein muss, sondern sie sehen an der Entwicklung ihrer Kinder, dass die Familie als Ganzes davon profitiert. Natürlich werden die Männer nicht immer Beifall klatschen, aber man muss ihnen auch Zeit geben, um dazuzulernen.

*FES: Sie haben kleine Banken gegründet in Ländern, die unsere Unterstützung brauchen. Dadurch sind neue Jobs entstanden. Geben Sie auch hier den Frauen eine Chance?*

*Matthäus-Maier:* Die von uns unterstützten Mikrobanken, zum Beispiel die des ProCreditNetzwerks, konzentrieren sich auf die Vergabe von Mikrokrediten für Kleinstunternehmen, die zu einem Gutteil von Frauen geführt werden. Derzeit gibt es 21 ProCredit-Banken in diversen Ländern Osteuropas (10), Afrikas (5) und Lateinamerikas (7). Weitere sind geplant. Sie zielen direkt auf Kleinst- und Kleinunternehmen und streben eine große Nähe zu den Kundinnen an. In der Tat können Kleinst- und Kleinunternehmen dank des Zugangs zu Krediten schneller wachsen, was zusätzliche Jobs schafft.

*FES: Profitieren von diesen Programmen letzten Endes auch die Männer, wenn beispielsweise den Söhnen ein anderes Frauenbild vermittelt wird?*

*Matthäus-Maier:* Ich glaube schon, dass die durch Mikrofinanzierung begünstigte Steigerung des Selbstvertrauens sich auch auf längerfristige Veränderungsprozesse, etwa das Ansehen der Frau in der Gesellschaft, positiv auswirkt. Allerdings möchte ich bei allem berechtigten Enthusiasmus für die Wirkungen auf die Lebenssituation von Frauen auch davor warnen, Mikrofinanzierung als Allheilmittel zu betrachten – soziale Veränderungen geschehen nicht über Nacht und nicht durch Zugang zu Krediten allein. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Mikrofinanzierung bisher einer der erfolgreichsten Entwicklungsansätze überhaupt ist – gerade auch für Frauen.



## AUS DER ARBEIT DER FES

### BERLIN

#### 100 Jahre internationale Frauenbewegung

Ist Feminismus out? Erleben wir einen Rollback in der Frauenbewegung? Sind ihr die großen politischen Themen ausgegangen? Was können wir von der ersten Generation der Kämpferinnen lernen? Auf all diese Fragen wurden während einer Diskussionsveranstaltung des Forums Politik und Gesellschaft zum 100. Jahrestag der Sozialistischen Fraueninternationale Antworten gesucht. Erinnert wurde an die Kämpferinnen um Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts große Ziele verfolgten: die Einführung des Frauenwahlrechts, den Kampf gegen den imperialistischen



Weltkrieg, Arbeitsschutzgesetze wie Mütter- und Kinderschutz, gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung und Festsetzung von Mindestlöhnen. Die deprimierende Bilanz der SPD-Europaabgeordneten Lissy Gröner war: „Betrachtet frau diese Prioritätenliste, so hat die kaum an Aktualität eingebüßt.“ Sie forderte im Europäischen Jahr der Chancengleichheit die konsequente Durchsetzung frauenpolitischer Ziele wie Diskriminierungsverbote, null Toleranz gegen Gewalt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Heftig diskutiert wurde die Frage, ob vor allem junge Frauen sich heute von Feminismus und Frauenbewegung noch angezogen fühlen, ob sie ihre Lebenswirklichkeit dort wiederfinden. Die Einschätzungen der Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Elke Ferner, wie auch die der ehemaligen Bundesfrauenministerin Christine Bergmann waren durchwachsen: Zwar gibt es viele gut ausgebildete Frauen auf dem Arbeitsmarkt, so Elke Ferner, doch im Vergleich mit männlichen Kollegen gleicher Qualifikation verdienen sie immer noch weniger und erleben herbe Karriererückschläge, wenn sie nicht auf Kinder verzichten wollen. Für



Christine Bergmann ist Frauendiskriminierung feiner geworden, zeigt sich nicht mehr offen sondern ganz subtil in der Lohn- und Steuerpolitik.

Die Autorin Katja Kullmann beklagte, dass „die Töchter der Emanzipation“ sich heute auf den Erfolgen ihrer Mütter ausruhen. Die Kraftlosigkeit der Frauenbewegung hat für sie viel mit der Leistungsdoktrin der heutigen Gesellschaft zu tun, die eine Solidarisierung unter Frauen verhindert. Was kann, was muss der Feminismus im 21. Jahrhundert leisten, damit nicht verloren geht, was so schwer erkämpft wurde? Der Appell von Lissy Gröner an diesem Tag, der 100 Jahre Frauenbewegung kritisch feierte: „Lasst uns Frauen weiterhin die Avantgarde für Gleichheit und Solidarität sein, denn es bedarf all unserer Kraft, unserer Fantasie und Kreativität, um die Jahrtausende währende patriarchale Dominanz zu überwinden.“

## BERLIN / ERFURT / NAMIBIA / INDONESIEN

**Gender Budgeting – geschlechterdemokratische Haushaltsführung**

Auf vielen Ebenen spielt das Thema Gender Budgeting bei der FES eine wichtige Rolle. Als Grundlage für Diskussionen und Seminare kann ein Text von Prof. Christine Färber dienen, der über [www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft) abzurufen ist. Ihre wichtigsten Thesen zu Definition und Nutzen von Gender Budgeting lauten:

„Durch Gender Budgeting wird es möglich, den Haushalt des Bundes, eines Bundeslandes oder einer Kommune systematisch zu analysieren. Alle Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsprozess bei der Aufstellung, Ausführung und Rechnungslegung werden systematisch überprüft: Welche ökonomischen Effekte haben sie für Frauen und Männer? Wie beeinflussen sie die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse? Geprüft wird die Verteilung staatlicher Leistungen auf Frauen und Männer ebenso wie die Wirkung aller haushaltsbezogenen Maßnahmen auf die gesellschaftliche Verteilung der Ressourcen Geld und Zeit sowie bezahlte und unbezahlte Arbeit ... Gender Budgeting macht die Querschnittsaufgabe Gleichstellung im Haushalt transparent und steuerbar, es leistet damit einen zentralen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.“

Auch in der nationalen und internationalen politischen Bildungs-

arbeit der FES werden der Umgang mit öffentlichen Geldern und die Auswirkungen auf Männer und Frauen immer wieder thematisiert. So bekannte sich während einer Veranstaltung des Forums Politik und Gesellschaft auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, wenn auch zurückhaltend, zu diesem Instrument: <http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/Gender-Budgeting.pdf>.

Wirtschaftsförderung und Chancengleichheit waren auch Thema einer Veranstaltung des FES-Büros in Thüringen. Es ging um die Bedeutung der EU-Strukturfonds und ihre Steuerungswirkung für die Gleichstellung der Geschlechter. In diesem Bundesland ist das Thema besonders wichtig, da der Haushalt vor allem bei Investitionen zur Wirtschaftsförderung zu einem hohen Anteil aus Mitteln des EU-Strukturfonds bestritten wird. Nach EU-Grundsätzen ist die Vergabe dieser Mittel verbindlich an die Beachtung des Gender-Prinzips gebunden. Zusammen mit dem Landesfrauenrat Thüringen und Experten aus vielen Bereichen wurde untersucht, wie weit Gender Budgeting im politischen Alltag und bei der Verteilung der Mittel eine Rolle spielt.

Politisch engagierte Frauen haben in vielen Ländern erkannt, dass Veränderungen über die Ge-

## LEKTÜRETIPP



wichtung und Verteilung von Haushaltsmitteln laufen. So bietet die FES in Namibia zusammen mit einem Netzwerk (NEWF) aller weiblichen Mandatsträger von den Kommunen bis zum Nationalparlament Schulungen in Gender Budgeting an. Auf einer Konferenz in Swakopmund lobte die namibische Finanzministerin ausdrücklich die FES-Bemühungen. Sie kündigte in ihrer Rede eigene Initiativen zur gendersensiblen Haushaltserstellung im Zusammenwirken mit den Fachressorts an.

Auch in Indonesien organisierte das FES Büro Jakarta im Rahmen des Südostasiatischen Genderprogramms der FES einen „Workshop on Gender Responsive Budgeting“. Der Genderfokus bei der Haushaltsaufstellung führt zu mehr Transparenz, Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit – und das weltweit.

## FREIBURG

## Politikerinnen im Gespräch: Moderation statt Alphetier-Verhalten?

Pflegen Frauen einen anderen Politikstil als Männer? Darauf gibt es wohl nur individuelle Antworten, wie eine Reihe von Veranstaltungen des FES-Büros Baden-Württemberg zeigte. Spannend war ein Dialog zwischen Prof. Gesine Schwan, der Universitätspräsidentin in Frankfurt/Oder, und der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs. Beide Frauen haben außergewöhnliche Lebenswege: Anke Fuchs bekleidete hohe Ämter in der Politik, z.B. als Bundestagsvizepräsidentin und mit großer sozialer Verantwortung, etwa als Präsidentin des Mieterbundes. Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan wurde als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin



FES-Vorsitzende Anke Fuchs, Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt und Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

über Deutschland hinaus bekannt.

Alphetiere kommen weit, finden allerdings – so Gesine Schwan – auch rasch ihre Grenzen: „Auf die Hahnenkämpfe folgen die Eitelkeitsabstürze und davon hat die Gesellschaft nichts.“ Sie warnte davor, sich diese Rolle zum Vorbild zu nehmen und appellierte an die Frauen, eher auf Kooperation in Netzwerken und auf ruhiges Moderieren zu setzen. Anke Fuchs dagegen mochte Frauen in der Politik nicht idealisieren, sondern relativierte aus ihrer politischen Lebenserfahrung: „Wir Frauen in der Politik haben es, anders als

Männer, nicht gelernt, Konkurrenz auszuhalten. Wir sind selten untereinander solidarisch.“

In Schwetzingen und Ludwigsburg diskutierten ebenfalls Politikerinnen aus mehreren Generationen miteinander. Bei allen zeigte sich eine ähnliche Motivation für ihr politisches Engagement, nämlich die Hoffnung, durch eigenes Handeln sozialer Gerechtigkeit etwas näher zu kommen. Ganz pragmatisch sagte die Jüngste in der Runde, Andrea Schwarz, Jahrgang 1974: „Ich möchte mich lieber einmischen als herumzunörgeln, man kann nicht alles ändern, aber man muss irgendwo anfangen.“

## LEKTÜRETIPP

**Fritz-Erler-Forum**

Zukunft und Gerechtigkeit



**Politisches Handeln und Verantwortung**

Gesine Schwan und Anke Fuchs im Gespräch  
am 26. März 2007 in Freiburg

Veranstaltungsinformation  
des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg  
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung



FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG  
Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg

**BERLIN / ROM / RAMALLAH**

**Grenzüberschreitend: Gemeinsame Initiativen und Runde Tische**



Inge Wettig-Danielmeier im Gespräch mit palästinensischen Frauen in Ramallah

Die neuen Chancen durch Gender Mainstreaming mobilisieren Frauen rund um den Globus. Die FES versucht, diesem Bedürfnis nach mehr Informationen und praktischem Erfahrungsaustausch immer wieder nachzukommen. So organisierte das Lateinamerika-Referat eine Konferenz in Berlin mit Politikerinnen aus Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay.

Über Perspektiven für gemeinsame Initiativen diskutierten deutsche und italienische Politikerinnen auf Einladung des FES-Büros in Rom. SPD-Politikerinnen berichteten über die Fortschritte durch die Einführung einer Quote. Italienische Politikerinnen sahen ihre Situation weitaus negativer als die der deutschen Kolleginnen. Gemeinsam wiederum waren die

Klagen über die männliche Dominanz in den Führungspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft.

In Ramallah diskutierten palästinensische Politikerinnen mit Inge Wettig-Danielmeier und beklagten vor allem die fehlende politische Qualifikation der Frauen. Viele Frauen sind empfänglich für national-religiöse Ideologien, wie sie von der Hamas vertreten werden. Das wiederum liegt daran, dass die Hamas sich in Erziehungs- und Gesundheitsfragen engagiert. Wer eine weitere Radikalisierung in den Palästinensischen Gebieten verhindern will, muss also Frauen politisch sensibilisieren – was die FES mit zahlreichen Programmen vor Ort versucht. So wurde 22 ausgewählte Multiplikatorinnen im Rahmen des Projekts „Lead 22“ der FES-Jerusalem in Kooperation mit der Birzeit-Universität ermöglicht, ihre Führungsqualitäten zu verbessern. Die Lebensläufe dieser Frauen aus der Westbank und aus Gaza sind höchst unterschiedlich: Einige studieren noch, andere haben mehrere Jahre Berufserfahrung. Viele sind berufstätige Mütter, die sich gleichzeitig in ihrer Gemeinde oder in der Politik engagieren. Alle wollen etwas verändern. Sechs Teilnehmerinnen des Seminars werden im April 2008 an einem Informationsprogramm der FES in Deutschland teilnehmen.

**MAZEDONIEN / BULGARIEN**

**FES stützt Ausbruch aus dem Patriarchat**

Im ländlichen Nordwesten Mazedoniens herrschen häufig noch patriarchalische Familien- und Gesellschaftsstrukturen. Das bedeutet zum Beispiel: Das gesetzliche Erbrecht der Frauen wird umgangen. Und an Wahltagen wählt das männliche Familienoberhaupt für sie mit. Jede vierte Frau hat Gewalterfahrungen gemacht. Die ersten Frauenhäuser wurden gerade eröffnet. Als Gewalt wird auch die ökonomische Abhängigkeit empfunden. Selbst bei eigenem Einkommen verfügt der Mann über das Geld.

Das FES-Büro in Mazedonien hat in Kooperation mit einer Partnerorganisation Juristinnen und Sozialarbeiterinnen geschult, die Frauen aller Altersgruppen in den Dörfern beraten. Wichtig ist, ihnen zunächst ihre gesetzlichen Rechte klar zu machen. Bewusst werden Frauen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund gemeinsam geschult. So reden mazedonische, albanische und türkische Frauen



## UKRAINE / BELARUS

**Genderfragen: Gewerkschaften eher interessiert als Politiker**

in den abgeschirmten Seminaren, zu denen nur Frauen zugelassen sind, erstaunlich offen über ihre Erfahrungen. In Eigeninitiative haben sie inzwischen Netzwerke gegründet. Sie wissen erstaunlich gut Bescheid über die politischen Entwicklungen in ihrem Land und haben das Bedürfnis, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Gerade den jungen Frauen aus diesen Dörfern aber scheint alles viel zu langsam voranzugehen. Sie reagieren darauf mit Flucht aus den ländlichen Regionen. Sie heiraten Männer mit gesichertem Aufenthaltsstatus in der EU oder den USA, in der Hoffnung auf ein materiell gesichertes, vor allem aber freieres, moderneres Leben.

In Bulgarien scheint man schon ein Stück weiter zu sein. Ein von der FES in Sofia gegründetes Netzwerk sozialdemokratischer Frauen diskutiert lebhaft über Gleichberechtigung und beobachtet kritisch den Stand der genderrelevanten Gesetzgebung.

Angesichts der anhaltenden innenpolitischen Krise tut sich auf staatlicher Ebene wenig in Genderfragen. Partner der FES sind deshalb vor allem die Gewerkschaften in den Bereichen Atomwirtschaft, Rüstungsbetriebe, Kohlebergbau. Obwohl dort überwiegend Männer beschäftigt sind, diskutieren Frauen und Männer gemeinsam konstruktiv über Genderfragen.

Auf einer großen Konferenz der FES, an der NROs und nationale Experten teilnahmen, stand deutlich das Thema Gleichstellungsgesetze und ihre praktische Umsetzung im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Während einer weiteren FES-Konferenz über neue politische Strategien zur Umsetzung partnerschaftlicher Lebensmodelle, an der auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Bärbel Kofler teilnahm, konzentrierten sich die Hoffnungen auf die Gleichstellungsvereinbarungen der EU. Denn im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik muss die Ukraine ihre Gesetze und Programme auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen. Zur Zeit wird diese Arbeit durch einen neuen Bereicherungskapitalismus erschwert, in dem sexistische Geschlechterklischees vor allem in der Werbung blühen. Auf einer FES-Tagung in der Ost-Ukraine präsentierte die Partnerorganisation KRONA deshalb eine Ausstellung „Stop Sexism“.



Dr. Bärbel Kofler, MdB

Ähnliche Erfahrungen wie in der Ukraine macht die FES in Belarus. Positiv gestaltet sich auch dort die Arbeit mit den Gewerkschaften. Gemeinsam entwickelte Bildungsprogramme für Nichtregierungsorganisationen, politische Parteien, Gewerkschaften und Jugendorganisationen werden gut angenommen. Bei keinem der rund 20 Genderseminare lag der Anteil der männlichen Teilnehmer unter 40 Prozent. Dies ist für Länder der ehemaligen Sowjetunion immer noch ungewöhnlich. Vor allem aber strahlt diese Arbeit mit Multiplikatoren in die Organisationen der SeminarteilnehmerInnen hinein. Neben journalistischen, gewerkschaftlichen und kommunalpolitischen Themen wird auch über so sensible Bereiche wie Gendergleichheit in kirchlichen Einrichtungen und die Demokratie in der belarussischen Gesellschaft diskutiert.



## TÜRKEI

### Mehr Frauen in die Parlamente

Mit einer witzigen und in der Öffentlichkeit sehr wirksamen Kampagne will die von der FES intensiv unterstützte Frauenorganisation KA.DER mehr Frauen in die Parlamente bringen. „Muss man ein

Mann sein, um ins Parlament zu kommen?“, fragt auf Plakaten eine hübsche blonde Frau mit Oberlippenbart. KA.DER und FES haben in mehreren Provinzen Politikschulen für Frauen gegründet.

Dort wird nicht nur über das politische System informiert. Es werden Motivationstrainings für Frauen angeboten, die als Kandidatinnen bei lokalen und nationalen Wahlen antreten möchten.

## JAKARTA

### Trotz aller Probleme: Muslimische Frauen erobern die Politik

Muslimische Politikerinnen in Südostasien gewinnen an Einfluss, zumindest zahlenmäßig. Auf Einladung des regionalen Genderprojekts Südostasien der FES diskutierten Politikerinnen aus Indonesien, Malaysia, Thailand und den Philippinen in Jakarta ihre Situation. Das Fazit war durchwachsen: Zwar nimmt die Zahl muslimischer Politikerinnen zu, doch nur selten besetzen sie Führungspositionen. Noch immer haben sie gegen Vorurteile anzukämpfen, die in religiösen Wertvorstellungen und Vorschriften begründet sind. Nicht nur die Religion aber verhindert den Aufstieg von Frauen. Parteien sind in allen vier Ländern Männerbastionen, und bei den Kandidatenaufstellungen schaffen Frauen es kaum einmal auf die vorderen Listenplätze. Die Konferenz fand im Rahmen einer Veranstaltungs-

serie „Fundamentalismus in der Politik“ statt – und dessen Auswirkungen auf das politische Engagement von Frauen. Das Thema gewinnt in Südostasien an Bedeutung, da fundamentalistische Gruppen nicht nur im Islam, sondern auch in buddhistisch-hin-

duistischen Gesellschaften in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen haben. Das Rezept der Politikerinnen gegen diese Entwicklung lautete: Ausbau von Bildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und die Förderung eines moderaten Islam.



## PAKISTAN

### Das Radio bietet Frauen eine öffentliche Plattform

Seit 2001 läuft ein sehr erfolgreiches Projekt der FES in einer der ärmsten und abgelegensten Provinzen Pakistans: „Radio and Women Development“ eröffnet Frauen neue Zugänge zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung. Angesichts des hohen Analphabetismus (Männer 70 Prozent, Frauen über 90 Prozent) ist das Radio für viele Menschen die einzige Informationsquelle. Zunächst werden Frauen in Workshops ermuntert, ihre Probleme offen anzusprechen. Die Diskussionen werden von einem lokalen Radiosender mitgeschnitten und später ausgestrahlt. Für viele Frauen war es zunächst eine völlig neue Erfahrung, ihr Dorf zu verlassen und öffentlich, auch in Anwesenheit von Männern, über ihre Probleme zu sprechen. Die reichen von mangelhafter Gesundheitsversorgung über schlechtes Trinkwasser, sehr begrenzter Zugang zu Bildung bis zu traditionellen und religiösen Rol-



lenvorstellungen, durch die Frauen marginalisiert werden. Durch das öffentliche Auftreten wächst das Selbstbewusstsein der Teilnehmerinnen, und ihr Ansehen in der Bevölkerung steigt. Inzwischen dient das Radio nicht nur als Diskussionsforum.

In Workshops und Seminaren geht es um die Vermittlung von Bildung in Bereichen wie Familienplanung, Gesundheitsvorsorge, Kindererziehung, Umweltschutz,

Teilnahme an Wahlen, Bürgerrechte und Gleichberechtigung. Alles wird aufgezeichnet und später vom lokalen Sender *Radio Pakistan* ausgestrahlt.

In Workshops werden inzwischen die ersten Frauen zu „Media-Reporters“ ausgebildet. Sie sollen in Zukunft Radioprogramme in eigener Regie zusammenstellen. Auch dieses Projekt an der Universität von Peshawar wird von der FES unterstützt.

## ULAN BATOR

### Frauenquote in der Mongolei

Die Frauenverbände dreier wichtiger Parteien haben parteiinterne Frauenquoten von 24 bis 30 Prozent durchgesetzt. Nun geht es darum, bei den Wahlen in der Mongolei im Jahre 2008 auch genügend

Kandidatinnen auf die Listen zu bringen, damit der Frauenanteil im Parlament erhöht wird, der zur Zeit bei 6,5 Prozent liegt.

Das FES-Büro in Ulan Bator hat diesen Kampf der Frauen um mehr

Einfluss aktiv begleitet. Zum Beispiel entwickelte Heidrun Merk, die ehemalige niedersächsische Justizministerin, zusammen mit den Frauen Strategien zur Durchsetzung der Frauenquote.

## TEL AVIV

### Das Frauenparlament in Israel



Das Frauenparlament entstand 1999 unter Mitwirkung der FES-Israel, um die von Männern dominierten Debatten in den Medien und in der Öffentlichkeit durch eine explizit weibliche Sicht zu ergänzen. In bisher 48 Sitzungen hat das Frauenparlament alle wichtigen politischen Themen aufgegriffen. Ziel ist eine gleichberechtigte Berücksichtigung von männlichen und weiblichen Bedürfnissen, also ein selbstverständlicher Umgang mit Gender Mainstreaming. Die öffentlichen Sitzungen des Frauenparlaments behandeln Themen wie Bildungs- und Sozialpolitik, Sicherheitspolitik, Kriminalität und Korruption. Auch jenseits der Großstädte regt das Frauenparlament durch wechselnde Veranstaltungsorte zu kritischen feministischen Diskussionen an. Aus diesen Debatten sind wichtige soziale Initiativen hervorgegangen, etwa die Koalition gegen Pornographie, ein Forum gegen sexuelle Belästigung und die Gründung der jüdisch-arabischen Frauengruppe Anwar.

## IRAK

### Schulung für Wahlbeobachterinnen

Im Irak stehen 2008 entscheidende Wahlen an, nicht nur zu den Regionalparlamenten, sondern auch über die modifizierte irakische Verfassung und die Zukunft der ölreichen Stadt Kirkuk. Diese Wahlen können nur dann konfliktlindernd und deeskalierend wirken, wenn sie neben der äußeren auch über eine innere Legitimation verfügen. Entscheidend ist dabei neben der Beteiligung aller im Irak beheimateten religiösen und ethnischen Gruppen die volle gleichberechtigte Teilnahme der Frauen – was im Irak extrem schwierig ist. Deshalb ist ein Schwerpunkt der FES-Arbeit auch 2008 die Schulung von Wahlbeobachtern im ganzen Land. Das Projekt setzt dabei vor allem auf die Beteiligung von Frauen und ist durchaus als traditionelle Frauenförderung zu verstehen. Weibliche Teilnehmer werden nicht nur als Wahlbeobachterinnen geschult, sondern sie trainieren weitere TeilnehmerInnen. Insgesamt sind 400 Workshops vorgesehen, in denen 10.000 Irakerinnen und Iraker auf diese Aufgabe vorbereitet werden. So werden Frauen nicht nur an die Politik herangeführt, sondern sie werden am und vor dem Wahltag eine zivilgesellschaftliche Schlüsselrolle im Land übernehmen.

## NORDAFRIKA

### Maghrebische Matronen machen mobil

50 Frauen aus Algerien, Marokko, Tunesien und Mauretanien diskutierten zwei Tage lang ihre Handlungsoptionen innerhalb patriarchalischer arabischer Gesellschaften. „Der lange Marsch der Frauen für die Gleichheit“ war das Motto der von der FES unterstützten Veranstaltung in Tunis. Nächstes Etappenziel ist das maghrebische Sozialforum im Jahr 2008. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, und wie so häufig sind es die Frauen, die sich besonders engagieren. Sie sehen sich einer doppelten, widersprüchlichen Herausforderung gegenüber: Durch die Globalisierung werden sie schneller als früher in moderne Arbeitsverhältnisse integriert. Durch die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung des Islam sehen sie ihren Weg in die Moderne wieder gefährdet. Während der Vorbereitungskonferenz in Tunis standen neben den vertrauten „Dauerbrennern“ – Diskriminierung im Arbeitsleben und Gewalt gegen Frauen – auch spezielle Themen auf dem Programm: Die Diskriminierung der arabischen Frauen im Erbrecht oder die Rolle von Kunst und Kultur bei der Entwicklung von Identität und Image der maghrebischen Frauen. Die einzelnen Frauenorganisationen hatten jeweils eine jüngere und eine ältere Vertreterin zur Konferenz entsandt, dies machte die Debatten besonders lebhaft.

## SENEGAL

## Haben Frauen bald die Hälfte der Macht?



Senegals Frauen waren sich im Wahljahr 2007 einig. Sie wollten Geschlechtergerechtigkeit auf allen politischen Ebenen. Politikerinnen aus 21 Parteien befürchteten aber, bei den Parlaments- und Senatswahlen wieder die Verliere-

rinnen zu sein. Die FES unterstützte dieses Frauenbündnis deshalb mit einem ganzen Paket aus Ausbildung, Beratung und öffentlichen Aktionen. Führende Verfassungsrechtler entwickelten gemeinsam mit Islamwissenschaft-

lern und Vertretern der ethnischen Traditionen einen Gesetzentwurf, der eine 50:50-Parität im Parlament und in den lokalen Räten vorsieht. Der eindrucksvolle Marsch von über tausend ganz in Weiß gekleideten Frauen auf den Präsidentenpalast brachte das Projekt an die Spitze der politischen Agenda. So wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein Gesetz zur Parität verabschiedet! Ein wichtiger Test werden die Kommunalwahlen 2008 sein. Erste Früchte zeigen sich aber jetzt schon. Im neuen Kabinett sind mehr Frauen und bei den Senatswahlen ist mit einem Frauenanteil von 40 Prozent zu rechnen.



## SÜDAFRIKA

### Genderforschung – eine Erfolgsgeschichte

Dies ist eine Erfolgsgeschichte, wie sie nur selten geschrieben werden kann. Vor sechs Jahren förderte die FES eine kleine Frauengruppe mit dem Namen „Gender Links“ im Rahmen ihres Medienprojekts im Südlichen Afrika. Inzwischen ist daraus eine überwältigend erfolgreiche Nichtregierungsorganisation geworden, deren Arbeit in viele Länder Afrikas ausstrahlt. Nach einem Handbuch über „Gender und Medien“ machten sich die Frauen an eine aufwendige Studie: 25.000 Nachrichtenbeiträge in zwölf Ländern des südlichen Afrika wurden auf ihre Gender-Relevanz hin ausgewertet. Das Ergebnis: Frauen hätten zwar viel zu

sagen, kamen aber nur in 17 Prozent der Beiträge zu Wort. Die Frauen wussten, ändern wird sich nur dann etwas, wenn ihre Daten und Schlussfolgerungen in politische Kampagnen münden. So entstand ein Netzwerk, das sich zum Ziel setzt, die Forschung zusammen mit Aktivistinnen und Journalistinnen praktisch umzusetzen. Inzwischen werden Universitäts-Curricula entwickelt und Medieninstitutionen auf ihre Gender-Politik überprüft. Verlage wollen wissen, was Frauen konsumieren. Auch die HIV/Aids-Problematik wurde in den Gender-Ansatz integriert. *Gender Links* hat einen Strategieplan für die nächsten drei Jahre und ein jährliches Budget von 800.000 Euro. Neben der Fortführung von drei Forschungsaufträgen pro Jahr bietet *Gender Links* nun auch Gender-Training in Medien-Aufsichtsbehörden an und hat ein *Gender and Media Diversity Centre*, einen virtuellen Marktplatz für den Austausch zwischen Gender-Forschung und Gender-Praxis, im südlichen Afrika eingerichtet. Das Geheimnis dieser Erfolgsstory? Eine Gruppe von engagierten, hoch disziplinierten und auf die politische Praxis zielenden Frauen sowie die passende Anstoß, Finanzierung durch die FES und andere zur richtigen Zeit.



## BRASILIEN

### Nationaler Plan der Politik für Frauen

Trotz erheblicher Anstrengungen der Regierung Lula, die Lage der Frauen in der Politik, im Beruf und im privaten Leben zu verbessern, kann von gleichen Rechten weiterhin nicht gesprochen werden. Die FES hat deshalb mehrere Schwerpunkte zur Frauen- und



Ivete Garcia, Isabel Allende, Nilcéa Freire

**„Die Entwicklung einer Gesellschaftspolitik, die die Lebensqualität verbessert und Frauenrechte garantiert, wird nur möglich werden, wenn mit der traditionellen Vorstellung einer fragmentierten Beteiligung des Staates gebrochen wird. Und daher haben wir, vom Sondersekretariat der Politik für Frauen, vorrangig zum Ziel, die Maßnahmen verschiedener Ministerien, Sondersekretariate und öffentlicher Unternehmen in eine einzige Richtung zu führen – hin zur Stärkung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Dies ist unsere Verpflichtung.“**

Ministerin Nilcéa Freire,

Sondersekretariat der Politik für Frauen



Genderpolitik gebildet: Einmal geht es um die Vernetzung von Frauenorganisationen. Ferner organisiert die FES Diskussionen mit weiblichen Führungskräften der Linken und entwickelt zusammen mit dem Gewerkschaftsdachverband CUT Projekte zu *decent work*, also etwa „anständiger Arbeit“ für Frauen. Und schließlich wird weiblicher Nachwuchs für Führungsrollen in Parteien, Gewerkschaften und NROs geschult.

Im brasilianischen „Nationalen Plan der Politik für Frauen“ geht es um Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, um antisexistische Erziehung, um Gesundheit und sexuelle Rechte und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Im letzten Jahr wurde der Plan weiterentwickelt. Fundamentale Fragen wie die politische Partizipation und die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung, Rassismus

und Sexismus stehen nun auf der Agenda. Das Sondersekretariat der Politik für Frauen ist auf Regierungsseite dabei die wichtigste politische Institution.

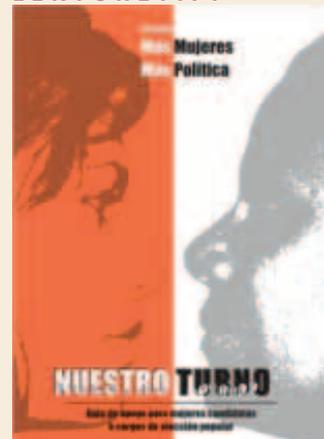
Trotz unbestrittener Erfolge bleibt noch viel zu tun. Das Bild gleicht dem in vielen anderen Ländern: Frauen verdienen weniger, sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, obwohl sie in der Regel einen höheren Schulabschluss und eine bessere Berufsausbildung als die Männer haben. 70 Prozent der Arbeitskräfte im informellen Sektor sind Frauen. Das sind 28 Millionen Frauen, die keinerlei soziale Sicherheit haben. Politikerinnen sind immer noch eine verschwindende Minderheit. Bei den letzten Wahlen gewannen sie nur 46 von 513 Sitzen des Abgeordnetenhauses und 4 von 27 Sitzen im Senat. Nur in drei von 27 Bundesstaaten gibt es eine Gouverneurin.

## KOLUMBIEN

### „Mehr Frauen, Mehr Politik“

Mit dem Programm „Mehr Frauen, Mehr Politik“ unterstützt die FES in Kolumbien mit ihren Partnern zusammen die politische Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Neben wissenschaftlichen Veranstaltungen zum Thema „Best practice – Frauen in der Politik“ gehört zur Kampagne ein Handbuch mit praktischen Tipps für den Wahlkampf, um Frauen zur Kandidatur zu ermutigen. In zahlreichen Regionen des Landes veranstaltet die FES Schulungen in Wahlkampftechniken für Kandidatinnen. Nach den letzten Wahlen erschien eine Wahlanalyse aus der Gender-Perspektive. Die Zahl der in öffentliche Ämter gewählten Frauen stieg bei den Regional- und Kommunalwahlen 2007 um 7,9 Prozent. Der leichte Wahlerfolg der Frauen garantiert allerdings noch nicht das Ende des „machismo“ in der Politik.

## LEKTÜRETIPP



## Gewalt und Konflikt



Gewalt ist allgegenwärtig: hinter geschlossenen Wohnungstüren, auf Schulhöfen und Straßen. Gewalt und die Unfähigkeit zu friedlicher Konfliktlösung sind ein Problem von Staaten ebenso wie von Familien. Und in aller Regel geht Gewalt von Männern aus, sei das in einem bewaffneten Konflikt oder in der Familie. Die Traumatisierung setzt sich fort über Generationen, denn geprügelte Söhne werden prügelnde Väter und Ehemänner, wenn die Gewaltspirale nicht durchbrochen wird. Und Kinder, sprich: Söhne, die ihre Väter mit der Waffe in der Hand erleben, werden diesem Vorbild eher folgen als Kinder, die friedlich aufgewachsen sind.

Deshalb gilt es, die Frauen zu stärken durch psychosoziale Beratung, durch Zugang zu Frauenhäusern, durch Gesetze, die sie und ihre Kinder schützen. Vor allem aber spielen Frauen eine unverzichtbar wichtige Rolle in den unruhigen Regionen dieser Welt: Sie und ihre Kinder müssen nicht nur geschützt werden, sondern Frauen müssen eine aktive Rolle spielen bei Friedensoperationen und bei der Vermeidung von Konflikten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sucht nicht nur gemeinsam mit Experten immer wieder nach Wegen zur Eindämmung von häuslicher Gewalt. Sie ist aktiv vor allem in den Krisenregionen dieser Welt, versucht, an Rahmenbedingungen mitzuarbeiten gegen die Marginalisierung von Frauen. Konfliktbearbeitung kann nur gelingen, wenn Gender-Aspekte berücksichtigt werden. Das ist die Erfahrung bei der erfolgreichen Eindämmung von Krisenherden.



## Dr. Angelica Schwall-Düren

SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion



Die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Angelica Schwall-Düren ist als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion verantwortlich für den Bereich Europa und engagierte Streiterin für die Gleichstellung von Männern und Frauen bei Friedensoperationen.

Frauen und Kinder leiden am stärksten unter den Kriegen der heutigen Zeit. Gewalt gegen Frauen, insbesondere Vergewaltigungen, werden in vielen Konflikten gezielt als Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Dies ist vor allem in Gesellschaften der Fall, in denen Frauen bereits vor Ausbruch des Konflikts nicht gleichberechtigt waren. Der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen stellte 2002 fest, dass die Lösung von Konflikten nur erfolgreich sein würde, wenn die Opfer und wiederum insbesondere die Frauen in Friedensbemühungen miteinbezogen würden.

Die Berücksichtigung der besonderen Betroffenheit von Frauen in bewaffneten Konflikten und ihr Stellenwert bei der Konfliktlösung erfährt in der Arbeit der Vereinten Nationen durch die Resolution 1325 des Sicherheitsrates aus dem Jahr 2000 größere Aufmerksamkeit. Seitdem unternehmen die Vereinten Nationen und die Europäische Union (EU) im Rahmen des „Gender Mainstreamings“, also der Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Männern und Frauen, eine Vielzahl von Anstrengungen. Deren Ziel ist es, zum einen im Bereich der Friedensoperationen verstärkt Frauen zu berücksichtigen und das Personal für ge-

schlechtsspezifische Fragen zu sensibilisieren und zum anderen die im Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) aus dem Jahre 1979 festgeschriebenen Rechte der Frauen im Rahmen der Konfliktlösung und Konfliktnachsorge durchzusetzen.

Seit 2000 haben die Vereinten Nationen und die EU Fortschritte beim Gender Mainstreaming gemacht. Sämtliche Mandate für Friedensoperationen beziehen heutzutage Expertise für Geschlechterfragen mit ein. Mehr als die Hälfte der Friedensoperationen beinhaltet eine Arbeitsstelle für Geschlechterfragen. Die Vereinten Nationen haben mit einer Vielzahl ihrer Unterorganisationen an Friedensoperationen beteiligtes Personal geschult. Sie haben die Fähigkeiten zu Feststellung und Weitergabe guter Praxis und Erfahrungen verbessert und Handbücher, Richtlinien und Standards erstellt, die bei Friedensoperationen umzusetzen sind. Außerdem werden Frauen stärker in die Arbeit der Flüchtlingslager einbezogen. Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda kümmert sich verstärkt um die physische und soziale Rehabilitation von Zeuginnen. Und die Vereinten Nationen bemühen sich, die nationalen Rechtssysteme in Einklang mit den internatio-

nen Normen und Standards der Gleichstellung von Frauen und Männern zu bringen.

In der Abteilung für Friedensoperationen der Vereinten Nationen (DPKO) ist nahezu die Hälfte der Stellen von Frauen besetzt. Allerdings waren im Oktober 2007 nur 1.406 von insgesamt 71.881 in 21 Friedensoperationen eingesetzten Militärpersonen Frauen. Seit Februar 2007 beteiligt sich Indien mit einem rein aus Frauen bestehenden Polizeikontingent an der Friedensoperation in Liberia.

Auch im Bericht der deutschen EU-Ratspräsidentschaft über die Maßnahmen der EU im Bereich der Konfliktverhütung einschließlich der Umsetzung des EU-Programms zur Verhütung gewaltsamer Konflikte heisst es: Die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellungsfrage ist integraler Bestandteil der Auswertung von Konfliktsituationen und der strategischen Zielvorgaben für ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik)-Missionen.

Dementsprechend erstellte die EU im Jahr 2006 Leitlinien zur durchgängigen Berücksichtigung der Gleichstellungsfrage bei der Planung und Durchführung ihrer ESVP-Operationen. Beispielsweise wurde im Rahmen der EU-Polizeioptionen EUSEC RD Congo und EUROPOL RD Congo die

Funktion eines Gleichstellungsberaters geschaffen.

Im Rahmen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte wird besonders die Wahrung der Rechte der Frauen und Mädchen in Konflikten und in der Konfliktnachsorge als Schwerpunkt unterstützt. Dazu fördert die EU-Kommission derzeit Projekte in Kolumbien, Kenia, Äthiopien, Eritrea und Somalia. Die Gleichstellung der Geschlechter fand auch Eingang in das EU-Konzept zur Unterstützung von Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung.

Trotz dieser vielfältigen Bemühungen stellten die Vereinten Nationen sieben Jahre nach Annahme der Resolution 1325 fest, dass es weiterhin eine Lücke zwischen den internationalen Verpflichtungen der Staaten zur Gleichstellung von Frauen und deren Umsetzung auf der nationalen Ebene gebe. Zudem seien die Bemühungen der Vereinten Nationen im Bereich des Gender Mainstreaming von Friedensoperationen unterfinanziert. Die Staaten stehen daher weiterhin in der Pflicht, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Sicherheitspolitik zu verwirklichen. Eine dringende Notwendigkeit besteht darin, Frauen und Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen und die einschlägigen internationalen Übereinkommen durchzusetzen.

## AUS DER ARBEIT DER FES

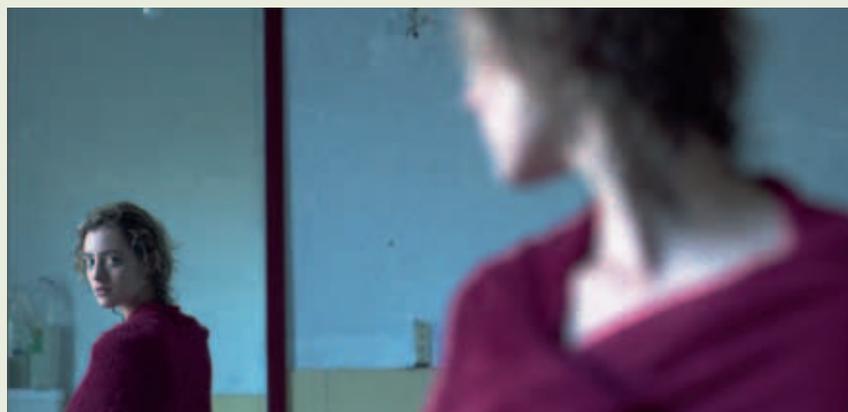
### SACHSEN-ANHALT

#### Menschenrechtsschutz für Frauen – auch ein Thema im eigenen Land

Der 10. Dezember ist UN-Menschenrechtstag und deshalb organisierte das FES-Landesbüro Sachsen-Anhalt zusammen mit dem UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechte der Otto-von-Guericke-Universität eine internationale Fachtagung. Es ging vor allem um Frauenrechte bzw. die Verweigerung dieser Rechte nicht nur in zahlreichen weit entfernten Ländern, sondern auch in Deutschland. Die Migration hat nicht nur Zwangshochzeiten und Kinderverschleppung zu einem deutschen Thema gemacht, sondern auch eine besonders grausame Form von Verletzung junger Mädchen und Frauen. Fachleute schätzen, dass allein in Deutschland pro Jahr bis zu 19.000 Frauen zu dem qualvollen Ritual der Genitalverstümmelungen gezwungen werden – ohne dass das eine breitere Öffentlichkeit interessiert. Das deutsch-



landweite Netzwerk INTEGRA hilft nicht nur den Opfern, sondern kümmert sich vor allem um eine bessere Aufklärung der Migrantinnen über ihre Rechte. Notwendig sind aber vor allem Informationen für ÄrztInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass wirkliche Hilfe für die gequälten Frauen nur möglich ist, wenn das Thema in einer breiten Öffentlichkeit offensiv diskutiert wird.



**BERLIN****Das Ungerechte an der Gerechtigkeit**

Nur fünf Prozent der deutschen Gefängnisinsassen sind Frauen. Die meisten sitzen wegen geringfügiger Delikte, verbüßen beispielsweise (gut zehn Prozent) Ersatzfreiheitsstrafen, weil sie Geldstrafen etwa wegen Schwarzfahrens nicht bezahlen können. Mit einer Gefängnisstrafe geraten sie in eine noch tiefere existenzielle Krise. Leidtragende sind oft die minderjährigen Kinder dieser Frauen. Die besonderen Bedürfnisse dieser Straf-

gefangenen werden im Strafvollzug kaum berücksichtigt, beklagten Experten während einer Tagung des Forums Politik und Gesellschaft und des AWO-Landesverbandes Berlin. Die Mehrheit der Frauen sitzt in Abteilungen des Männervollzugs ein, weil es an Frauenhaftanstalten fehlt, kritisierte der Sozialdienst katholischer Frauen. Von frühzeitigen Hilfsangeboten, also vor dem Konflikt mit dem Strafrecht, können diese Frauen

meist nicht profitieren – weil sie über soziale und psychologische Angebote nicht Bescheid wissen, oft erstmals im Gefängnis davon erfahren. Alle Experten forderten spezifische Behandlungskonzepte für straffällig gewordene Frauen, etwa in einzelnen Bundesländern zu entwickelnde Modelle, die dann von anderen Ländern übernommen werden könnten.

**BERLIN****Häusliche Gewalt – ein Arbeitsschwerpunkt im Dialog Ostdeutschland**

Häusliche Gewalt hat massive Auswirkungen auf das Arbeitsleben der betroffenen Frauen. Sie haben erhöhte Fehlzeiten und sind nicht voll leistungsfähig. Man schätzt, dass bis zu 25 Prozent aller Arbeitsausfälle von Frauen auf häusliche Gewalt zurückzuführen sind. Deshalb war die zentrale Frage einer Veranstaltung der FES gemeinsam mit TERRE DES FEMMES, welche Rolle Unternehmen bei der öffentlichen Ächtung dieser Gewalt in

den heimischen vier Wänden übernehmen können. Vorgestellt wurde das englische Modell „Workplace-Policy“. Arbeitgeber haben sich freiwillig verpflichtet, sich durch Newsletter, Aushänge am schwarzen Brett, eigene Ansprechpartner und Infoveranstaltungen öffentlich gegen häusliche Gewalt auszusprechen. Das hat, so eine Referentin, zu einem Unternehmensklima geführt, in dem häusliche Gewalt nicht länger als pri-



vates Tabuthema angesehen wird. Positive Effekte sind produktivere und zufriedener Mitarbeiterinnen und weniger disziplinäre Maßnahmen. Einzelne Unternehmen zeigten während der Tagung deutliches Interesse an diesem englischen Modell, wenn auch Skepsis vorherrschte, ob Arbeitnehmerinnen sich mit privaten Problemen wirklich an Vertrauenspersonen im Betrieb wenden würden.

## BERLIN

### „Täter, Opfer, Heldinnen. Erinnerung und Geschlecht“

Der Arbeitskreis Gender der FES-StipendiatInnen beschäftigt sich mit Fragen der Gleichstellung, der Geschlechterzuschreibungen und deren praktischen Folgen an Universitäten sowie in Beruf und Alltag. An Gender-Themen interessierte aktuelle und ehemalige StipendiatInnen arbeiten hier interdisziplinär miteinander. Der AK Gender ist dezentral organisiert; die AkteurInnen tauschen sich über ein eigenes Forum sowie eine Mailingliste auf der Intranet-Plattform der StipendiatInnen kontinuierlich aus. Zu einer gemeinsamen Veranstaltung lädt einmal im Jahr die Abteilung Studienförde-

rung in die FES Berlin ein. Die Veranstaltung wird weitgehend vom AK Gender organisiert. Im Jahr 2007 ging es um die Genderspezifik in der „Erinnerungskultur“. Referentin war Prof. Dr. Sigrid Jacobet vom Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität Berlin, die von 1992–2005 die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (Fürstenberg/Havel) leitete.

Nicht alle Denkmäler weisen so eindeutig Geschlechterrollen zu wie die zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt Herrschaft – die vergrößerte Käthe-Kollwitz-Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ in der Berliner Neuen

Wache. Und doch, gleichgültig, ob man das „Tagebuch der Anne Frank“ mit seiner fast ikonischen Wirkungsgeschichte heranzieht, Fritz Cremers Buchenwald-Denkmal betrachtet oder sich den Film „Der Untergang“ ansieht, in dem Hitlers Ende aus der Perspektive seiner Sekretärin in Szene gesetzt wird: Es lässt sich zeigen, wie sehr gerade die Erinnerungskultur durch Zuschreibung und Darstellung von Geschlecht, von Männlichkeit und Weiblichkeit geprägt ist. Verführung, Heldentum und Widerstand sind dabei geschlechtlich markiert, ebenso wie Täterschaft und Opfer sein.



## THÜRINGEN

### Konfliktmanagement bei Mobbing

Nur für Frauen veranstaltete das FES-Landesbüro in Erfurt ein Kompetenzseminar zum Thema Konfliktmanagement und Umgang mit Mobbing. Die hohe Beteiligung bewies, wie stark dieses Thema den Arbeitsalltag vieler Frauen belastet. Den Arbeitnehmerinnen ist durchaus klar, dass sie sich zu lange zu viel gefallen lassen, ihre Aussage abmildern oder gar schweigen. In dem Seminar ging es darum, zu lernen, Konflikte auszuhalten, den eigenen Umgang mit Kränkungen kritisch zu betrachten und das eigene Verhalten zu ändern. Wegen der großen Nachfrage soll ein solches Seminar auch 2008 wieder angeboten werden.

## DRESDEN

### „Schafft Armut Gewalt?“

„Schafft Armut Gewalt?“ war das Thema einer Podiumsveranstaltung in Dresden. Durch Armut können erhebliche Aggressionen freigesetzt werden, bestätigten die Podiumsteilnehmer einer FES-Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Nach dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht geht die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland inzwischen erheblich auseinander. Vor allem die materielle Situation vieler Frauen ist alarmierend, sagten die Fachleute. Ein „Markt der Möglichkeiten“ bot Informationen über konkrete Hilfsmöglichkeiten.

**MAGDEBURG****Häusliche Gewalt im Alltag**

Im Mittelpunkt einer Tagung stand die Frage, wie betroffenen Frauen geholfen werden kann, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu befreien. Zu einem solchen Schritt gehören nicht nur Mut und das Wissen um die eigenen Rechte, sondern professionelle Unterstützung, wenn der Weg hinaus aus dem Elend gelingen soll.

**POTSDAM****„Die Wortlose“**

Einen besonderen Weg bei der Aufarbeitung von Gewalterfahrung hat das Landesbüro in Potsdam gewählt: Im Ein-Frau-Theaterstück „Die Wortlose...“ geht es um eine Frau, die als stummer Schatten ihrer selbst sexuelle Gewalt, Erniedrigung und Demütigung

durch ihren Ehemann erduldet, bis sie eines Tages explodiert und ihren Peiniger ermordet. Die anschließenden Diskussionen waren lebhaft, vor allem nach einer Aufführung vor weiblichen Strafgefangenen.

**BERLIN / THÜRINGEN / MECKLENBURG-VORPOMMERN****Frauen in der rechtsextremen Szene**

Die Rolle von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene wird oft unterschätzt. Sie sind nicht nur Anhängsel oder Mitläuferinnen, sondern zunehmend wichtig für die Strategie ihrer Organisationen, weil sie weniger bedrohlich wirken als die Männer. Dabei sind die Ansichten dieser Frauen genauso rassistisch und demokratiefeindlich wie die ihrer männlichen Genossen. Frauen und Mädchen geben der Szene ein ziviles Gesicht. Sie stehen an den öffentlichen Ständen der Rechtsextremen und marschieren bei Demonstrationen in der ersten Reihe oder organisieren Kinderfeste.

Rechtsextreme Mütter engagieren sich als Elternvertreterinnen in den Schulen, ohne ihre Einstellung zu verbergen. Sie machen damit rechtes Gedankengut schleichend salonfähig. Die NPD hat folgerichtig im Jahre 2006 die Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ gegründet. Mit der wachsenden Zahl rechtsextremer

Frauen in der Szene ist ein neues Problem entstanden: Bisher waren szenefremde Partnerinnen von Aktivisten häufig ein Ausstiegsgrund. Der entfällt nun.

Das Landesbüro Thüringen hat in den letzten Jahren eine Reihe von Seminaren zu diesem Thema durchgeführt und plant für die Zukunft, ausgestiegene Aktivistinnen in die Arbeit einzubinden. Denn diese können realitätsnah aus der Szene berichten und verfügen durch ihre persönlichen Erlebnisse über eine hohe Glaubwürdigkeit.

Auch das Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt sich regelmäßig mit den Frauen in der rechtsextremen Szene. Zum Beispiel mit einem Seminar „Vom frauenpolitischen Leitbild des Nationalsozialismus zum Frauenbild der NPD“. Anhand des NPD-Programms und anderer Dokumente des „Rings Nationaler Frauen“ und der „Gemeinschaft deutscher Frauen“ wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet.



**BONN**

**Das Klima ist doch für alle gleich?!**

Gibt es besondere Frauen- und Genderaspekte für eine wirkungsvolle Klimaschutzpolitik? Und zu welchen neuen Konflikten in einer Familie, in einem Dorf oder einer Region führt der Klimawandel? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Marie-Schlei-Vereins:

Der Klimawandel trifft Frauen besonders hart. Statistiken belegen, dass die meisten Opfer von Naturkatastrophen Frauen sind. Sie besitzen weltweit zwar nur ein Prozent des Ackerlandes, aber sie produzieren die Hälfte aller Nahrungsmittel. Wenn durch Klimawandel bedingte Dürren oder Unwetter ihre Ernten zerstören, stehen sie und ihre Familien meist

vor dem Nichts. In Afrika stellen Frauen die Mehrheit der Umwelt- und Katastrophenflüchtlinge. „Klimawandel ist ein Thema, das Frauenorganisationen und GenderexpertInnen lange Zeit weitgehend ignorierten. Frauen versuchen jetzt zwar bei den Klimaverhandlungen stärker Fuß zu fassen, von einer Integration der Genderperspektive ist die internationale Debatte aber noch weit entfernt“, so Ulrike Röhr, Leiterin der genanet-Leitstelle Gender, Umwelt und Nachhaltigkeit. Das von der FES mit aufgebaute und koordinierte internationale Netzwerk gendercc – women for climate justice und genanet haben Positionspapiere entwickelt, die sich eng an den Verhandlungsthe-



men der Weltklimakonferenz orientieren. Sie analysieren das zukünftige Klimaregime, die Finanzierung von Anpassung an und Verhinderung von Klimawandel und Entwaldung. Die Integration von Gender in die Klimaschutzpolitik zu fördern, wurde als elementarer Schritt zu einer nachhaltigen Entwicklung identifiziert.

**GUATEMALA**

**Femizid bleibt weitgehend straffrei**

Der deprimierende Bericht aus dem FES-Büro in Guatemala kann auch für andere Länder mit einer weit verbreiteten Macho- und Gewaltkultur stehen, mit einer Verrohung der Zivilgesellschaft durch lange Bürgerkriege und hohe Korruption bei Polizei und Justiz. Guatemala gehört zu den Ländern, die in der weltweiten Femizidstatistik einen Spitzenplatz einnehmen. In den vergangenen zehn Jahren waren 5.885 ermordete Frauen zu beklagen, wahrscheinlich waren es noch sehr viel mehr, denn es wird eine hohe Dunkelziffer vermutet. Mit dem Begriff „Femizid“ wird die massenhafte und gezielte Tö-

tung von Frauen beschrieben, die häufig mit staatlicher Duldung oder gar Förderung passiert. In vielen Fällen werden die Opfer vor ihrer Ermordung vergewaltigt und brutal misshandelt. Menschenrechtsorganisationen haben Informationen, dass Polizei und Militär immer wieder zum Täterkreis gehören, in einigen Fällen konnte ihnen die Beteiligung an Vergewaltigungen und Folterungen sogar nachgewiesen werden. So wundert es nicht, dass die dafür zuständigen staatlichen Organe den Frauen weder Schutz bieten noch die Taten untersuchen. Nach Angaben von Amnesty International

hat die Polizei nicht einmal zehn Prozent der Taten verfolgt. Ursachen für den Femizid gibt es mehrere, zum Beispiel ein negatives Frauenbild, kaum Frauen in politischen Ämtern und die Tatsache, dass die bestehenden Gesetze fast nur in der Hauptstadt angewandt werden.

Lösungswege wären eine bessere Ausbildung der Polizei, mehr Medienöffentlichkeit und ein effektiver gesetzlicher Schutz für Frauen. Doch dies alles wird, so der Bericht aus dem FES-Büro, wenig verändern, so lange die Gesellschaft nicht die frauenverachtende Macho-Kultur überwindet.

## KOLUMBIEN

### Opfer und Täter in einer Person

Mit einem Seminar hat die FES in Kolumbien die Kommission zur Wiedergutmachung und Versöhnung unterstützt. Im seit Jahrzehnten andauernden Konflikt sind über 90 Prozent der überlebenden Opfer Frauen und Kinder. Viele der Frauen sind aber nicht nur Opfer, sondern waren auch Täterinnen als Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppen. Der Status als Täter, so widersinnig das zunächst klingt, ist wichtig, wird Frauen aber immer wieder verweigert. Sogenannte „Demobilisierte“ haben nämlich Zugang zu bestimmten staatlichen Leistungen, um ihnen die Rückkehr in ein ziviles gewaltfreies Leben zu erleich-

tern. Sowohl weibliche Opfer als auch Täterinnen haben ähnliche Probleme: Sie wurden sexuell missbraucht und müssen allein ihre Familien versorgen. Sie finden kaum Zugang zur Justiz, können als Opfer also nur schwer eine Wiedergutmachung einfordern oder als Täterinnen von den Demobilisierungsprogrammen profitieren. Eine Untersuchung zeigt, dass junge Frauen sich beiden illegalen bewaffneten Gruppen – Guerilla und Paramilitärs – vorwiegend anschließen, um Einkommensquellen für die Familie zu sichern oder familiärer Gewalt zu entfliehen. Junge Männer dagegen suchen dort in erster Linie Anerkennung. Ob Tä-



terin oder Opfer oder beides in einer Person: Von der Gesellschaft werden die weiblichen Jugendlichen oder jungen Frauen, die einen Weg zurück ins zivile Leben suchen, stigmatisiert.

## SUDAN

### Trotz Ausgrenzung das Rückgrat der Gesellschaft

Das Friedensabkommen, das den jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden des Landes beendet hat, sieht für 2009 demokratische Wahlen vor. Die FES in Khartum ist intensiv an der Entwicklung des Wahlgesetzes beteiligt. In dem Entwurf ist eine Frauenquote im Parlament von 25 Prozent verankert. Die Parteien haben versprochen, sich auch intern an diese Quote zu halten. Heute noch sind Frauenrechte im Sudan in mehrfacher Weise eingeschränkt: Durch das sehr konservativ ausgelegte islamische Strafrecht und durch ein diskriminierendes Personenstandsgesetz,

das Grundrechte wie Reisefreiheit, Recht auf Arbeit und körperliche Unversehrtheit von Frauen einschränkt. Trotz dieser Ausgrenzung bilden Frauen und ihre Organisationen das Rückgrat der sudanesischen Gesellschaft. Während sich im urbanen Raum eine starke zivilrechtliche Frauenbewegung für mehr Rechte einsetzt, gelten Frauen im ländlichen Raum als die effizienten Verwalterinnen der weit verbreiteten Armut. Frauen sind also sowohl marginalisiert als auch die treibenden Kräfte, die es zu unterstützen gilt. Das ist bisher noch schwierig, da im Sudan nur wenige Frauen Zugang zu den forma-

len politischen Entscheidungsstrukturen haben. Umso mehr Hoffnungen werden auf das Wahlgesetz und die freien Wahlen gesetzt. An der Entwicklung des Entwurfs waren zivilrechtliche Organisationen, Kirchen und politische Parteien beteiligt. Es wurde offen über die politische Partizipation im Wahlprozess diskutiert und sogar Ideen entwickelt, die über den Gesetzentwurf hinausgehen. Thema ist z. B. die Frage, wie Frauen aus dem ländlichen Raum politisch stärker eingebunden werden könnten. Bisher stehen Kandidaturen vor allem Frauen aus angesehenen städtischen Familien offen.

## Integration und Zusammenhalt



Migration ist ein weltweites Thema. Viele Millionen Menschen sind auf der Suche nach Sicherheit, nach wirtschaftlichem Überleben, nach einer Zukunft für ihre Kinder. Menschen suchen ein neues Zuhause auf Zeit oder für immer, weil Armut sie vor die Wahl stellt, ihr Zuhause zu verlassen oder zu verhungern, weil Umweltkatastrophen sie auf den Flüchtlingstreck zwingen, weil Kriege und Bürgerkriege sie zu einem Lagerleben verdammen – ohne Aussicht auf Besserung. In den Aufnahmeländern hängt die Gastfreundschaft von vielem ab: Werden die Migranten aus wirtschaftlichen Gründen gebraucht, so wie die Menschen, die einst als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland kamen und blieben? Kommen sie aus einer ähnlichen Kultur und Religion, die ihnen das Einleben erleichtert? Werden sie von der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert oder abgelehnt? Die Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Migration und vor allem mit den Folgen für die nachwachsenden Generationen. Gender-Aspekte rücken dabei immer mehr in den Mittelpunkt, sei es in der nationalen oder in der internationalen Arbeit.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Lale Akgün, deren Eltern aus Istanbul stammen, beschäftigte sich viele Jahre beruflich mit dem weiten Thema Integration und ist im Bundestag temperamentvolle Verfechterin eines gelassenen Umgangs zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten. Ihre Erfahrungen als Mittlerin zwischen verschiedenen Welten bündelt sie so:





## Dr. Lale Akgün

SPD-Bundestagsabgeordnete: „Zum Kern der Dinge vorstoßen!“

Die Verbindung Frauen und Integration ist ein Thema, an dem sich in Debatten immer wieder die Gemüter erhitzen. Meist geht dann eine Menge durcheinander und übrig bleiben Kopftuch und Ehrenmord. Für eine Politikerin, die sich im Deutschen Bundestag häufig mit diesem Thema befasst, steckt darin eine besondere Schwierigkeit: Nämlich sachlich inmitten von Unsachlichkeit zu argumentieren – und nicht gehört zu werden. Doch die Schwere der Aufgabe ist für mich Ansporn, weiter für Vernunft zu kämpfen.

Das Thema Frauen und Migration hat zudem ein doppeltes Gesicht: Während in den vergangenen Jahren immer mehr über Frauen und Integration gesprochen und in den Massenmedien gedruckt und gesendet wird, hinken Politik und vor allem die Forschung hinterher. Die realen Lebenswelten von Migrantinnen sind bis heute in Forschungsarbeiten unterrepräsentiert. Wenn sie doch vorkommen, dann beschäftigen sich diese meist mit jenen Zerrbildern der angeblichen Durchschnitts-Muslimin, die mit Kopftuch daheim am Herd steht und wartet, dass der Mann nach Hause kommt. Oder aber, das ist die zweite Möglichkeit, sie beschäftigen sich mit der Dekonstruktion genau desselben Zerrbildes. Beide Optionen führen zum gleichen Ziel, nämlich dass sich junge Frauen mit Migrationshintergrund noch immer mit Stereotypen konfron-

tiert sehen, die mit Sicherheit das eigene Selbstbild und die eigene Selbstverortung beeinflussen. Auch männliche Migranten haben damit zu kämpfen. Die Verengung auf das klischeehafte Bild der kopftuchtragenden, gleichsam entrechteten Muslimin zeigt sich aber besonders resistent gegen Änderungen.

Im Unterschied zu dieser Wahrnehmung sind Frauen jedoch seit Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte fester Bestandteil der Arbeitsmigration. Nicht nur das: Die Erwerbsquote ausländischer Frauen lag beispielsweise 1972 bei knapp 70 Prozent, die der deutschen Frauen gerade mal bei 47 Prozent. Hier zeigt sich, welches Potenzial schon von Anfang an in der Gruppe der Migrantinnen steckte, ohne dass das Thema an die große Glocke gehängt wurde.

Ohne näher darauf eingehen zu können, muss festgehalten werden: Migrantinnen haben heutzutage noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn man all die Differenz-Argumente wegschiebt, die einen grundsätzlichen kulturellen Unterschied zwischen muslimischen Einwanderinnen und ihren autochthonen Geschlechtsgenossinnen behaupten, stößt man schnell auf Sozial- und Bildungsaspekte, die ein Stolperstein auf dem Lebensweg vieler junger Frauen sind. Einer Studie jüngerer Datums zufolge finden von den deutschen Lehrstellenbewerbern 57 Prozent eine Lehrstelle

(das ist auch zu wenig), aber bei den jungen Menschen mit ausländischem Hintergrund und bei den Aussiedlern sind es nur 38 Prozent! Die Zahlen zeigen weiter, dass junge Frauen bei der Jagd nach einem Ausbildungsplatz noch schlechter dran sind – obwohl sie mittlerweile im Durchschnitt die besseren Schulnoten nach Hause bringen. Wie lassen sich die geringeren Partizipationsmöglichkeiten junger Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu einheimischen Jugendlichen erklären? Das müsste untersucht werden! Darum geht es!

Offensichtlich gibt es hier, exemplarisch an der Frage der Ausbildungsplätze vorgeführt, eine Menge zu tun. Die Chancen beim Übergang von der Schule zur Ausbildung müssen verbessert werden, ebenso die berufliche Nachqualifizierung. Abseits dieser Detailfragen steht über allem geschrieben: Junge Frauen sollen die gleichen Chancen und Perspektiven wie junge Männer haben – hier sind wir schon viel weiter gekommen. Und junge Frauen mit Migrationshintergrund sollen die gleichen Chancen und Perspektiven haben wie ihre deutschen Geschlechtsgenossinnen. Daran müssen sich politische Entscheidungen messen lassen, daran müssen sich Politiker aber auch wagen und zwar ohne sich in Kopftuchdebatten, die unter dem Strich nicht viel bringen, verstricken zu lassen.

AUS DER ARBEIT DER FES

**BERLIN / HAMBURG**  
**Feminisierung der Migration**



Lissy Gröner, MdEP, (M.) auf dem internationalen FES-Kongress „Feminisierung der Migration“

*Berlin:* Fast 95 Millionen Frauen sind heute auf der Flucht. Das ist nahezu die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit. Das Forum Politik und Gesellschaft befasste sich mit den Gründen und mit den Risiken, die diese Frauen eingehen. Es war eine bunte Veranstaltung mit vielen ausländischen Jugendlichen, die in Berlin das hundertjährige Bestehen der Sozialistischen Jugendinternationale feierten. Während die Frauen früher vor allem als Familienangehörige mit ihren Männern oder Eltern auswanderten, verlassen sie heute häufig ihre Heimatländer allein, um in den wohlhabenden Industrieländern Geld für ihre Familien zu Hause zu verdienen. Die Soziologin Christa Wichterich wog die Vor- und Nachteile für die Frauen ab: Einerseits erfahren sie Anerkennung für ihre Arbeit und erleben Freiheit und

Autonomie. Andererseits müssen sie Gewalt, auch sexuelle Gewalt fürchten, sind als Illegale bei Krankheit auf sich selbst gestellt und erhalten extrem niedrige Löhne. Lissy Gröner, Europaabgeordnete und Koordinatorin für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit, beklagte, dass diesen Frauen selbst bestehendes Recht oft vorenthalten wird. Sie nannte als Beispiel das eigenständige Aufenthaltsrecht für Frauen, die Opfer



des Frauenhandels wurden. Viele Teilnehmerinnen forderten ein Recht auf Mobilität für Frauen und eine auf den Menschenrechten basierende Aufnahmepolitik. Nur mehr Verteilungsgerechtigkeit aber, so die Generalsekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale, könne die wachsende Zahl der Arbeitsmigrantinnen stoppen.

Faire Arbeitsbedingungen und eine Arbeitsmarktpolitik, die Migrantinnen bei der legalen Arbeitsaufnahme unterstützt, das sind die Faktoren, die effektiv dem Menschenhandel und der Zwangsarbeit in Europa entgegenwirken können. Von Menschenhandel sind überwiegend Frauen betroffen. Alle Teilnehmerinnen aus zehn europäischen Ländern waren sich einig darüber, dass Menschenhandel nur wirkungsvoll bekämpft werden kann, wenn die Europäer dies als gemeinsame Aufgabe verstehen.

*Hamburg:* Mit dem Thema „Feminisierung der Migration“ beschäftigte sich auch das Landesbüro Hamburg. Mit etwa 100 Millionen Frauen, die nicht in ihrem Heimatland bleiben konnten, hat sich die Zahl der weiblichen Arbeitsmigrantinnen in den letzten fünfzig Jahren fast verdoppelt. Oft ist geschlechtsspezifische Diskriminierung die Fluchtursache.

**NEUWIED / LEIPZIG****Jede Krankheit wird zum Problem**

Migrantenfamilien gehen seltener zum Arzt als deutsche Versicherte, obwohl sie häufiger in gesundheitlich stark belastenden Bereichen arbeiten. Das gilt nicht nur für illegale MigrantInnen, sondern auch für Einwandererfamilien, die schon lange in Deutschland leben. Mit den Barrieren und deren Über-

windung befassten sich zwei FES-Veranstaltungen in Neuwied und in Leipzig. MigrantInnen gehen seltener zu Vorsorgeuntersuchungen, scheuen Beratungsgespräche und Behandlungen: Das hat – bei Illegalen – rechtliche Gründe, dazu kommen aber sprachliche Hürden und bei Frauen je nach kulturellem

Hintergrund, eine Scheu davor, sich einem männlichen Mediziner anzuvertrauen. In einigen Kommunen gibt es inzwischen Netzwerke, die Migranten beistehen. Am wichtigsten sind Dolmetscherdienste, von denen sowohl Patienten als auch Ärzte profitieren.

**BERLIN****Junge Zuwanderer und Gewalt**

„Wir machen gemeinsame Sache“. Das war das Motto einer gemeinsamen Veranstaltung des FES-Fo- rums Politik und Gesellschaft und der Berliner Landeskommision gegen Gewalt im Roten Rathaus. Die von Experten genannten Zahlen waren deprimierend: 79 Prozent der Intensivtäter sind Jugendliche ausländischer Herkunft, vor allem junge Männer aus Ex-Jugoslawien, aus der Türkei und aus dem Libanon. Mit den Ursachen und mit Präventionskonzepten befasst sich seit 2005 die Landeskommision gegen Gewalt in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, in der auch Migrantenorganisationen mitarbeiten. Gewaltursachen sind neben schulischen Misserfolgen und eine daraus resultierende hohe Jugendarbeitslosigkeit vor



Hasso Lieber, Staatssekretär für Justiz, Berlin und die Moderatorin Eren Ünsal

allem innerfamiliäre Gewalt und ein autoritärer Erziehungsstil. Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen verhindern die Teilnahme am öffentlichen Leben über die eigene enge Gruppe hinaus. Dazu kommen nicht verarbeitete verstörende Bürgerkriegs- und Fluchterfahrungen der Kinder und Jugendlichen. Empfehlungen über den Umgang mit jugendlichen Gewalttätern und vor allem Ratschläge zu

sinnvoller Prävention gab es viele. Es stellte sich aber heraus, dass immer noch schlüssige Konzepte zur Umsetzung fehlen. Erfreulich war, dass die VertreterInnen von Migrantenorganisationen akzeptierten, dass auch sie in der Verantwortung stehen bei der Bekämpfung der hohen Jugendkriminalität. Man nahm sich vor, die Kommunikation zwischen allen beteiligten Institutionen künftig zu verbessern.

**BERLIN**

**Blicke über die Oder:  
Journalistinnen recherchieren gemeinsam**



Journalistinnen im Gespräch mit Taz-Chefredakteurin Bascha Mika

Auf Initiative des Journalistinnenbundes wurde 2007 ein interessantes Projekt gestartet: Deutsche und polnische Journalistinnen recherchierten gemeinsam frei gewählte Themen, die dann in den Medien beider Länder veröffentlicht wurden. Die Bedingungen wurden während eines Auftaktseminars bei der FES in Berlin erarbeitet. Die Themen sollten für beide Länder wichtig sein, die Situation der Frauen darstellen

und Gendergesichtspunkte berücksichtigen. Die Stipendiatinnen schrieben beispielsweise über „Kinder und Karriere“ oder über „Unternehmerinnen im ländlichen Raum“. Eine Journalistin suchte mit ihrer Partnerin nach Spuren ihrer weiblichen Familienangehörigen an der Weichsel.

Die Spurensuche z. B. in Pottulitz/Potulice, der Journalistin Ulrike Meitzner führte zur folgenden Erinnerungsskizze.

***Apfelschalen und Stacheldraht***

„Im Englischen gibt es einen schönen Ausdruck für alltägliche Wörter: „household words“. Als Kind war Pottulitz für mich so ein Wort. „Household“ deshalb, weil die meisten Erzählungen von Potulice – der polnische Name, der aber nie benutzt wurde – in der Küche meiner Großeltern stattfanden, beim Kartoffelschälen, Abwaschen, Kaffee kochen.

Am beliebtesten waren Erinnerungen an die Lässigkeit meiner Großmutter. 1947 war sie, 41jährig, mit ihren Töchtern ins Lager gekommen. Zum Strafappell mussten die Frauen auf dem Appellplatz „Auf und Nieder“ machen – eine pseudo-militärische Übung, bei der man sich schnell auf den Boden zu werfen und wieder aufzustehen hatte. Meine Großmutter, lautete die Familien-Legende, war trotz der harten Arbeit und der katastrophalen Ernährung noch so kräftig, dass sie Reserven zum Lachen übrig hatte – sie lachte über eine Frau, die beim „Auf und Nieder“ komisch aussah. Der Preis dafür war eine weitere Stunde auf dem Appellplatz, von einem Milizionär bewacht, der ihr seinen Stiefel in den Rücken trat.



Deutsch-polnische Spurensuche

Meine Mutter hat andere Erinnerungen. Sie war sechs Jahre alt, als sie ins Lager kam, 1947 war das dort ein Alter zum Sterben. Vielleicht hat sich deshalb das Essen besonders eingepägt. Die stinkende Rübensuppe würgte sie wieder aus. Meine Großmutter steckte ihr durch den Zaun Brot zu, das sie auf dem Ofen in der Lager-Wäscherei geröstet hatte. Denn auch vor dem streifigen, schweren Schwarzbrot ekelte meine Mutter sich. Das Brot

nahm meine Großmutter von alten Frauen, die es nicht mehr essen konnten, weil sie im Sterben lagen – dieses Detail wurde normalerweise nicht erwähnt.

Potulice im Nordosten Polens – von den Deutschen auch Leberrechtsdorf genannt – gehört zu den unbekannteren Konzentrationslagern. 1941 wurde es als Außenstelle des KZ Stutthof gebaut, als Umsiedlungs- und Arbeitslager für die polnische Zivilbevölkerung.

Nach 1945 wurden dort dann Deutsche interniert, vor allem Frauen und Kinder. Unter den ca. 30.000 Häftlingen, die bis 1949/50 das Lager durchliefen, war die Familie meiner Mutter: Olga Krüger, meine Großmutter, geboren 1906, mit den Kindern Danita, Irmgard und Herta, dazu noch Olgas jüngere Schwester Gertrud. Mein Großvater war in Kriegsgefangenschaft, die Familie war nicht geflohen, wegen verschiedener unglücklicher Zufälle, und vielleicht auch aus einer gewissen Sturheit. Immerhin kamen sie aus einem alten deutschen Kolonisten-Dorf an der Weichsel, mit dem programmatischen Namen Bógpomóz Stary – Althelfgott.“

*Auszüge aus „Apfelschalen und Stacheldraht – die Suche nach Potulice“ von Ulrike Meitzner, erschienen in FrauenRat 6/2007*

**KÖLN**

**Women in Islam between Oppression and Self-Empowerment**



Zweihundert muslimische Frauen aus Afrika, Asien, den USA und Europa kamen auf Einladung der Politischen Akademie und der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit im März nach Köln. Im Kontext des Internationalen Frauentags und unter der Schirmherrschaft der SPD-Bundestagsabgeordneten und Islambeauftragten Dr. Lale Akgün berichteten und diskutierten zwei Tage lang Frauen, die in ihren Heimatländern oft wirtschaftliche Ausbeutung, soziale, kulturelle und religiöse Diskriminierung sowie politische Repression erfahren und in praktischen Selbsthilfeprojekten dagegen angehen. Der Islam wird häufig von Konservativ-Orthodoxen und Islamisten zur Legitimation und Abstützung der Frauendiskriminierung instrumentalisiert. Umso wichtiger war es, alternative Lesarten der „heiligen Quellen“ des Islam, Koran und Sunna, aufzuzeigen. Die Frauen,

allen voran die kritischen „Feministinnen“ Nahed Selim aus den Niederlanden und Asma Barlas aus den USA, legten überzeugend dar, dass patriarchalische Traditionen Jahrhunderte lang die Interpretationen von Koran und Sunna bestimmten und noch heute in der islamischen Welt und in vielen muslimischen communities in Europa dominieren. Nahed Selim,



Asma Barlas, Nahide Bozkurt (Ankara) und auch Vertreterinnen des Kölner „Zentrums für islamische Frauenforschung“ konnten zeigen, dass es neue, „weibliche“ hermeneutische Ansätze gibt, die z.B. zu einer Neuinterpretation der berüchtigten Sure 4,34 führen, die bis heute von Rechtgelehrten als Legitimation für die Züchtigung in der Ehe ins Feld geführt wird. Aber es ging nicht nur um eine neue Koranhermeneutik. Die Frauen im Sudan, in Nigeria, in Malaysia, Indonesien und in Europa faszinierten das Publikum mit dichten und lebendigen Präsentationen einer Fülle von ebenso kreativen, wie kämpferischen Selbsthilfeprojekten, die von der Auseinandersetzung mit frauenfeindlichen Scharia-Gerichten in Nigeria bis zur Publikation eines englischsprachigen „Arab Life Style“ Magazins für die arabisch-islamische community in Großbritannien reichten. Es war beeindruckend zu erleben, mit welchem Engagement und Mut sich die Frauen den oft belastenden und widrigen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen in ihren Heimatländern widmen. Sie brauchen unsere nachhaltige Unterstützung.

Deshalb werden im Juni 2008 wieder in Köln diese Debatten in einer weiteren Konferenz fortgesetzt.

**WÜRZBURG**

**„Ich bin nur ein Kopftuch“**

„Warum schauen die Leute nicht, was unter meinem Kopftuch steckt? Ich bin doch eine eigenständige Person und so möchte ich wahrgenommen werden.“ So die Teilnehmerin eines Frauenseminars in der Akademie Frankenweite. Die sehr engagierten Frauen im Alter zwischen 21 und 74 Jahren, mit und ohne Migrationshintergrund, aus nahezu allen Bundesländern, diskutierten mit Temperament und oft auch mit Lautstärke. Immer wieder zeigte sich in den kontroversen Debatten, wie schwer es fällt, Aussagen zu akzeptieren, die nicht mit dem eigenen kulturellen Bild von einem gelungenen Frauenleben konform gehen. Fundierte Argumentationsunterlagen gab es von Expertinnen, die während des dreitägigen Seminars zu Themen wie Islam im Koran, Migrantinnen und Medien, Erfahrungen im Alltag referierten.



**INDIEN**

**Zwangsumsiedlungen treffen Frauen besonders hart**



Migration findet nicht nur zwischen klassischen Industrieländern und den Schwellen- und Entwicklungsländern statt. Auch innerhalb eines Landes werden Menschen vertrieben, zwangsumgesiedelt und ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung Indiens sorgt zum Beispiel für neue soziale Verwerfungen in ländlichen Regionen. Besonders im Osten des Landes sind viele Dorfbewohner gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Sie müssen Platz machen für Großprojekte wie Staudämme, Bergwerke oder Kraftwerke. Obwohl seit den fünfziger Jahren in Indien über 20 Millionen Menschen umgesiedelt wurden, fehlen in den meisten Bundesstaaten rechtliche Regelungen über Ent-

schädigungsleistungen für die betroffenen Familien. Dabei sind die Auswirkungen dramatisch, wie bei einer Konferenz der FES zu den Umsiedlungs- und Entschädigungspraktiken herausgearbeitet wurde. Im Mittelpunkt stand dabei die Lebenssituation der Frauen. Sie leiden besonders unter der Zerstörung der sozialen Bindungen und den finanziellen Unsicherheiten. Obwohl die Frauen verantwortlich sind für das Überleben der Familien, richten sich die staatlichen Entschädigungsprogramme an die männlichen Haushaltsvorstände. Durch die Konferenz bekamen NROs aus besonders hart betroffenen Landesteilen die Gelegenheit, sich zu vernetzen und neue Hilfen zu entwickeln.

## Bildung und Qualifizierung



Endlich wird in Deutschland wieder kontrovers über Bildung diskutiert: Das dreigliedrige Schulsystem wird in Frage gestellt. Die Tatsache, dass Schüler und Schülerinnen aus sozial schwachen Milieus immer seltener Zugang zu den Universitäten finden, beunruhigt die Politiker über die Bildungsexperten in ihren Reihen hinaus. Ein Thema in dieser Debatte allerdings steht seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung, ohne dass sich viel verändert hätte: Die Benachteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung – vor allem in den Spitzenpositionen – und ihr Desinteresse an naturwissenschaftlichen und technischen Berufen. Neu ist, dass die Bildungspolitik sich mit der Situation der Jungen an den Schulen beschäftigt: Sie haben schlechtere Noten und brechen eher die Schule ab. Das gilt vor allem für männliche Jugendliche aus Migrantenfamilien. Die Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich seit einigen Jahren intensiv mit dem Thema und forscht nach Hintergründen.



In Entwicklungs- und Schwellenländern stehen andere Fragen im Vordergrund, etwa die Tatsache, dass Mädchen immer noch seltener die Schule besuchen dürfen als Jungen. In vielen Seminaren und durch Unterstützung von Netzwerken werden vor allem Frauen trainiert. Denn die Erfahrung zeigt, dass selbstbewusste, kompetente Frauen Vorbildfunktion haben und beispielsweise in der Kommunalpolitik besonders dafür kämpfen, dass Mädchen gleichberechtigt mit den Jungen Zugang zu Schulbildung erhalten.

Die FES kann in ihrer Arbeit im Rahmen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, also des Stipendienprogramms der Abteilung Studienförderung, eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz vorlegen: Förderung der Bildungschancen allgemein sowie der jungen Frauen im Besonderen ist ein wichtiges Element sozialer Gerechtigkeit.



## Prof. Dr. Christine Färber

Hochschullehrerin in Hamburg und ehemalige Stipendiatin

### STIPENDIEN DER FES

#### Eine Chance für junge Frauen aus bildungsfernen Milieus

Aus der Bildungsferne zu kommen, ist für eine junge Frau nicht einfach. Ich selbst bin als Arbeiterkind auf dem Land in einer katholisch geprägten Region aufgewachsen. Meine Mutter war keine Einheimische. Dass aus mir einmal eine Hochschullehrerin wird, hätte niemand gedacht, am wenigstens ich selbst.

Ich hatte immer das Ziel zu studieren, aber das zu finanzieren war schwer. Im dritten Semester habe ich ein Stipendium bei der Friedrich-Ebert-Stiftung beantragt. Allein das Bewerbungsverfahren hat mir viel gebracht. Ich habe über meine Studienmotivation nachgedacht und sehr interessante Auswahlgespräche geführt.

Mit dem frischen Stipendium in der Tasche habe ich ein Jahr in den USA studiert. Das hat mir im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und auf Integrationspolitik ganz neue Welten geöffnet.

Ich war mit dem Stipendium finanziell sorgenfrei – für jemanden aus einer Familie, in der jeder Pfennig zu Kupferdraht gedreht wurde, eine befreiende Erfahrung. Auf mir lastete nicht mehr das Ge-

spenst, mein Bafög zurückzahlen zu müssen. Ich musste nicht mehr als Zimmermädchen jobben, was echt auf die Knochen geht. Außerdem konnte ich unabhängig Politik machen, was immer „mein Ding war“.

Die Seminare bei der Friedrich-Ebert-Stiftung haben mir viel fachliche Kompetenz, Übung in der intellektuellen Auseinandersetzung und ein tragfähiges Netzwerk gebracht, sie haben mir auch eine meiner engsten Freundinnen geschenkt. Wir waren bei den Seminaren nicht mehrheitlich Frauen, aber wir wurden als Teilnehmerinnen ernst genommen, gefordert und gefördert. Das hat mir Mut gemacht, meine Themen im Studium frei zu wählen und mich und meine Meinung durchzusetzen – durchaus auch gegen meine Dozenten.

Als Hochschullehrerin an der Fachhochschule beobachte ich meine Studentinnen – viele begabte junge Frauen – die denken, Stipendien wären nichts für sie. Wenn ich sie anspreche, weil ich sie für begabt halte, erzählen sie von ihren beachtlichen Leistungen und ihrem gesellschaftlichen En-

gagement (es muss ja nicht jede wie ich Politik machen). Wenn sie aus der Unterschicht stammen oder Migrantinnen sind, halten sie Stipendien von vornherein nicht für ihre Sache, und von der Fachhochschule aus trauen sie sich eine Bewerbung nicht zu. Im Übrigen ist das nicht nur mein subjektiver Eindruck. Ich mache Hochschulforschung, und die Daten zu Stipendien zeigen dieses Muster auch.

Ich möchte Frauen Mut machen, sich um ein Stipendium zu bewerben. Wenn es klappt, öffnet sich eine ganz neue Dimension im Studium – eine einmalige Chance, die eigenen Möglichkeiten frei zu entfalten.

Ich selbst habe mit meinem Stipendium in Tübingen, den USA und in Mainz Politikwissenschaft, Philosophie und Amerikanistik studiert. Nach dem Studium war ich acht Jahre lang Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin. Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder und promovierte berufsbegleitend. Heute bin ich Hochschullehrerin an der HAW Hamburg und leite ein Politikberatungsunternehmen in Potsdam.

## Frauen und Frauenbewegung in Indien

*FES: Zubaan ist ein ungewöhnlicher Verlag mit dem Schwerpunkt auf Entwicklungsproblemen und besonders auf frauenrechtlichen Fragen. Wie unterscheidet sich Zubaan – aus der Sicht der Unternehmerin – von anderen Verlagshäusern?*

*Urvashi Butalia: Zubaan unterscheidet sich von anderen Verlagen in vielerlei Hinsicht: Wir sind nicht gewinnorientiert – das heißt nicht, dass wir keinerlei Gewinne erzielen, denn das tun wir, aber das ist nicht unser oberstes Ziel, und was immer wir an Profit machen, fließt gleich zurück in unsere Bücher, denn für uns ist das Verlegen von Büchern von und über Frauen eine Mission. Wir sind ein Verlag, der sich nicht scheut, politisch und feministisch zu sein. Und wir unterscheiden uns auch als Unternehmer: Wie Sie wissen, denken Unternehmer immer nur an den Profit, ans Geld, aber wir erstreben ein Gleichgewicht zwischen unseren politischen Anlie-*

*gen und unserer Wirtschaftlichkeit, das heißt, wir müssen genug verdienen, um unsere Arbeit in Gang zu halten.*

Heute gibt es viele Unternehmerinnen in Indien, und sie leiten erfolgreich große Konzerne und Betriebe. Wir sind klein, aber, wie wir hoffen, bedeutsam. Als wir anfangen, gab es viel weniger Frauen in der Wirtschaft und wir mussten darum kämpfen, ernst genommen und als Profis anerkannt zu werden. Und wir hatten uns ständig gegen Männer zu wehren, die uns für Freiwild hielten. Heute ist die Situation viel besser, und die wirkliche Herausforderung ist nicht mehr, ernst genommen zu werden – wir werden ernst genommen. Unser Ziel ist es vielmehr – auch noch nach 23 Jahren –, zu lernen, wie wir zugleich Feministinnen und Unternehmerinnen sein können, und für mich persönlich, was es heißt, eine feministische Chefin zu sein.





## Urvashi Butalia

Feministin, Autorin und Direktorin  
des Frauenbuch-Verlags Zubaan, New Delhi

*Frage: Wie spiegelt sich der Wandel der sozialen Wirklichkeit Indiens in den von Ihnen verlegten Büchern wieder?*

**Urvashi Butalia:** Wir versuchen, die sich ständig ändernde soziale Wirklichkeit der Frauen aufzuspüren, zu verfolgen und darüber in unseren Büchern zu reflektieren. Aus diesem Grund haben wir begonnen, Bücher von und über junge Mädchen zu verlegen, da war bisher eine große Lücke im indischen Verlagswesen. Weil wir so eng mit der Frauenbewegung verbunden sind, werden uns Probleme, die sich an der Basis entwickeln, schnell bewusst. So waren wir zum Beispiel der erste Verlag, der ein Buch über Frauen, die sich am rechten Flügel der Hindus engagieren, veröffentlichte, und wir waren der erste und nach wie vor einzige Verlag, der ein Buch über Frauen in Kaschmir publiziert hat. Wir haben Bücher über Genderprobleme und – wieder ein neues Thema – über Gender und Architektur und über Gender und politische Konflikte verlegt. Hinzukommen Publikationen über den politisch und sozial konfliktiven Nordosten Indiens, über Katastrophen-Management und vieles mehr. Es ist für uns sehr wichtig, den Kontakt zur Basis zu halten

und die Probleme dort früh zu erkennen, sonst hat unsere Existenz keinen Sinn.

*Frage: Wo sehen Sie den Platz der indischen Frauenbewegung heute? Was waren ihre wichtigsten Erfolge und Hindernisse in den letzten zehn Jahren?*

**Urvashi Butalia:** Der Feminismus und die Frauenbewegung haben sich in den letzten Jahren sehr verändert. Für die Frauen der jungen Generation haben die Schlachten, die ihre Mütter schlugen, neue Freiräume geschaffen, die diese nun als selbstverständlich hinnehmen. Für die Feministinnen der „alten Welt“ ist es jetzt an der Zeit, über die eigene Geschichte zu reflektieren, über die Strategien, die Erfolge und Niederlagen nachzudenken. Dann ist es besonders in Indien sehr wichtig, – das war es immer schon, aber jetzt hat sich das Bewusstsein dafür geschärft – dass sich Feministinnen und Aktivistinnen mit anderen Bewegungen der Zivilgesellschaft verbünden, zum Beispiel mit der Umweltbewegung oder der Bewegung gegen die Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit. Es verbreitet sich auch stärker die Einsicht in die Notwendigkeit, Männer in die Bewegung einzu-

beziehen. Probleme, die früher eher einfach zu sein schienen, werden heute viel differenzierter gesehen, z.B. die Debatte über Zensur und Meinungsfreiheit oder Rechtsfragen oder die persönliche Entscheidung in der Ehe und in Partnerschaften. Überall ist die Bewegung stärker institutionalisiert worden. Auch die Methoden des Widerstands haben sich gewandelt – die Proteste auf der Straße, die Plakate, die Strategie, Schuldige öffentlich zu beschämen oder sie in ihren Häusern oder Büros zu belagern – all das ändert sich. Aber ich glaube, das ist ein Wandel zum Guten, wir mögen etwas verloren haben, aber wir haben auch hinzugewonnen. Zum Beispiel kann heute kein Planungs- oder Strategie-Dokument und kein Parteiprogramm die Genderfrage auslassen. Ich glaube, der einzige Weg ist nach vorn. Sie fragten nach den Rückschlägen – die hat es gegeben. Aber es kamen auch unerwartete Herausforderungen auf uns zu, wie etwa das Aufkommen von militanten, fundamentalistischen, extremistischen Frauen besonders aus hindu-nationalistischen und traditionellen muslimischen Kreisen. Das hat für den Feminismus, der die Aktionen von Frauen immer als etwas Positives gefeiert hat, viele Fragen aufgeworfen.

*Frage: Es heißt, dass Indien in den Startlöchern sitzt, um bis zum Jahre 2020 ein globaler Mitspieler auf der Weltbühne zu sein. Sehen Sie das kommen und wie wird sich das auf die Männer und Frauen in Indien auswirken?*

*Urvashi Butalia:* Ich meine, Indien ist bereits auf dem Wege, ein Mitspieler auf der Weltbühne zu werden, und zweifellos wird das Auswirkungen auf Männer und Frauen in Indien haben. In einigen Fällen werden sich für Frauen Berufschancen auf Gebieten öffnen, zu

denen sie bisher keinen Zugang hatten. Zum Beispiel sieht man heute in indischen Städten viel mehr Frauen aus unteren Mittelschichtsfamilien als Verkäuferinnen oder Tankstellen-Personal arbeiten. Das wäre vor zehn oder fünfzehn Jahren undenkbar gewesen, nicht nur, dass es viele dieser Arbeitsplätze noch gar nicht gab, auch die Familien standen einer Arbeit ihrer Töchter außerhalb des Hauses noch viel ablehnender gegenüber. Gleichzeitig, meine ich, ist Vorsicht gegenüber diesem Wunsch angebracht, Indien als

Mitspieler auf der Weltbühne zu sehen. In der der reichen Ober- und Mittelschichten begeistern sich dafür, weil sie ihre eigenen Vorteile darin erkennen. Aber wenn man die Großstädte verlässt, sieht man ein ganz anderes Indien, arm, analphabetisch, ohne Infrastruktur, hungrig. Wie können wir in dem Rausch, ein weltpolitischer Mitspieler zu werden, das alles vergessen? Der Nutzen der Globalisierung muss doch bestimmt von allen in diesem Land geteilt werden und – ehrlich gesagt – bevor wir sagen können, dass wir die Armut



überwunden haben, dass jeder in Indien die Chance hat, ein Leben in Würde und ohne Hunger zu führen, werden wir nicht ein echter Mitspieler auf der Weltbühne sein. Wir haben der Welt ein Beispiel gegeben, wie wir mit der Demokratie umgehen. Um dieser Demokratie aber einen wahren und tieferen Sinn zu geben, müssen wir willens und fähig sein, die Armut zu überwinden. Nur dann können wir aufrecht vor der Welt stehen und stolz darauf sein, Inder zu sein, vorher nicht.

*Frage: Welches neue Buch hat Sie besonders beeindruckt?*

*Urvashi Butalia:* Ich bin nie nur von einem einzigen Buch beeindruckt. Ich lese viel und immerzu, beruflich und persönlich – Lesen ist mein Beruf und meine Erholung. Ich lese Bücher in Hindi und in Englisch und gelegentlich auch in Französisch!

Doch möchte ich ein Buch erwähnen, das mich wirklich angeht, mehr wegen seiner Aussage als wegen seines literarischen Werts, obwohl es den auch hat. Es ist die Autobiografie einer jungen Frau, einer Hausangestellten, die mit zwölf Jahren verheiratet und mit dreizehn Jahren Mutter wurde. Sie fand sich in einer gewaltträchtigen Ehe wieder, bekam 3 Kinder und beschloss, als sie es schließlich nicht mehr aushalten

konnte, ihren Mann zu verlassen. Sie nahm ihre drei Kinder und bestieg einen Zug nach Delhi, wo sie nach vielen Schwierigkeiten einen Job als Hausangestellte fand. Ihr Arbeitgeber, ein pensionierter Professor, bemerkte, dass sie sich häufig in seiner Bibliothek aufhielt und fragte sie, ob sie lesen könnte. Sie erzählte ihm, dass sie gerne mehr lernen würde und beschrieb ihm, wie sie viel zu jung aus der Schule gerissen wurde. Dieser Mann begann, ihr Bücher zu leihen und ermutigte sie zu lesen. Eines Tages schenkte er ihr ein Heft und einen Kugelschreiber und sie schrieb ihre Lebensgeschichte auf. Das mündete in das Buch *A Life less Ordinary*, das nun schon in 23 Sprachen übersetzt wurde, die Autorin heißt Baby

Halder. Ich selbst habe dieses Buch vom Hindi ins Englische übersetzt und jetzt ist es ein internationaler Bestseller! Es wird bald beim Draupadi Verlag auch auf Deutsch erscheinen.

Ich liebe dieses Buch, weil es die Geschichte einer Frau ist, die hier normalerweise keine Stimme haben würde, eines Menschen am Rande der Gesellschaft. Und weil es die Geschichte von Tausenden anderer Frauen wie sie ist, und weil es ein Buch über Bücher und Lesen ist, und von einer Frau geschrieben wurde. Was könnte besser sein?

*Übersetzung von Dagmar Bernstorff  
Die Fragen stellten Renate Tenbusch  
und Damyanty Sridharan,  
FES-Indien.*



## AUS DER ARBEIT DER FES

### BERLIN

#### Frauen in Wissenschaft und Forschung: die gläserne Decke stoppt Karrieren

Wie sieht es mit der Chancengleichheit in der deutschen Forschungslandschaft aus? Immer noch ziemlich finster, das war die Bilanz einer Tagung mit und für Wissenschaftlerinnen in Berlin. Und diese Aussage gilt trotz mancher Anstrengungen zur Professionalisierung von Frauen in Forschung und Lehre, trotz Karrieretrainings für angehende Professorinnen. Die gläserne Decke hält. Unter anderem, so immer wieder



die Klage, sind es antiquierte Vorstellungen über Forscherinnen, die Frauen daran hindern, gezielt die

Karriereleiter hinaufzuklettern. Die Folge: Deutschland liegt im internationalen Vergleich weit zurück.

### BONN / BERLIN

#### Rhetorik für Frauen

Frauen und Männer pflegen unterschiedliche Kommunikationsstile, die nicht immer gut miteinander vereinbar sind. Im öffentlichen Diskurs – das gilt für Wissenschaft wie Politik – fällt es jungen Frauen schwerer, sich in einem männlich dominierten Diskussionsklima zu behaupten. Viele Büros der FES,

darunter das Forum NRW in Bonn und die FES-Berlin, bieten deshalb Rhetorikseminare für junge Frauen, um ihr Diskussionsverhalten in wissenschaftlichen und politischen Debatten zu trainieren und zu überprüfen. Wichtig ist, den Frauen ihre Stärken klarzumachen. Deshalb steht im Mittelpunkt der selbstbewusste und offensive Umgang mit dem eigenen „weiblichen“ Kommunikationsstil. Frauen kommunizieren oft konsensorientierter und diskussionsoffener als Männer und laden dadurch zu einem echten Austausch ein. Sich dieser Fähigkeiten bewusst zu werden, ist eines der Ziele der Seminare.

### BONN

#### Erzieherinnen: Sicher auftreten, Interessen offensiv vertreten

28 junge Frauen, aber nur zwei junge Männer, nutzten die Chance eines Weiterbildungsprojekts für angehende ErzieherInnen, zu dem das Forum NRW nach Bonn eingeladen hatte. Trainiert wurde vor allem sicheres Auftreten. Nur wer überzeugend zu argumentieren versteht, kann sich im politischen Diskurs behaupten. Und genau diese Kompetenzen werden die jungen Frauen und Männer als gute Erzieherinnen und Erzieher brauchen, um die Interessen der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen gegenüber der Politik und Öffentlichkeit erfolgreich vertreten zu können.



**HAMBURG / KOCHEL / ERFURT****Jungen sind die Verlierer**

Jungen haben heute in der Schule zum Teil deutlich weniger Erfolge als Mädchen. Sie haben schlechtere Noten und bleiben öfter sitzen. Zwei Drittel aller Schulabbrecher und drei Viertel der Sonderschüler sind Jungen. Ihr Sozialverhalten in der Klasse ist eine ständige Herausforderung für die Lehrer. Über Jahrzehnte waren Mädchen aus konservativen ländlichen Familien die Bildungssorgenkinder. Inzwischen sind das die Großstadtjungen aus Migrantenfamilien oder aus bildungsfernen, sozial schwachen Familien. So der Befund der im Jahr 2007 amtierenden Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, während eines Bildungsforums der FES in Hamburg. „Geschlechtergerechte Förderung von Jungen und Mädchen in Gesellschaft und Schule“ war das Thema der Veranstaltung.

Um die Bildungsbenachteiligung der Jungen ging es auch während eines Seminars der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See mit dem provozierenden Titel „Baustelle Schule – Für Renovierung geöffnet“. Die dringlichste Baustelle ist nach Ansicht der Teilnehmer die derzeitige Jungen- und Mädchenpädagogik mit den Jungen als Verlierer. Das Landesbüro



Erfurt hat sich ebenfalls mit dem Thema „Schule heute, Schule der Zukunft“ befasst. In einer Studie wurden Konzepte zum längeren gemeinsamen Lernen aus sieben Bundesländern zusammengetragen. Auffallend waren die durchweg positiv kommentierten ersten Erfahrungen mit den neuen Gemeinschaftsschulen. Weitere interessante Ergebnisse: Die Zahlen bei Hauptschulabschlüssen sinken weiter, die Zahl der Abiturienten steigt. Dies liegt nach Ansicht der Wissenschaftler aber ausschließlich am Nachholbedarf der jungen Mädchen.

**FREIBURG****Söhne brauchen Väter**

„Was will der Mann von heute?“, wurde etwas ratlos während einer Veranstaltung des Fritz-Erler-Fo-rums Baden-Württemberg in Freiburg gefragt. Es ging – wie schon im Jahr zuvor bei viel beachteten Veranstaltungen – um Geschlechtergerechtigkeit aus Männersicht. Wenn sie schon nicht für sich selbst und ihre Partnerinnen umsteuern, dann sollten sie das zumindest für ihre Söhne tun, denn die steckten in der Krise, wie viele ihrer Väter auch, warnten die Podiumsteilnehmer.

Drogenmissbrauch, Gewaltbereitschaft, Schulversagen – das alles betrifft die Söhne sehr viel stärker als die Töchter. Und ganz besonders gefährdet sind die Söhne autoritärer oder ständige abwesender Väter. Die Jungen brauchen also andere männliche Vorbilder. Die aber kann nur ein anwesender Vater liefern, der sich partnerschaftlich an der Familienarbeit beteiligt. Auf dem Podium zeigten die Männer Einsicht. Es stimme zwar, dass Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik nach wie vor weitgehend unter Männern verteilt werden. Doch die leiden stärker als früher darunter, dass sie in ihrer Familie Fremdlinge sind. *Work-life-balance* war deshalb ein wichtiges Stichwort der Diskussion.

**BERLIN**

**Berufsbildung im Umbruch:  
eine Studie**

40 Prozent aller ausbildungswilligen Schulabgänger finden keinen regulären Ausbildungsplatz mehr und landen in Übergangssystemen. Dies ist das Ergebnis einer aufrüttelnden Studie der Professoren Martin Baethge und Heike Solga von der Universität Göttingen. Analysiert wurde der bedrohliche Zustand des deutschen Berufsbildungssystems. Duale Ausbildungsstrukturen verlieren zunehmend an Bedeutung. Die Beteuerungen, das duale System habe Vorbildcharakter, werden durch das ständig sinkende Angebot in Frage gestellt. Die Folge: Ein großer Teil der Schulabgänger hat massive Probleme beim Übergang ins Berufsleben, landet in Warteschleifen, in denen es statt qualifizierter Ausbildung unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung gibt.

*Berufsbildung im Umbruch: Signale eines überfälligen Aufbruchs; Martin Baethge, Heike Solga, Markus Wieck; Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007. <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04258/index.html>*

**BERLIN / SCHWERIN**

**Muss Familie neu erfunden werden?**



Iris Radisch im Gespräch mit Dr. Erik Gurgsdies, FES-Schwerin

Mehr Zeit für Kinder, mehr Zeit für das Familienleben, das fordert die Literaturredakteurin Iris Radisch in ihrem Buch „Die Schule der Frauen – Wie wir die Familie neu erfinden“. Das Forum Politik und Gesellschaft diskutierte die Thesen mit der Autorin. Die Crux für sie ist „das Fehlen von Vorbildern gelingender Liebe in modernen Lebensverhältnissen“. Doch auch der Rhythmus des modernen Arbeitslebens passt nicht zu den Zeitanforderungen eines Familienlebens. Die Väter fühlen sich unter starkem Druck, da sie gleichzeitig ihrer Ernährerrolle als auch neuen An-

sprüchen an die Väterrolle gerecht werden sollen. Notwendig wären also eine familienbewusste Unternehmenskultur und finanzierte Familienzeiten.

In einer weiteren Veranstaltung wurde der Spagat zwischen Beruf und Familie aus Frauensicht diskutiert. Anders als in anderen europäischen Ländern ist es in Deutschland bis heute nicht selbstverständlich, dass Mütter Beruf und Familie leben wollen. Hartnäckig hält sich immer noch das Leitbild von der aufopferungsvollen Super-Mama, die für viele ein typisch deutscher Müttermythos ist.

## Iris Radisch

Literaturredakteurin



### Zeitschutzzonen für eine aussterbende Spezies: die Familie

*FES: In Ihrem Buch bringen Sie das Bild einer Familie, die durch Scheidungen und Trennungen mittlerweile einer aussterbenden Spezies angehört. [...] Was müsste denn getan werden, um die Familie vor dem Aussterben zu bewahren?*

*Iris Radisch:* Man müsste Schutzräume, genauer: Zeitschutzräume für die Familie schaffen. Die Familie braucht vor allen Dingen Zeit. Sie braucht sicherlich auch materielle Zuwendungen, aber das Hauptproblem in meinen Augen ist, dass man zu wenig Zeit füreinander hat. Die 30- bis 60-Minuten-Familie, die wir haben, wenn Vater und Mutter arbeiten, ist für die Familie eigentlich ein Selbstmord, ein Himmelfahrtskommando.

Was wir hingegen brauchen ist eine flexible Arbeitskultur, die es ermöglicht, dass Vater und Mutter sich an einigen Nachmittagen um ihre Kinder kümmern können. Wenn beispielsweise Vater und Mutter 80 Prozent arbeiten, käme für die Kinder 40 Prozent Familienzeit heraus, dies wäre in meinen Augen eine ideale Lösung.

*FES: Warum ist das aber so fürchterlich schwer? Jeder ist doch in einer Familie geboren und müsste eigentlich um die Probleme wissen.*

*Iris Radisch:* Weil wir eine völlig veraltete und erstarrte Arbeitskultur haben. Sie hat sich nach dem Muster männlicher Arbeitsbiographien gebildet, in der ein Mann immer eine Hausfrau oder jemand anderen hinter sich wusste, wenn er Kinder hatte. So ist es aber heute nicht mehr. [...] Man muss es den Familien ermöglichen, alle Sorten von Teilzeitmodellen biografieabhängig, also für die entscheidenden Jahre zu wählen und dann auch später wieder zu ändern.

Was deshalb nicht geht, ist, dass man die große Mehrheit von Frauen auf Teilzeitstellen festsetzt, sie dann nicht mehr in den Arbeitsprozess re-integriert, so dass sie auch dann noch Teilzeitstellen besetzen, wenn die Kinder schon groß sind. Das ist ein ganz starres und unbewegliches System, da müssen sich erst einmal Schrauben im Kopf lockern, da muss sich die Mentalität ändern und dann schließlich die Arbeitskultur. Sonst gehen die Familien weiter kaputt, da kann man noch so viele Kinderkrippenplätze schaffen und finanzielle Hilfen geben, ohne diese Zeitschutzzonen hat die Familie keine Überlebenschance.

*FES: Sie schreiben in Ihrem Buch, dass wir ein ganz flaches, weil materiell orientiertes Glücksverständnis haben, das auf eine einfache Formel gebracht lautet: Glück gleich Genuss. Wie wirkt sich dieses materielle Glücksverständnis auf die Familie aus?*

*Radisch:* Meine Beobachtung ist, dass das Effizienzdenken, also das ökonomische Denken das Familienleben schon sehr angegriffen hat. Auch in Familien müssen in einem Minimum an Zeit maximale Ergebnisse erwirtschaftet werden. Da hat man immer weniger Zeit für natürliche Prozesse, für Erfahrungen, die sich erst langsam einstellen. Die ständige Beschleunigung des Arbeitslebens hat mittlerweile auch im Familienleben Einzug gehalten. So versucht man mit den Kindern oder für sich allein ein nach maximaler Erlebnisdichte durchgetaktetes Freizeitprogramm zu absolvieren, weil man überhaupt nicht mehr rauskommt aus diesem Denken, dass alles viel bringen, einen Mehrwert haben muss, eben auch einen Mehrwert an Genuss. Nach diesem Glücksverständnis kann sich wahres Glück aber nicht einstellen. Ich spreche deshalb davon, dass wir eigentlich eine Kritik des

Glücks brauchen, um wieder zu einem tieferen Glück zu finden; denn ein allein an Effizienz orientiertes Glück, das kann es letzten Endes nicht sein.

*FES: Zum Abschluss: Was halten Sie von dem Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“.*

*Iris Radisch: (schmunzelt):* Ja, aber nur die männliche in dem alten traditionellen Verständnis von starkem Mann, schwacher Frau, überlegenem Mann, unterlegener Frau. Ich glaube, dass eine neue Männlichkeit und besonders eine neue Väterlichkeit etwas sehr Bereicherndes sein kann, auch für die Männer selber. Wenn Männer immer stärker ihre weichen Seiten entdecken, ist das sicherlich kein Verlust von Männlichkeit, auch wenn das manche immer noch so verstehen, sondern vielmehr ein Zuwachs an Menschlichkeit.

*Das Gespräch führte  
Dr. Erik Gurgsdies, FES-Schwerin*



## NEUES AUS DER BIBLIOTHEK

### „Frauen in der Geschichte“ im FES Archiv



Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) sichert, pflegt und präsentiert das historische Erbe der sozialdemokratischen Bewegungen. Dazu gehören neben Akten auch Fotos, Plakate, Flugblätter sowie Film- und Tondokumente. Auf der

Internetseite des AdsD finden sich Informationen und Bildbeispiele zu „Frauen in der Geschichte“. Historisches Forschungszentrum – Archiv der sozialen Demokratie: [www.fes.de/archiv/\\_projekte/projektset.htm](http://www.fes.de/archiv/_projekte/projektset.htm)



## COURAGE digitalisiert

Neun Jahre lang, von 1976 bis 1984, erschien die Berliner Frauenzeitschrift COURAGE. Zuerst monatlich, später wöchentlich schreiben Frauen für Frauen über bisher tabuisierte Themen: Gewalt gegen Frauen, Frauenmedizin, Frauengeschichte, Frauenpolitik, Sexualität, Frauenkunst, Frauendiskriminierung am Arbeitsplatz, Paragraph 218, Körpererfahrung, Gewerkschaftsarbeit, Vergewaltigung, Frauenopposition in Osteuropa, Klitorisbeschneidung in Afrika, Frauenliteratur. Die autonome, links-feministische COURAGE wurde neben der EMMA Anfang der 80er Jahre zur bekanntesten Plattform der neuen Frauenbewegung.

### „Frauen und Gender“ in der Bibliothek

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Arbeitsschwerpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung im In- und Ausland. Die Arbeitsergebnisse in Form von Print- und Online-Publikationen erreichen durch den Online-Katalog, die digitale Bibliothek oder themenbezogene Angebote der Bibliothek eine sehr breite nationale und internationale Öffent-

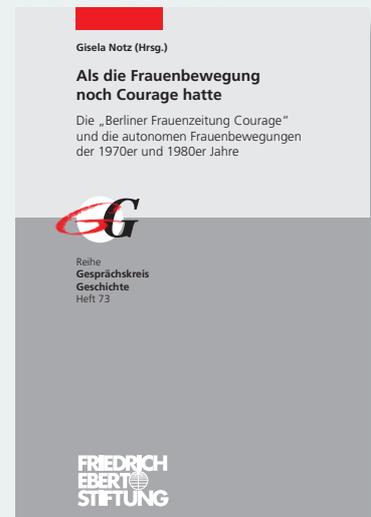
Danach verschwanden die umfangreichen Hefte und Sonderhefte in den Bibliotheken und Archiven. Die Bibliothek der FES hat nun mit finanzieller Hilfe des Historischen Forschungszentrums die vielfältigen Artikel erschlossen und die Texte für das Internet digitalisiert und lesbar gemacht. Über eine Suchmaske kann nach thematischen Stichworten oder Verfasserinnen gesucht werden, ebenso ist ein zeitlicher Einstieg möglich. Zu finden ist die COURAGE im Internet unter: <http://library.fes.de/courage/>

Außerdem gibt es eine Broschüre mit dem Titel „Als die Frauenbewegung noch COURAGE hatte“, kostenlos zu bestellen bei [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)

lichkeit. Über Bibliotheksverbände und Forschungsnetzwerke wird die publizistische Reichweite für dieses zentrale gesellschaftliche Thema noch bedeutend erweitert.

FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik-Frauenbewegung/ Genderpolitik: <http://library.fes.de/library/netzquelle/frauen/index.html>

### LEKTÜRETIPP



### LEKTÜRETIPP



## Generationen-Gespräch

mit Elke Ferner, MdB und Bundesvorsitzende ASF  
und Franziska Drohsel, Juso-Bundesvorsitzende

### „Am gleichen Strang in die gleiche Richtung ziehen“

*FES: Vor gut 100 Jahren fand in Stuttgart die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz statt, aus der dann die sozialistische Fraueninternationale hervorging. Dieser Jahrestag stand im Fokus der FES-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2007. Vor 90 Jahren erhielten die Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Diese beiden Jahresdaten vor Augen: Wie hast Du, Elke, die aktiven Jahre der Frauenbewegung damals in den 70er und 80er Jahren – die „lila Latzhosenzeit“ - erlebt? Gibt es heute noch eine Frauenbewegung oder erleben wir ein Rollback?*

*Elke Ferner:* Mich hat damals ein Ereignis besonders beeindruckt. Das war die Aktion der Frauen im „stern“: „Ich habe abgetrieben“. Damals ein Tabuthema, auch für uns junge Frauen. Allerdings durchaus auch nicht ganz unvertraut, weil doch die eine oder andere Mitschülerin in der Situation war, trotz des damals strengen Abtreibungsrechts einen Weg zu finden. Die Frauen aus den 70er und 80er Jahren haben sehr großen Anteil daran, dass es nach dieser Zeit noch mal einen erheblichen Sprung in der Frauenbewegung gegeben hat.

Meiner Meinung nach haben wir heute einen Rollback zu verzeichnen. Wir haben leider in allen Bereichen, nicht nur in der Politik, die Situation, dass man das Gefühl hat, wir waren schon mal weiter. Das gilt auch für einige Diskussionsrunden, bei denen man denkt, muss man das jetzt eigentlich nach 30 Jahren Frauenpolitik noch mal sagen? Es ist zunächst die Aufgabe meiner Generation, dass wir die Erfolge, die unsere Vorgängerinnen-Generation erreicht hat, nicht aufs Spiel setzen. Gleichzeitig müssen wir versuchen, die jüngere Generation mehr für die Erkenntnis zu sensibilisieren, dass nichts von alleine kommt. Der Parteitag in Hamburg hat mir Auftrieb gegeben. Hier haben wir es zusammen mit den Jusos geschafft, das Gleichstellungskapitel doch noch einmal ein Stück weit zu wenden. Zwar nicht ganz so, wie wir es gemeinsam gern gehabt hätten, aber doch ein gutes Stück. Dafür war natürlich auch die von den Jusos begonnene Initiative „neues Gleichstellungskapitel“ sehr hilfreich.

*FES: Franziska, Du kommst schon aus der nächsten Generation. Was verbinden Deine Altersgenossinnen und Du selber mit „Emanzipation“ und „Feminismus“? Was müsste die Frauenbewegung heute tun, um ein Rollback zu verhindern?*

*Franziska Drohsel:* Dass sich Frauen in meinem Alter oder auch Jüngere weniger feministisch engagieren oder zumindest sich weniger der Frauenbewegung zuordnen als früher, liegt daran, dass wir erst später wahrneh-



v.l.: Anne Seyfferth, Franziska Drohsel,  
Elke Ferner und Alina Fuchs

men, wie wir in der Gesellschaft diskriminiert werden. Ich bin mit 15 Jahren zu den Jusos gekommen. Vorher hatte ich mit Feminismus nicht viel am Hut. Bei mir waren es die Partei und die Jusos, die mich zur Feministin gemacht haben. Da hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, dass es ein Unterschied ist, ob man als Frau oder als Mann irgendwo hinkommt und mitarbeiten will. Das Gefühl von Diskriminierung beginnt in dem Moment, wenn sie anfangen zu arbeiten und z.B. rausgeschmissen werden, weil sie schwanger sind. Man erkennt, dass zwar im Studium noch zur Hälfte Frauen waren, im Unternehmen wird das dann schon weniger und in den Führungsetagen findet man fast gar keine Frau mehr. Dann ist da noch die leidige Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei der Gründung einer Familie zeigt sich nämlich, dass wir noch nicht in einer gleichberechtigten Gesellschaft leben.

*FES: Heute sprechen wir nicht mehr allein von Frauenpolitik, sondern auch ganz bewusst von Genderpolitik, wissend, dass es die Geschlechterrollen sind, die verändert werden müssen. Macht erfolgreiches Gender-Mainstreaming Frauenpolitik überflüssig?*

*Elke Ferner:* Gender-Mainstreaming kann nur eine Ergänzung sein. Es setzt an den Strukturen an, wenn es richtig betrieben wird. Leider ist nicht überall Gender-Mainstreaming drin, wo Genderpolitik drauf steht! Wir brauchen nach wie vor die aktive Frauenförderpolitik, weil der Abbau der Benachteiligungen sonst nicht schnell genug vorangeht. Beispiel Frauen in Führungspositionen: In der deutschen Wirtschaft liegen wir am unteren Ende der Skala der Industrienationen. Das kann ja nicht daran liegen, dass in Deutschland die Frauen weniger intelligent, weniger gut qualifiziert, weniger motiviert und weniger engagiert sind. Sondern das liegt daran, dass die Netzwerke der Männer immer noch besser funktionieren als die – leider auch nur in Ansätzen vorhandenen – Frauennetzwerke. Zum anderen gilt es immer noch als Risiko, eine potentielle Mutter einzustellen. Für potentielle Väter gilt das nicht. Männliche Führungskräfte haben mehr Kinder als weibliche. Die Partner der weiblichen Führungskräfte sind durch die Bank auch erwerbstätig, häufig in höheren Funktionen, während dies bei den Partnerinnen der männlichen Führungskräfte eher die Ausnahme ist. Da wird der Klassiker der Rollenverteilung noch gelebt und führt dazu, dass die Männer verfügbarer sind im Erwerbsleben. Daher brauchen wir nicht nur ein Gleichstellungsgesetz, sondern viele Bausteine der Frauenförderpolitik, die durch die Genderpolitik nicht ersetzt werden können.

## Generationen-Gespräch

*FES: Franziska, brauchen wir eine aktivere Männerpolitik?*

*Franziska Drohsel:* Beim Genderansatz ist es gut und unterstützenswert, dass beide Geschlechter bedacht werden. Natürlich muss man bei den Männern ansetzen, damit diese z.B. mehr in die Erziehungszeit gehen. Dabei spielt die Sozialisation auch eine entscheidende Rolle. Deshalb ist es richtig, bereits im Bildungsbereich darüber nachzudenken, wie man für ein gleichberechtigtes Miteinander kämpfen kann. Trotzdem ist auch mein Eindruck, dass Gender Mainstreaming als Mittel für alles herhalten muss und dann passiert relativ wenig. Man muss schon aufpassen, dass darüber nicht die ursprüngliche Frauenförderpolitik und die feministische Politik verloren gehen.

*FES: 2008 jährt sich zum zwanzigsten Mal der Quotenbeschluss des SPD-Parteitag. Danach müssen in allen Funktionen und Mandaten Männer und Frauen jeweils zu mindestens 40 % repräsentiert sein. Die Quotenregelung war damals in Euren Reihen nicht unumstritten. Elke, wie denkst Du heute über die Quote? Hast Du dich jemals als Quoten-Frau, als „Quothilde“ empfunden?*

*Elke Ferner:* Zunächst einmal haben wir beim vorletzten Bundesparteitag die Quotenregelung in der Satzung entfristet. Das war auch der optimale Zeitpunkt dafür. Ob das heute noch machbar wäre, ist zumindest fraglich. Ich selbst habe bei meiner ersten Juso-Bundesfrauenkonferenz noch vehement gegen die Quote argumentiert, weil ich die Notwendigkeit nicht gesehen habe – wie viele jüngere Frauen heute wahrscheinlich auch. Wer gut ist, setzt sich auch durch. Das war damals meine Überzeugung. Das reale Leben hat mir aber gezeigt, dass sehr gute Frauen reihenweise gegen grottenschlechte Männer durchfallen. Ich möchte auch mal unter Frauen auswählen dürfen und nicht nur Frauen wählen müssen, damit sie ausreichend in den Gremien vertreten sind. Zum anderen, solange wir uns so viele schlechte Männer leisten, bin ich auch bereit, mir die eine oder andere schlechte Frau zu leisten. In der Regel haben die Frauen sich aber mehr als bewährt, sind an ihren Aufgaben gewachsen und haben in ihren Ämtern viel erreicht. Ich persönlich wäre wahrscheinlich ohne Quote überhaupt nicht im Bundestag, denn dann wäre der zweite Listenplatz aus meinem Unterbezirk damals sicher nicht mit einer Frau besetzt worden. Ich stehe zur Quote, solange die Frauen anschließend auch beweisen, was sie können und dass sie mindestens genau so gut sind wie die Männer. Dann habe ich auch überhaupt kein Problem damit, das Etikett Quotenfrau am Revers zu tragen.

*FES: Franziska, brauchen wir Deiner Meinung nach heute noch eine Quote? Wie beurteilst Du die politische Beteiligung von Frauen und was kann getan*



*werden, um junge Frauen wieder stärker für Politik und die Übernahme politischer Ämter zu begeistern?*

*Franziska Drohsel:* Aus meiner Sicht ist die Quote weiterhin unabdingbar. Selbst bei den Jusos, also bei der jungen Generation, sind wir nur 30 Prozent Frauen. Von daher brauchen wir auf jeden Fall Instrumente wie die Quote, um den Frauenanteil in wichtigen Positionen zu erhöhen. Zu Beginn meines politischen Engagements war ich auch skeptisch. Die Realität in Partei und Politik hat mir allerdings gezeigt, wie stark die Männerkultur noch verankert ist. Politik funktioniert viel zu oft nicht nach sachlichen und qualitativen Kriterien, sondern über Männer-Bierrunden, die einen ganz eigenen Kommunikationsstil pflegen. Als Frau fühlt man sich hier einfach nicht wohl und hat auch keine Lust, in so einem Rahmen Politik zu machen. Von daher halte ich die Quote für richtig und wichtig. Wenn mehr Frauen Führungsämter übernehmen, hat dies auch eine Vorbild- und Motivationsfunktion für andere Frauen, sich politisch stärker zu engagieren. Bei mir ist es auch so, dass ich bestimmte Ämter ohne die Quote möglicherweise nicht bekommen hätte. Aber ich habe meine Position immer offensiv vertreten und die Quote nie als Vorwurf empfunden.

Natürlich müssen wir auch insgesamt dafür kämpfen, dass mehr junge Frauen Politik machen. Die Bundesgeschäftsführerin der Jusos Katrin Münch und ich haben die Hoffnung, dass zwei Frauen an der Spitze des Bundesverbands andere Frauen nachziehen. Darüber hinaus müssen wir neue Ansprechkonzepte – wie das Mentoringprogramm für Frauen – entwickeln und die politische Verbandskultur nachhaltig verändern, so dass junge Frauen nicht abgeschreckt werden. Es sind in jedem Fall immer noch dicke Bretter, die gebohrt werden müssen.

*FES: Die Arbeitswelt ist ein zentraler Bereich, wenn es um eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht. Seit August 2006 ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft, außerdem war 2007 das europäische Jahr der Chancengleichheit. Elke, wie sieht Deine Bilanz für das Jahr 2007 mit Blick auf die Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt aus? Welche zusätzlichen Maßnahmen brauchen wir?*

*Elke Ferner:* Kurz gesagt, die genannten Instrumente haben uns nicht sehr viel weiter gebracht. Es fehlt immer noch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Mit Blick auf Europa ist es sehr bedauerlich, dass der deutsche Beitrag zum europäischen Jahr der Chancengleichheit schlicht und ergreifend allein durch die Person von Frau von der Leyen verkörpert wurde. Inhaltlich hat sie zum Thema Gleichstellungspolitik überhaupt nichts gemacht. Wir brauchen weitere Maßnahmen! Viel wird davon abhängen, wie das



Gleichbehandlungsgesetz angewandt wird und inwieweit die Gleichbehandlungsstelle es schafft, in die Öffentlichkeit hineinzuwirken und diese für Tatbestände der Diskriminierung zu sensibilisieren. Bei Stellenanzeigen zeigt das Gesetz schon erste Wirkungen. Die entscheidende Frage ist aber, ob Frauen, wenn Sie sich bewerben, auch wirklich eine Chance haben. In Fällen von Diskriminierung brauchen wir noch mehr Unterstützung für die Betroffenen. Frauen muss mehr Selbstvertrauen gegeben werden, damit sie sich gegen Diskriminierungen tatsächlich aktiv wehren. Vor allen Dingen aber müssen wir in der Politik ein Zeichen setzen, dass wir das Nichtstun der Wirtschaft im Bereich Antidiskriminierung nicht länger akzeptieren. Denn die im Jahr 2001 geschlossene freiwillige Vereinbarung ist ja mitnichten eingehalten worden.

Meine Forderung wäre, dass die Frauenministerin nicht nur diesen Titel trägt, sondern diese Funktion auch mit Taten füllt. Ebenso muss die Gleichbehandlungsstelle Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu einem Schwerpunkt machen.

*FES: Franziska, Benachteiligung wird oft durch eingefahrene Verhaltensmuster begünstigt. So ist zum Beispiel die Berufswahl vieler junger Frauen immer noch auf klassische ‚Frauenberufe‘ ausgerichtet. Wie erklärst Du Dir das? Wie kann man jungen Frauen Mut machen, auch in Berufe zu gehen, die oft noch als Männerdomänen gelten?*

*Franziska Drohsel:* Erklären lässt sich dieses stereotype Berufswahlverhalten damit, dass in unserer Gesellschaft weiterhin eine geschlechterspezifische Zuordnung bestimmter Tätigkeitsbereiche vorherrscht, die durch Sozialisationsprozesse auch an die jüngere Generation weitergegeben wird. Stereotype wie die Frau als sorgende Hausfrau und der Mann als derjenige, der das Auto zusammenschraubt, sind zumindest unterschwellig noch sehr präsent. Hier ist insbesondere die Bildungspolitik gefordert, vom Kindergarten bis zur Schule. Lehrpläne, Schulbücher und andere pädagogische Materialien müssen durchgehend geschlechtergerecht gestaltet sein. Im gesamten Unterricht muss der Genderaspekt mitgedacht und vermittelt werden. Darüber hinaus gibt es konkrete Instrumente, die Mädchen und junge Frauen bei einer differenzierten Berufswahl unterstützen. Ein Beispiel ist der alljährliche Girlsday, an dem Schülerinnen Berufstätige einen Tag lang begleiten und einen direkten Eindruck davon bekommen, was junge Frauen alles machen kann. Es ist auch Aufgabe der Berufsberatung, jungen Frauen zu vermitteln, dass ihnen alle Bereiche offen stehen.

*FES: Wir wollen abschließend noch einen Blick nach vorne werfen: Franziska, was ist Deine frauenpolitische Vision für 2020 und was erwartest Du von der Generation der Vorkämpferinnen?*

## Generationen-Gespräch

*Franziska Drohsel:* Von der Generation der Vorkämpferinnen erhoffe ich mir, dass wir weiterhin einen engen Erfahrungsaustausch haben. Wir jungen Frauen können aus den Auseinandersetzungen, die Frauen vor uns geführt haben, viel lernen. Außerdem macht es mir Mut, wenn ich sehe, dass bereits Generationen von Frauen gekämpft haben und wir diesen Kampf heute als junge Frauen weiterführen. Für das Jahr 2020 wünsche ich mir natürlich, dass wir in Sachen Gleichstellung ein ganzes Stück vorangekommen sind. Dass Frauen und Männer sich selbstverständlich Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt aufteilen. Und mit Blick auf die politische Arbeit ist meine Vision, dass mehr Frauen Politik machen, dass wir in der Politik tatsächlich ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis haben und wir Frauen nicht mehr mit der nervigen Männerkultur zu kämpfen haben.

*FES: Elke, was ist Deine Vision für das Jahr 2020 und was erwartest Du von der jetzt jungen Generation für die Fortführung der Frauenbewegung?*

*Elke Ferner:* Für das Jahr 2020 wünsche ich mir, dass Frauen deutlich präsenter in den Spitzenfunktionen der deutschen Wirtschaft sind, und zwar auch in den großen Unternehmen. Ich wünsche mir, dass bei Personalentscheidungen Kompetenzen aus Kindererziehung und familiären Tätigkeiten als hartes Qualitätsmerkmal herangezogen werden, insbesondere auch für Männer. Denn wer so einen ‚Familienbetrieb‘, wie es in der Werbung so schön heißt, managt, ist sicherlich auch in der Lage, in Unternehmen einiges an Managementfähigkeiten an den Tag zu legen. Und ich wünsche mir, dass die strukturellen Benachteiligungen, die es in unserer Gesellschaft immer noch gibt, sehr viel weniger geworden sind.

Meine Erwartungen an die jüngere Generation sind klar: Nicht aufgeben, nicht nachlassen, weitermachen, sich immer bewusst sein, dass nichts von nichts kommt und Erreichtes niemals sicher ist. Es geht also darum, den erreichten Stand zu verteidigen und gleichzeitig darauf zu drängen, weiter nach vorne zu kommen. Ich bin mir sicher, dass die jüngeren Frauen diese Herausforderungen bestens meistern werden. Im Vergleich zu meiner Generation werden junge Frauen heute zwar vielleicht etwas später für das Thema sensibilisiert, weil die Rahmenbedingungen zum Glück nicht mehr ganz so schlecht sind wie damals. Die Hürden sind aber unverändert hoch und erfordern ein engagiertes Vorgehen aller Generationen. Insofern hoffe ich, dass wir weiterhin gut zusammenarbeiten Nicht nur, um Erfahrungen austauschen, sondern auch, um inhaltlich am gleichen Strang in die gleiche Richtung zu ziehen.

*Die Fragen stellten Anne Seyfferth und Alina Fuchs*

## Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit





## Politische Bildung

Politische Bildung ist der Kernbereich der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie durchzieht alle Arbeitsbereiche wie ein roter Faden. Drei Abteilungen widmen sich ausschließlich der Bildungsarbeit mit dem Ziel, in die gesellschaftspolitische Debatte der Bundesrepublik einzugreifen, mitzugestalten und Menschen zu qualifizieren, sich am politischen und gesellschaftlichen Wandel und an der kreativen Gestaltung von Wirklichkeiten zu beteiligen. Es sind die Abteilungen Politische Akademie, Gesellschaftspolitische Information und Dialog Ostdeutschland.

Politische Bildung ist in erster Linie eine Vermittlungsinstanz, deren Aufgabe es ist, sowohl über Aktuelles zu informieren und damit Diskussionsprozesse auszulösen, als auch über Kommendes nachzudenken. Das bedeutet, Trends zu erkennen, Entwicklungen, die absehbar sind, und die dazu gehörenden Begründungszusammenhänge möglichst genau zu beschreiben, auch wenn es sich in der Regel um Annahmen handelt, deren Realitätsgehalt sich erst noch erweisen wird. Aber Politische Bildung kann auch Trends in Gang setzen. Ganz ohne Zweifel gehört dazu auch der Gender-Mainstreaming-Prozess.

Die Abteilungen lassen sich wie folgt charakterisieren:

Die **Politische Akademie** hat in ihren themen- bzw. zielgruppenorientierten abteilungsweiten Arbeitslinien 14 strategische Oberziele für 2008 bis 2010 definiert. Dazu werden von den verschiedenen Ar-



Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES, EU-Kommissar Günter Verheugen und die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann

beitseinheiten insgesamt ca. 70 Projekte durchgeführt. Die Arbeitslinie „Gerechtigkeit, Teilhabe und Sozialer Zusammenhalt“ thematisiert ausdrücklich den Genderaspekt. Angesichts ökonomischer, sozialer und demografischer Herausforderungen sind Gerechtigkeit, Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt als Leitlinien für Reformpolitik bei maßgeblichen gesellschaftlichen Akteuren verankert. Soziale Innovationspotentiale in der Bildungs- und Familienpolitik, im Geschlechter- und Generationenverhältnis werden intensiv diskutiert und weiterentwickelt. Die internationale Konferenz „Women in Islam – Between Oppression and (Self-)Empowerment (Seite 56) mit TeilnehmerInnen aus Afrika, Asien, Amerika und Europa setzte sich mit den Ansätzen muslimischer Frauenbewegungen im Spannungsfeld zwischen Religion, politischen Systemen und Gesetzgebung auseinander.

In der Arbeit der **Abteilung Gesellschaftspolitische Information** ist der Genderaspekt dem zentra-

len Feld „Gerechte Gesellschaft und sozialer Zusammenhalt“ zugeordnet. Da der regionale Schwerpunkt der Abteilungsarbeit auf Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen liegt und sich die Arbeit insbesondere auf Nachfrage gründet, wurde die Genderthematik auch regional organisiert. So finden in allen drei Bundesländern jährlich Fachtagungen zu Genderfragen statt. Ein besonderes Gewicht hatte 2007 eine landesweite Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem FrauenMädchenNetzwerk NRW, in der eine Bestandsaufnahme der Frauenbewegung und ihrer Aktivitäten gemacht wurde.

Das Angebot an politischer Bildung der **Abteilung Dialog Ostdeutschland** zeichnet sich durch zwei Schwerpunkte aus: Einerseits ist die Arbeit in den ostdeutschen Bundesländern wesentlich geprägt durch die spezifische Situation der neuen Länder und die daraus folgenden besonderen Lebenslagen, Interessen und Einstellungen. Die Landesbüros der Abteilung Dialog



Ostdeutschland haben sich deshalb auch im Jahr 2007 wieder darauf konzentriert, vielfältige politische Bildungsangebote zur Förderung von Demokratie und gesellschaftlichem sowie politischem Engagement zu machen. Die Gender- und Frauenpolitik ist dabei als Querschnittsthema in der Arbeit aller Büros fest verankert und Gegenstand zahlreicher Veranstaltungen. Den zweiten Schwerpunkt bildet die auf bundespolitische Themen ausgerichtete Arbeit der Berliner Referate der Abteilung Dialog Ostdeutschland. Die Gender- und Frauenpolitik ist hier als eigene Arbeitslinie im Forum Politik und Gesellschaft verankert. Das Referat begleitet bundesweite Diskussions- und Entscheidungsprozesse in der Frauen- und Genderpolitik mit öffentlichen Konferenzen, Hintergrundgesprächen und Publikationen. Ein Höhepunkt war die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2007, die im Zeichen des 100. Jahrestags der Sozialistischen Fraueninternationalen stand.

Darüber hinaus wird in unterschiedlichen Arbeitsformen eine

breite Palette von Themen durch die stiftungsweite politische Bildung angeboten. Zu diesen Arbeitsformen gehören Seminare, öffentliche Dialogveranstaltungen, Lernprojekte, Kompetenztrainings, Expertengespräche, Policy Papers oder Studien, die die Arbeit begleiten oder aber anstoßen und zur Diskussion einladen. Der Themenkatalog umfasst mehr als 40 einzelne Themenfelder, unter anderem auch das Themenfeld Frauen/Gender.

Es ist symptomatisch – auch für den Stand der Debatte innerhalb der FES –, dass der Genderaspekt dem Themenfeld Frauen zugeordnet wurde. Zwar ist Gender Mainstreaming ein Kind der Frauenbewegung und der Frauenpolitik, aber Gender Mainstreaming hat zum Ziel, durch die Integration der Geschlechterdimension in alle Themenfelder mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen zu erreichen.

Gender Mainstreaming wird oft mit Frauenförderung gleichgesetzt, ist es aber nicht. Gender bezeichnet nach der Definition des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die

gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern. Bei den EU-Behörden werden dementsprechend Begriffe wie „gleichstellungsorientierte Politik“ oder „Gleichstellungspolitik“ verwendet. Mit Gender Mainstreaming wird also „eine Strategie bezeichnet, um unterschiedliche Ausgangslagen und möglicherweise unterschiedliche Wirkungen von Maßnahmen auf Männer und Frauen systematisch zu berücksichtigen“.

Der Gender Mainstreamingprozesses, der als Querschnittsaufgabe in allen Lebens- und Arbeitsbereichen verstanden werden muss, bleibt eine wichtige Aufgabe, zumal eine nachwachsende Generation mit anderen Rollenmustern zunehmend das gesellschaftliche Geschehen prägt. Da ist es eine vorrangige Aufgabe von politischer Bildungsarbeit, eine verstärkende Wegbegleiterin zu sein.

## LEKTÜRETIPP



## Internationale Arbeit

Demokratie und Entwicklung weltweit fördern, zu Frieden und Sicherheit beitragen, die Globalisierung solidarisch gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union unterstützen – dies sind die Leitlinien der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesell-

schaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit, sowie von starken und freien Gewerkschaften. Die Gleichstellung der Geschlechter verstehen wir als konstituierendes Element von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Sie gehört deshalb zu den Aufgaben der Demokratieförderung. Mit politischer Bildung, entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung leistet die Stiftung mit Seminaren, Konferenzen, und Studien ihren Beitrag dazu.

Gerade für die Stabilisierung fragiler gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen, aber auch angesichts der übergreifenden regionalen und globalen Probleme, die es zu lösen gilt, ist der Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, zwischen verschiedenen Kulturen und Gesellschaftsmodellen, zwischen Nord und Süd, EU-Ländern und Beitrittskandidaten und den internationalen Institutionen unabdingbar. Eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern bei der Gestaltung demokratischer und gerechter Strukturen ist dabei ein Leitbild der Arbeit in den beiden Abteilungen: Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) und Internationaler Dialog (ID).

In den meisten Projektländern zieht sich nach wie vor Diskriminierung von Frauen durch alle gesellschaftlichen Bereiche und trägt dazu bei, dass der Zugang zu Res-

ourcen und politischer Teilhabe zwischen Frauen und Männern extrem ungleich verteilt ist. So arbeiten Frauen erheblich länger, verdienen und besitzen aber deutlich weniger als Männer. An politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen sind sie oft so gut wie nicht beteiligt. Führungspositionen in diesen Bereichen sind fast ausschließlich in Männerhand.

Das Gender-Mainstreaming, eine Methode, nach der Genderaspekte in jede Phase des Projektmanagements integriert und die Ergebnisse überprüft werden, ergänzt die spezifische Förderung von Frauen.

Für die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt Gender Mainstreaming:

- nach unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen von Frauen und Männern fragen,
- die geschlechtsspezifischen Auswirkungen einer Politik, z.B. der Wirtschafts-, Sozial- oder Sicherheitspolitik analysieren,
- Ausgleichsmechanismen in Gang setzen und
- die Partizipation von Frauen in Institutionen anstreben, besonders die Beteiligung an Führungspositionen.

Gender Mainstreaming hat für die Projekte der **Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit** zwei Aspekte: Chancengleichheit der Geschlechter als politisches Ziel und als methodischer Ansatz, die Zielgruppen der Projektarbeit nach Geschlecht zu differenzieren



Matilde Ribeiro, Ministerin des Sondersekretariats der Politik für Rassengleichheit in Brasilien.



Die FES-Vorsitzende Anke Fuchs bei einem Besuch in Afrika

und die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse im Projektmanagement zu berücksichtigen. Mit der Einführung des Gender-Ansatzes hat die Abteilung ein eigenes Genderteam damit beauftragt, den Prozess zu begleiten. Zu seinen Aufgaben gehören das Monitoring, die konzeptionelle Weiterentwicklung und die Beratung der Kollegen und Kolleginnen in den Projekten weltweit. Eine Reihe von Instrumenten sind seitdem entwickelt und erprobt worden, um Genderaspekte in den Projektmanagementprozess zu integrieren und die Ergebnisse zu überprüfen. Ergänzt wird diese Struktur durch lokale Genderbeauftragte in vielen Länderbüros. Sie tragen dafür Sorge, dass genderpolitische Aktivitäten an das regionale und kulturelle Umfeld angepasst sind.

In den letzten Jahren sind aus den Überlegungen zur Genderin-

tegration viele Fragen zum Qualitätsmanagement generell entstanden, die heute auf verschiedenen Ebenen in der Abteilung diskutiert und zusammengeführt werden. Diskussionen zur Qualität unserer Arbeit, die Bewertung ihrer Ergebnisse, sowie das Wissensmanagement zu verschiedenen Themen und Methoden werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Die Erfahrungen im Bereich Gender konnten dabei für die Verbesserung von abteilungsspezifischen Instrumenten und Verfahren genutzt werden, aber auch andere Abteilungen der FES können bei Bedarf auf diese langjährigen Erfahrungen der IEZ mit der institutionellen Verankerung von Genderfragen zurückgreifen.

In der **Abteilung Internationaler Dialog** sind Frauenförderung und Gender Mainstreaming vor allem

Themen des bilateralen Dialogs mit gesellschaftspolitischen Führungskräften in den mittel- und osteuropäischen Länderbüros der FES. Dabei variieren Form und Inhalt der Projekte abhängig von der Situation und den Rahmenbedingungen im jeweiligen Partnerland. Der Gender Mainstreaming Ansatz beispielsweise wird in zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas noch wenig angewandt. Mit unseren Partnern vor Ort und mit der Unterstützung von Experten aus Deutschland leisten wir einen Beitrag dazu, das Konzept zu diskutieren und bekannter zu machen. Zusätzlich ermöglichen wir Fachkräften aus Mittel- und Osteuropa durch Studienreisen nach Brüssel, ihre Kenntnisse der EU Gleichstellungspolitik zu vertiefen und Anschluss an die Debatte auf europäischer Ebene zu finden. Darüber hinaus nutzt die FES ihr Büronetzwerk, um frauenpolitische Themen auf regionaler Ebene zu diskutieren und eine Vernetzung der jeweiligen Akteurinnen und Akteure zu fördern und einen länderübergreifenden Lernprozess zu ermöglichen. Thematisch konzentriert sich die Arbeit dabei unter anderem auf die Aus- und Weiterbildung für Frauen in politischen Führungspositionen, auf die Sensibilisierung für Diskriminierung und Sexismus in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens oder auch auf Unterstützung und Beratung von Frauen in prekärer wirtschaftlicher und sozialer Lage.

## Wissenschaftliche Arbeit

Die Friedrich-Ebert-Stiftung betreibt sowohl eigene Forschung als auch die aktive Förderung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten. Beispielsweise werden Studien und Policy Papers für WissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen intern und extern erstellt und bedeutende Forschungsvorhaben im Rahmen der Graduiertenförderung der Stiftung finanziell und fachlich unterstützt. In allen Arbeitsbereichen der Stiftung wird kompetente Politikvermittlung und -beratung benötigt und z.B. auf Podiumsdiskussionen, in Seminaren und Schulungen eingebracht. Wissenschaftliche Forschung wird in der FES vor allem im Historischen Forschungszentrum sowie der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben. Der wissenschaftliche und politische Nachwuchs wird durch die Abteilung Studienförderung unterstützt. Alle drei Abteilungen leisten einen Beitrag zur Frauenförderung und -forschung oder vermitteln und begleiten Gender Mainstreaming Prozesse.

Zum **Historischen Forschungszentrum** der FES gehören die Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte, das Karl-Marx-Haus in Trier, die Bibliothek und das Archiv der sozialen Demokratie. Die FES sichert, pflegt, präsentiert und analysiert hier das historische Erbe der gesamten sozialdemokratischen Bewegung (SPD, Gewerkschaften, Arbeiterkulturbewegung).

Das **Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)** beherbergt gegenwärtig rund 40 lfd. km Akten, darüber hinaus Fotos, Plakate, Flugblätter, Film- und Tondokumente, die für die wissenschaftliche Forschung auch digital aufbereitet werden. Im letzten Jahr konnten einige Bestände (Nachlässe und Deposita) politisch aktiver Frauen neu erstanden bzw. erweitert werden, z.B. wie die der Juristin Barbara Degen, der Journalistin Sybille Plogstedt und von Monika Wulf-Mathies, ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission. Die historischen Fotografien dieses Jahresberichts stammen aus den Beständen des AdsD.

Die **Bibliothek** der FES gilt mit über 800.000 Bänden als größte wissenschaftliche Spezialbibliothek zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Für die Frauen- und Genderforschung steht u.a. eine große Spezialkollektion zur Proletarischen Frauenbewegung zur Verfügung, vielfältige Literatur von und über die bürgerliche Frauenbewegung, sowie alle Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland und Europa zur Familien-, Frauen- und Geschlechterpolitik. Im Internet unter <http://library.fes.de> ist der Katalog einsehbar, hier zum Beispiel auch die neueste Veröffentlichung über Anke Fuchs: ein politisches Leben in Bildern. Neuererscheinungen der Friedrich-Ebert-Stiftung sind im Volltext in der „Digitalen Bibliothek“ verfügbar

### LEKTÜRETIPP



<http://library.fes.de/library/fr-digbib.html>, z.B. alle Veröffentlichungen des Hauses zu Gender Budgeting.

Ein Arbeitsschwerpunkt der **Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte** liegt traditionell auf der Frauenforschung. Neben Publikationen informiert das Historische Forschungszentrum durch Ausstellungen, z.B. über historische Wegbereiterinnen der Sozialdemokratie oder die Einführung des Frauenwahlrechts, Fachvorträge, Seminarkonzeptionen und -durchführungen eine interessierte Öffentlichkeit. Das Karl-Marx-Haus in Trier lenkte mit verschiedenen Veranstaltungen die Aufmerksamkeit auf die Rolle der Frauen im Leben von Karl Marx.

In der **Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik** liegt der Schwerpunkt des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterpolitik (Leitung Dr. Barbara Stiegler) an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik: aus der Kenntnis des Standes der Frauen- und Geschlechterfor-

schung werden Argumentationen, Konzepte und Lösungen erarbeitet, die gleichstellungspolitische AkteurInnen unterstützen und zugleich den geschlechterpolitischen Diskurs mitgestalten. Die Politikberatung erfolgt in Vorträgen, Workshops und auf Podien, durch Buchbesprechungen und eigene Beiträge in Medien der Zivilgesellschaft im In- und Ausland. 2007 ging es immer wieder um den Stellenwert von „Diversity“ und die Frage nach der Nutzung geschlechterpolitischer Strategien wie Frauenförderung und Gender Mainstreaming. Die Expertise zum Geburtenrückgang aus der Geschlechterperspektive wurde vielfach diskutiert. Es wurden Genderanalysen zum „Vorsorgenden Sozialstaat“ und zu den Betreuungskonzepten für Kinder unter drei Jahren erstellt. Als neuer Arbeitsschwerpunkt wurde die Care-Arbeit bestimmt, also die personenbezogene Arbeit, die der Betreuung, Erziehung und Pflege dient. Zu diesem Thema werden Analysen erstellt, die nicht nur die besondere Beteiligung der Frauen hervorheben sondern auch diese Care-Arbeit in ökonomische Bezüge stellen. Ferner gehört zur Arbeit des Arbeitsbereiches die Mitarbeit in Netzwerken in NRW, bundesweit und international.

Die **Abteilung Studienförderung** vergibt Studien- und Promotionsstipendien an besonders begabte, gesellschaftspolitisch engagierte junge Menschen. Im Jahr 2007 wurden knapp 2.000 in- und aus-



FES-STUDIENFÖRDERUNG  
MEHR ALS EIN STIPENDIUM

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG

COMMITTEE OF  
EXCELLENCE  
EFQM

[www.fes.de/studienfoerderung](http://www.fes.de/studienfoerderung)

ländische Studierende gefördert. Dank zusätzlicher Mittel aus dem BMBF und dem AA konnten 2007 über 800 geeignete StipendiatInnen neu in die Förderung aufgenommen werden. Darüber hinaus erfolgte eine Öffnung der Förderprogramme insbesondere für Erstsemester und zweisemestrige Studiengänge. Um den Anteil von StipendiatInnen aus einkommensschwachen Schichten und/oder mit Migrationshintergrund in der Förderung zu erhöhen, wurde mit dem „Stipendium auf Probe“ ein neues Förderprogramm aufgelegt. Da immer mehr AbiturientInnen aus diesem Milieu aus finanziellen Sorgen auf ein Studium verzichten, soll dieses Programm ihnen die Entscheidung für die Aufnahme eines Studiums erleichtern, indem es bereits ab dem ersten Hochschulsesemester eine finanzielle und ideelle Unterstützung bietet. Die ersten Aufnahmen erfolgten im Dezember 2007, dabei wurden herausragende BewerberInnen aus den avisierten Zielgruppen aufgenommen. Der Anteil der Frauen lag dabei deutlich über 50%.

Die Abteilung Studienförderung bietet ihren StipendiatInnen eine umfassende Begleitung durch ein erfolgreiches Studium. Dazu gehört die persönliche Betreuung durch MitarbeiterInnen der FES, die über 400 VertrauensdozentInnen an den Hochschulen, die aktive Hochschulgruppenarbeit der FES-StipendiatInnen und bundesweit agierende MentorInnen. Eine interne Online-Plattform der Studienförderung schafft zudem eine Netzwerkbildung zwischen aktuell und ehemals Geförderten. Im Rahmen einer Praktikumbörse werden sie ebenso zusammengeführt wie auf den zahlreichen Ehemaligen-Treffen, die die Abteilung bundesweit ausrichtet. Besonders hilfreich für die FES-StipendiatInnen ist ein studienbegleitendes Seminarprogramm zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen, das die Studierenden fachlich fordert und zugleich ihr politisches und soziales Engagement fördert. Sie sind sowohl an der Programmplanung als auch der Durchführung dieser Seminare maßgeblich beteiligt.

## Aktuelle Publikationen

### Publikationen der FES zu Frauenpolitik und Genderpolitik 2007 (Auswahl)

- 5 Jahre Gender Mainstreaming in NRW: eine Zwischenbilanz. Hg. Abteilung Gesellschaftspolitische Information, Ursula Clauditz. Bonn, 2007. ISBN 978-3-89892-658-4  
<http://library.fes.de/pdf-files/gpi/04392-20070615.pdf>
- Anke Fuchs: ein politisches Leben in Bildern. Hg. von Dieter Dowe. Bonn, 2007. ISBN 978-3-89892-699-7
- Background: Mona Sahlin – Swedish social democrats elect a woman leader. Hg. von Roger Hällhag und Uwe Optenhögel. Electronic ed. Stockholm: 2007.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/stockholm/04390.pdf>
- La democracia necesita más mujeres / FLACSO. Hg. von Marcela Rios. Electronic ed. Santiago 2007  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/04620.pdf>
- Droht der Kindergarten zu verschulen?: Dokumentation zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der GEW Baden-Württemberg und dem Bundesverband ev. ErzieherInnen und SozialpädagogInnen. Hg. von Wigbert Draude. Stuttgart: Fritz-Erler-Forum Baden Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/stuttgart/04839.pdf>
- Un dur labeur: les consequences de la libéralisation du commerce international d'un pont de vue du genre sur notre système alimentaire, sur les marchés agricoles et sur les droits de la femme. Geneva 2007. Electronic ed.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/04378.pdf>
- Europa unter Beweis stellen / Ségolène Royal. Paris 2006. Electronic ed.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/04101.pdf>
- Färber, Christine: Gender budgeting in der Bürgergesellschaft. Bonn 2007. Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat, Albrecht Koschützke.  
<http://library.fes.de/pdf-files/kug/04782.pdf>
- Forum Frauen, Männer – Gender: Veranstaltungsreihe zu den Themen „Jungen, Männer, Väter“ am 23. Juni 2006 in Stuttgart, am 29. Juni 2006 in Heilbronn, am 24. Juli 2006 in Stuttgart. Hg. vom Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg. Stuttgart, 2007.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/stuttgart/04842.pdf>
- Frauenpolitik & Genderpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Jahresbericht 2006/Perspektiven 2007. Hg. von Albrecht Koschützke. Bonn, 2007. Electronic ed. ISBN 3-89892-679-9  
<http://library.fes.de/pdf-files/frauen/04551.pdf>
- Gender budgeting: neue Perspektiven für die Gleichstellungspolitik. Hg. Forum Politik und Gesellschaft, Anja Wehler-Schöck. Berlin, 2007. ISBN 978-3-89892-665-2  
<http://library.fes.de/pdf-files/do/04423.pdf>
- Gender justice and reconciliation / Nahla Valji. Berlin, 2007. Dialogue on Globalization, 35. Electronic ed. ISBN 978-3-89892-683-6.  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/05000.pdf>
- Gleich am Ziel?: Chancengleichheit in der Privatwirtschaft durch die freiwillige Vereinbarung und das AGG; Dokumentation einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Bereichs Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstandes. Hg. vom DGB-Bundesvorstand, Rena Fehre. Berlin, 2007.
- „Her mit dem Frauenwahlrecht!“. Vortrag anlässlich des Internationalen Frauentages am 9. März 2007 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Hg. von Gisela Notz. Mit einer Übersetzung ins Persische von Hossein Pur Khassalian. Electronic ed. Bonn, 2007.  
<http://library.fes.de/pdf-files/kug/04594.pdf>

- Konferenz Frauen – Migration – Lebenswelten. Dokumentation vom 25. September 2006 des Büros Niedersachsen. Hannover, 2007.
- Lange, Marianne: Mehr Gleichstellung für ein stärkeres Europa!: internationale Tagung vom 30. Oktober 2006. Hg. Forum Politik und Gesellschaft, Marianne Lange. Berlin 2007. ISBN 978-3-89892-627-0  
<http://library.fes.de/pdf-files/do/04291.pdf>
- Un largo camino que recorrer: el impacto de género en la liberalización del comercio de nuestro sistema alimentario, los mercados agrícolas y los derechos humanos de las mujeres. Geneva, 2007. Electronic ed.  
 ISBN 978-3-89892-606-5, ISBN 3-89892-606-0.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/04377.pdf>
- Notz, Gisela: Familien und bürgerschaftliches Engagement. Bonn, 2007. Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat, Albrecht Koschützke.  
<http://library.fes.de/pdf-files/kug/04936.pdf>
- Notz, Gisela: Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub: Sozialdemokratinnen im Deutschen Bundestag 1957– 1969. Bonn, 2007: J.H.W. Dietz Nachf. ISBN 978-3-8012-4175-9
- Politisches Handeln und Verantwortung: Gesine Schwan und Anke Fuchs im Gespräch am 26. März 2007 in Freiburg. Hg. vom Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg. Stuttgart, 2007.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/stuttgart/04850.pdf>
- Report of the study on women councilors in urban local governments: avenues for effective participation in governance in Karnataka, South India (April – September – 2005). Urban Research Centre, New Delhi, 2007.
- Report of the study on women councilors in urban local governments <kannada>. Text in kanaresischer Sprache und Schrift.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/04456-57/index.html>
- Rüling, Anneli: Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive: ein europäischer Vergleich. Anneli Rüling und Karsten Kassner. Forum Politik und Gesellschaft, Berlin 2007. ISBN 978-3-89892-611-9.  
<http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf>
- Spieldoch, Alexandra: A row to hoe: a study on the gendered impact of trade liberalization on our food system, on agricultural markets and on women's human rights. Geneva, 2007.  
 ISBN 978-3-89892-606-5, ISBN 3-89892-606-0  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/04377.pdf>
- Stiegler, Barbara: Kapital und Kinderkrippen: Betreuungskonzepte für Kleinkinder aus der Geschlechterperspektive. Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO direkt). Bonn, 2007. ISBN 978-3-89892-721-5
- Stiegler, Barbara: Taschengeld für Mutter oder Krippenplatz fürs Kind?: Eine Genderanalyse zum Betreuungsgeld. Barbara Stiegler und Katharina Oerder. Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO direkt). Bonn, 2007. ISBN 978-3-89892-848-9
- Stiegler, Barbara: Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive. Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO direkt). Bonn, 2007, ISBN 978-3-89892-623-2  
<http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/04321.pdf>
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den USA: Aspekte und politische Perspektiven. Hg. von Ariane Hegewisch. Washington, DC, 2007. Electronic ed.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/04410.pdf>
- Das Wahlprogramm von Ségolène Royal. Hg. von Etienne Dubslaff. Paris, 2007. Electronic ed  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/04327.pdf>

## Von der FES geförderte Promotionsvorhaben 2007 (Auswahl)

### Anglistik / Amerikanistik

Leila Rahimi Bahmany: The Image of the Modern Woman by Sylvia Plath and Frrugh Farrokhzad. A Comparative Study.

Yafa Shanneik: Transkulturalität, Transformationsprozesse und Genderforschung. Das Bild der arabisch-muslimischen Frau in der deutsch- und englischsprachigen interkulturellen Literatur

### Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaft

Hanane El Boussadani: Frauenbewegung und Eherecht im Königreich Marokko. Eine Studie über die Entwicklung des Frauenrechts seit der Unabhängigkeit

### Erziehungswissenschaft, Pädagogik

Lena Irmeler: Gender in der Kita? Wie sehen Interaktionen zwischen Erzieherinnen und Jungen und Mädchen in Kindertagesstätten aus?

Thomas Kleynen: Fächer der Geschlechter. (Fotografische) Selbstdarstellungen zum Zusammenhang von Geschlecht, Habitus und Fächerwahl zukünftiger Lehrer. Männlichkeit und Kunst

### Germanistik

Magdalena Gebala: Das Mutterbild in Hermann Hesses Prosawerk zwischen 1900 und 1930

### Geschichte

Nicole Kramer: Frauen an der Heimatfront. Die NS-Kriegsgesellschaft in geschlechtergeschichtlicher Perspektive

Yvonne Pulla: Käthe Kollwitz – eine Biographie

Sven Trösch: Männlichkeit und Konsum in Deutschland 1890 – 1930

### Kunstgeschichte

Kia Vahland: Bildnisse schöner Frauen bei Sebastiano del Piombo. Zum Schönheits- u. Liebesideal in der Frühen Neuzeit

Andrea Stahl: Surrealistische Inszenierungen des Körpers bei Claude Cahun. Parallelübersetzung ihrer Texte ins Deutsche

## Medienwissenschaft

Natalia Romanova: Das Frauenbild in den Medien der 80er Jahre. Einfluss der sowjetischen Berichterstattung auf die Frauenpolitik der DDR.

## Politikwissenschaften

Annette Huland: Frauenhandel und Abschiebungspolitik in der EU

Beyhan Sentürk: Kann man die deutsche und türkische Kopftuchdebatte miteinander vergleichen? Eine Analyse

## Rechtswissenschaften

Hanna Kappstein: Das Verfahren in Scheidungssachen in Deutschland, Frankreich und Österreich

Nora Markard: Herausforderungen an die Flüchtlingskonvention: Neue Kriege und geschlechtsspezifische Verfolgung

Crescence Nga Beyeme: Das internationale Frauenrecht und seine Durchsetzung im Rahmen der Gesetzgebung afrikanischer Länder: Der Fall der Genitalverstümmelung

## Romanistik

Artur Budnik: Die Wende in der lateinamerikanischen Aids-Literatur der 90er Jahre

Alice Julia Otto: Religiosität von Frauen als weiblicher Diskurs in den portugiesischen Cantigas des Mittelalters

## Sozialwissenschaften

Eva Berger: Der Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit von Müttern, der mütterlichen Gesundheit und der Entwicklung von Kindern – Analyse auf der Basis repräsentativer Microdaten

Alexandra Geisler: Gehandelte Romafrauen – zur Bedeutung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit Frauen der ethnischen Romaminderheiten in Mittel- und Osteuropa

Matilde Heredia: Subjektkonstituierung von Frauen, die während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) in Gefangenschaft gelebt haben

Elena Stirbu: The advantages and disadvantages of circular labour migration from a gendered perspective. The case of Moldova

Angela Greulich: Gleichheit durch Wachstum? Frauenspezifische Aspekte makroökonomischen Wachstums: ökonomische Theorie und empirische Befunde im Ländervergleich

## AnsprechpartnerInnen

Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Kommunikation  
& Grundsatzfragen**  
Albrecht Koschützke  
presse@fes.de

Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
Tel. ++49 (0)228/ 883-0  
Fax ++49 (0)228/ 883-432

Hiroshimastraße 17  
D-10785 Berlin  
Tel. ++49 (0)30/ 26935-6  
www.fes.de

### Politische Bildung

#### Politische Akademie

Brigitte Juchems  
Brigitte.Juchems@fes.de

#### Bonner Dialog

Gisela Zierau  
Gisela.Zierau@fes.de

#### Gesellschaftspolitische Information

Jochen Reeh-Schall  
Jochen.Reeh@fes.de

#### Dialog Ostdeutschland

##### Forum Politik und Gesellschaft

Anne Seyfferth  
Anne.Seyfferth@fes.de

Anja Wehler-Schöck  
Anja.Wehler@fes.de

### Internationale Arbeit

#### Internationaler Dialog

Alina Fuchs  
Alina.Fuchs@fes.de

#### Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Astrid Ritter-Weil  
Astrid.Ritter@fes.de

#### Afrika

Florian Dähne  
Florian.Daehne@fes.de

#### Asien

Sven Schwersensky  
Sven.Schwersensky@fes.de

#### Lateinamerika

Hilmar Ruminski  
Hilmar.Ruminski@fes.de

#### Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika

Ingrid Ross  
Ingrid.Ross@fes.de

### Forschung und Wissenschaft

#### Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Barbara Stiegler  
Barbara.Stiegler@fes.de

#### Studienförderung

Katrin Dapp  
Katrin.Dapp@fes.de

#### Historisches Forschungszentrum

##### Sozial- und Zeitgeschichte und Karl-Marx-Haus

Dr. Anja Kruke  
Anja.Kruke@fes.de

##### Archiv der sozialen Demokratie

Gabriele Lutterbeck  
Gabriele.Lutterbeck@fes.de

##### Bibliothek

Regine Schoch  
Regine.Schoch@fes.de

Stand: April 2008



www.fes.de

ISBN 978-3-89892-874-8



FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG